

Rechts von der Union ein großer Abenteuerplatz 105,1

Die AfD ist die Partei der großen Erwartungen und der deutschen Gartenlaube. Sie hält damit CDU und CSU einen Spiegel vor, in dem alles zu sehen ist, was sie über Bord geworfen haben. Ein Kommentar.

01.09.2014, von JASPER VON ALTENBOCKUM



© REUTERS Wahlpakete der AfD und der CDU vor der sächsischen Landtagswahl in Dresden

Nur eine Partei kann sich in Deutschland noch Hoffnung auf die absolute Mehrheit machen, die der Nichtwähler. Nimmt man die Protestwähler hinzu, die eigentlich nur wählen gehen, um zu zeigen, dass sie am liebsten gar nicht wählen würden, wird deutlich, wie sehr alle anderen Parteien mittlerweile um Stimmenanteile kämpfen, die nicht größer sind als Nischen. Das Reservoir von CDU und CSU ist zwar noch etwas größer als diese Nische, aber auch nur deshalb, weil Bundeskanzlerin Merkel so viel Platz schafft und weil Bayern ein politischer Raum ganz besonderer Größe ist. Auf kommunaler Ebene haben sich aber auch diese Parteien schon seit langem daran gewöhnt, dass sie den Nichtwählern nichts mehr entgegenzusetzen haben. In den Ländern droht dasselbe. Sachsen und Ostdeutschland sind dafür ein mahndendes Beispiel.



Autor: Jasper von Altenbockum, Jahrgang 1962, verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen:

An der Unzufriedenheit allein kann es nicht liegen, dass in Sachsen mehr als jeder zweite Wahlberechtigte zu Hause geblieben ist. Für Leute, die unzufrieden waren, gab es mehr als genug Angebote. Nicht nur die NPD lockte sie wieder, auch die Linkspartei schluckt noch immer Protestpotential, und selbst die Grünen leben von einer kleinen Portion Rebellion, mag sie auch in die Jahre gekommen sein. Die Unzufriedenen konnten sich aber vor allem an eine noch unverbrauchte Protestpartei wenden, die AfD, und sie taten es in einem Maß, dass die SPD froh sein muss, noch drittstärkste Kraft geworden zu sein.

Es war aber nicht einmal der AfD-Klassiker, die Euroskepsis, der solche Anziehungskraft entwickelte, sondern ein Bündel von Motiven. Die wenigsten davon lassen sich auf handfeste Politikfelder reduzieren wie Einwanderung, Kriminalität, Familienpolitik, Demographie-Verödung. Viel mehr zählen Elitenkritik, Angst vor Veränderung, Sehnsucht nach dem Gestern und eine Stimmung, die auch unter Nichtwählern verbreitet ist: Eigentlich ist es egal, wen wir wählen, unsere Stimme wird ohnehin nicht „gehört“.

Totengräberin schwarz-gelber Hoffnungen

Eine solche Haltung hat schon früher „rechten“ Parteien zum Aufstieg verholfen, die sich zu Parteien der Schweigespirale stilisieren, den „Republikanern“ etwa oder der „Schill-Partei“. Insofern kann die AfD als eine „Modepartei“ gelten, wie es die CDU in Sachsen am Tag nach der Wahl verbreitete. Und es stimmt, wie von der CDU stets hinzugefügt wird, dass die AfD „rückwärtsgewandt“ sei. Aber hilft es der CDU und vor allem der FDP, die besonders unter der AfD zu leiden hat, so viel weiter, wenn sie das feststellen?

Der Aufstieg der AfD unterscheidet sich von früheren Protestparteirollen schon deshalb, weil sie als Totengräberin der kurzen schwarz-gelben Ära in die jüngste Parteiengeschichte eingegriffen hat. In Berlin regiert eine große Koalition, weil es der AfD gelungen

ist, die FDP so klein zu halten, dass sie - wie sie selbst - den Einzug in den Bundestag verfehlte. Das hat sich in Hessen und in Sachsen wiederholt, wenn auch die FDP in Wiesbaden mit einem blauen Auge davonkam.

Die CDU hat sich entschieden, darauf so zu reagieren, dass die Machtverteilung „im Club“ bleibt, also nur SPD oder die Grünen als neue Partner in Frage kommen. Das hat einerseits den pragmatischen Grund, dass mit neugegründeten Parteien nicht gut regieren ist, weil die in einem Akt der Selbstzerfleischung erst einmal klären müssen, was und wohin sie wollen. Es gibt aber auch den inhaltlichen Grund, dass diese „reaktionäre Partei“ (Peter Tauber) der CDU und der CSU einen Spiegel vorhält, in dem alles zu sehen ist, was sie in den vergangenen Jahrzehnten in diversen geistig-moralischen Wenden über Bord geworfen haben. Rechts von der Union ist deshalb nicht mehr die Wand, sondern ein großer Abenteuerspielplatz.

Die jüngste dieser Wenden ist die Hinwendung zu den Grünen. Warum die CDU mit ihnen oder der SPD schmerzliche Kompromisse eingeht, aber eine AfD scheut, deren Programm - sieht man von der Eurokritik ab - Fleisch vom Fleische der Union und der FDP ist, wird den CDU-Generalsekretär in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen.

Es gibt noch einen dritten Grund, warum die CDU auf die AfD so ähnlich reagiert wie die SPD weiland auf die „reaktionäre“ PDS. Sie kann mit ideologischen Debatten, wie sie noch die siebziger und achtziger Jahre beherrschten, nichts mehr anfangen. Sie will sie auch gar nicht durchstehen oder gar entfachen. Die SPD ist wenigstens noch um Mobilisierung bemüht. Die CDU dagegen zieht sich lieber in die Gartenlaube zurück, in der es sich die meisten Deutschen in 25 Jahren Einheit am vermeintlichen Ende der deutschen Geschichte so bequem gemacht haben. Dort in der Idylle, wo zu viel Ahnung von Politik als Ausdruck von Arroganz gilt, wo sich leicht über „die da oben“ herziehen lässt, die doch „alle gleich“ sind, und wo Konflikte verpönt sind, dort, sollte man meinen, trifft die CDU all die Nichtwähler, die sie vielleicht doch noch überreden könnte, wieder mitzumachen.

Doch die Nichtwähler denken gar nicht daran, im Gegenteil. Es werden immer mehr. Und wenn sie doch wieder wählen, lassen sie die CDU links liegen und wählen lieber eine Partei, die den Eindruck macht, dass sie die Gartenlaube nicht nur einfach mitbewohnt, sondern gegen die böse Welt da draußen auch verteidigt.

Eine beunruhigende Wahl 105,3

Die Sachsen-Wahl ist ein Grund zur Sorge: Rechts von der CDU gibt es mittlerweile Platz für zwei Parteien – von denen eine nur hauchdünn scheiterte. Die FDP ist das Opfer dieser Entwicklung. Das alles, während es Deutschland so gut geht wie nie. Eine Analyse. 31.08.2014, von **JASPER VON ALTENBOCKUM**



© DPA  Geht voran: AfD-Spitzenkandidatin Frauke Petry, dahinter Ministerpräsident Tillich

Die Wahl in Sachsen hat zwei Tendenzen bestätigt, die als beunruhigend gelten müssen: Der Liberalismus à la FDP hat als eigenständige Kraft wohl ausgedient, und rechts von der CDU ist mittlerweile so viel Platz, dass sich stellenweise gleich zwei Parteien (sieht man einmal ab von der CSU) breit machen können, die AfD und die NPD, die den Einzug in den Landtag nur **hauchdünn verfehlte**. Auch wenn es der AfD nicht passt, mit der NPD in einem Atemzug genannt zu werden, wird sie sich kaum anders als dort ansiedeln können, wo früher einmal nur die Wand war. Vielleicht ist es aber kein Zufall, dass ihr Aufstieg mit dem Abstieg der FDP zusammenfällt. Die FDP jedenfalls kann nicht so tun, als sei sie an der Erfolgsserie der AfD ganz unbeteiligt.



Autor: Jasper von Altenbockum, Jahrgang 1962, verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen:

Der Erfolg der AfD in Sachsen ist gleich aus mehreren Gründen bemerkenswert. Dass **die Staatsanwaltschaft kurz vor der Wahl die Spitzenkandidatin der AfD in die Schlagzeilen brachte**, hat der AfD nicht geschadet (wohl aber der Staatsanwaltschaft - wie naiv muss man sein, so tölpelhaft in den Wahlkampf einzugreifen?). Das gute Ergebnis der AfD aus dem Stand speist sich aus der Wählerschaft so gut wie aller Parteien und aus der Nichtwählerschaft. Nicht zu übersehen ist, dass die AfD Bedürfnisse einer rechtsliberal, konservativ und national eingestellten Klientel bedient, die in der FDP nur im wirtschaftsliberalen Kostüm noch gepflegt wurden und woanders kaum noch eine salonfähige Heimat haben.

Die Taktik, die AfD-Wähler nicht als Allparteienproblem wahrzunehmen, sondern als ehemalige NPD-Wähler zu brandmarken, geht offenbar ins Leere. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die Partei, von der man glauben sollte, dass sie besonders unter dem Erfolg der AfD zu leiden hätte, die CDU, gar nicht besonders leidet, sondern immer noch der strahlende Wahlsieger ist.

Die CDU müsste eigentlich leiden wie ein Hund

Dabei müsste die CDU doch eigentlich leiden wie ein Hund. Denn die meisten Wähler der AfD kommen tatsächlich von der CDU. Wie leicht hätte es deshalb für die CDU sein müssen, die absolute Mehrheit zu gewinnen, wenn die AfD nicht wäre. Ihren ehemaligen Wählern hatte die CDU bislang aber nur Abschätziges hinterher zu rufen. Ob das auf Dauer gut geht?

Die CDU wird sich jetzt einen neuen Partner suchen müssen. Sucht sie ihn links der Mitte, also bei SPD oder Grünen, wird das die AfD sicherlich nicht in Verlegenheit bringen. Was für die SPD die Linkspartei, wird die „Alternative“ dann für die CDU bleiben. Das gilt nicht nur für Sachsen, sondern auch für den Bund.

Das alles geschieht zu einer Zeit, da es Deutschland - und nicht auch Sachsen? - so gut geht wie selten zuvor. Protestparteien hat es immer wieder gegeben - aber meist zu Zeiten, als sie sich auf ein Thema stürzen konnten, über dessen Brisanz kein Zweifel bestand.

Aber jetzt? Die national-europäisch-liberal-konservative Schablone der AfD ist offenbar noch nicht ganz so einfach zugeschnitten wie viele das gerne hätten.



Wahlsieger Stanislaw Tillich bedankt sich in Dresden bei Anhängern der CDU. ©

DPA

So sehr der Erfolg der AfD in Richtung der FDP stärker als bei den anderen Parteien, von denen sie Wähler abzieht, wie ein tödlicher Staubsauger wirkt, so wenig will man glauben, dass der Untergang der FDP schon besiegelt ist. Sachsen ist nicht unbedingt das Land, wo sich das entscheidet. In Ostdeutschland war die FDP eine andere als in Westdeutschland, kommunal seit der Wende von 1989/90 zwar verankert, aber auf Landesebene immer eine verschwindend kleine Veranstaltung.

Zwar gab es nach dem Mauerfall einen Systemwechsel, der allem gehorchte, was die FDP sich auf die Fahne geschrieben hatte. Aber das selbständige Bürgertum war in der DDR nur noch in Spurenelementen vorhanden. Das merkt die FDP im Osten bis heute. In keinem der „neuen“ Länder (inklusive Berlin) spielt sie deshalb eine stabile Rolle, jetzt auch nicht mehr in Sachsen, wo sie dank Holger Zastrow immerhin noch mehr als anderswo aus sich machen konnte.

Sachsen ist für die FDP aber insofern ein weiterer Tiefschlag, weil alle Bemühungen, die Partei in den Ländern über Wasser zu halten, offenbar scheitern. Das erhöht schon jetzt die Nervosität, die sich in **verzweifelten Neugründungen wie der am Wochenende angekündigten linksliberalen Parteigründung** äußern. Nicht die „Perversion des Liberalismus“ in der Ära Westerwelle, wie die Parteigründer tönen, steht dabei eigentlich zur Debatte, sondern der Kurs des Vorsitzenden Christian Lindner.

Keine der nächsten Landtagswahlen bis 2016 bietet einen Lichtblick, und erst die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2017 - ein halbes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl - wird eine endgültige Entscheidung bringen. Dann steht Lindner zur Wahl und sein Engagement, das die Partei bislang zu nicht mehr als zu einer Ein-Mann-Show gemacht hat.

<http://www.economist.com/news/leaders/21614137-if-germany-france-and-italy-cannot-find-way-refloat-europes-economy-euro-may-yet-be>



The euro zone

That sinking feeling (again) 105,5

If Germany, France and Italy cannot find a way to refloat Europe's economy, the euro may yet be doomed

Aug 30th 2014 | [From the print edition](#)



JUST a few months ago the euro zone's leaders believed that, having weathered the storm, they were set fair at last. Buoyed by the promise of Mario Draghi, the president of the European Central Bank, to do "whatever it takes" to support the currency, confidence had seeped back into the continent. Growth seemed to be returning, albeit at a slow pace. Troubled peripheral countries were recovering, after bail-outs and painful measures to cut budget deficits and improve competitiveness. Unemployment, especially among the young, was still desperately high, but at least in most countries it was falling. And bond spreads had narrowed sharply, as financial markets stopped betting that the euro would fall apart.

It was an illusion. In recent weeks the countries of the euro zone have begun to take in water once again. Their collective GDP stagnated in the second quarter: Italy fell back into outright recession, French GDP was flat and even mighty Germany saw an unexpectedly large fall in output (see [article](#)). The third quarter looks pretty unhealthy, partly because the euro zone will suffer an extra drag from Western sanctions on Russia. Meanwhile, inflation has fallen perilously low, to around 0.4%, far below the near-2% target of the European Central Bank, raising fears that the zone as a whole could fall prey to entrenched deflation. German bond yields are hovering below 1%, another harbinger of falling prices. The euro zone stands (or wobbles) in stark contrast with America and Britain, whose economies are enjoying sustained growth.

What started more than four years ago as a banking and sovereign-debt crisis has decayed into a growth crisis that is now enveloping the three biggest economies. Germany is teetering on the edge of recession. France is mired in stagnation. Italy's GDP is barely above its level when the single currency came in 15 years ago. Since these three countries account for two-thirds of euro-zone GDP, growth in places like Spain and the Netherlands cannot make up for their torpor.

The underlying causes of Europe's new ills are three very familiar and interrelated problems. First, there is a shortage of political leaders with the courage and conviction to push through structural reforms to improve competitiveness and, eventually, reignite growth: the big countries have wasted the two years bought by Mr Draghi's "whatever it takes" commitment. Second, public opinion is not convinced of the urgent need for deep and radical changes. And third, despite Mr Draghi's efforts, the monetary and fiscal framework is too tight, throttling growth—which makes structural reforms harder.

Clouseconomics

Different manifestations of these problems can be seen across the euro zone. But the country that most dramatically epitomises all three is France. This week its embattled Socialist president, François Hollande, was forced to reshuffle his government to eject Arnaud Montebourg who, despite being economy minister, was his own side's most persistent critic from the left (see [article](#)). Mr Hollande, who came to office in 2012 promising a painless future, is hardly a Thatcherite reformer. But since he appointed Manuel Valls as prime minister in March, he has at least embraced the principle of public-spending cuts, lower taxes and structural reforms.

In theory a new and more cohesive reforming government could make progress, but public opinion is not remotely prepared for that. Mr Hollande is not just deeply unpopular; unlike Italy's Matteo Renzi, who has bravely made the case for (as yet undelivered) tough reforms, the French president has failed to convince voters that painful change, including a reduction in the size of the state, is inevitable. Instead, Mr Montebourg and his chums offer the beguiling notion that, if only the euro zone scraps its rules and allows bigger budget deficits and generous enough public spending, no more painful reforms will be needed, because the economy will miraculously lift itself out of danger by its own bootstraps.

Mr Montebourg's argument is all the more seductive because he is right about Europe's third problem: excessive austerity, largely forced on the continent by Germany. Mr Draghi has just implicitly conceded that fiscal and monetary policy in the euro zone is too tight at the annual economics jamboree in Jackson Hole. He hinted that he was in favour of quantitative easing, which both America and Britain have used, and he called for fiscal policy to do more to encourage growth—a message plainly aimed at Germany's chancellor, Angela Merkel. She is the leader who insists most firmly on sticking to the euro zone's rules on fiscal discipline, just as it is the German Bundesbank that is most strongly against quantitative easing.

Angie, we can say you never tried

Despite the gloom, there should be scope here for a bargain. If Mr Hollande and Mr Renzi can show they are sincere about structural reforms, Mrs Merkel should be willing to tolerate an easier fiscal stance (including higher public investment in Germany) and a looser monetary policy. Close your eyes, and you can imagine the three leaders working with the European Commission to complete the single market and pushing through a trade deal with the United States. Sadly, in the real world, Mrs Merkel has little reason to trust either France or Italy: whenever external pressure on them has eased, they have promptly backtracked on promises of reform. And she has just installed Jean-Claude Juncker, the do-nothing candidate, as president of the European Commission.

So it will be hard. But without a new push from the continent's leaders, growth will not revive and deflation could take hold. Japan suffered a decade of lost growth in the 1990s, and is still struggling. But, unlike Japan, Europe is not a single cohesive country. If the currency union brings nothing but stagnation, joblessness and deflation, then some people will eventually vote to leave the euro. Thanks to Mr Draghi's promise to put a floor under government debt, the market risk that financial pressures could trigger a break-up has receded. But the political risk that one or more countries decide to storm out of the single currency is rising all the time. The euro crisis has not gone away; it is just waiting over the horizon.

<http://www.economist.com/news/europe/21614173-getting-rid-of-its-leftists-fran-ois-hollande-has-created-more-cohesive-government>

France's government

Adieu, Cuba à la française 105,7

By getting rid of its leftists, François Hollande has created a more cohesive government. But the president's job will still be hard
Aug 30th 2014 | PARIS | [From the print edition](#)



THE return to work after the summer break, known in France as *la rentrée*, is always a time of uncertainty and change. But nobody expected such a political upheaval. On August 25th the entire government was forced to resign after simmering disagreements over economic policy under President François Hollande erupted into the open. This prompted the eviction of anti-austerity ministers, and the formation of a fresh government under the same reformist prime minister, Manuel Valls. The upshot is greater clarity over economic policy, but more political uncertainty over putting it into effect. The turmoil began when Arnaud Montebourg, the firebrand left-wing industry minister, lashed out at the government's economic policy in a newspaper interview and then at a political rally. Amid bottles of burgundy and plates of local chicken at a fête in his old constituency, Mr Montebourg denounced austerity. It was a "financial absurdity" and an "economic aberration", he declared, and France should not be "aligning itself with the obsessions of the German right".

Mr Montebourg, who has a taste for theatrics, has seldom been shy about voicing disagreements with his ministerial colleagues. But this outburst was a step too far for Mr Valls. After discussion with Mr Hollande, the prime minister handed in the government's resignation, evicting at a sweep both Mr Montebourg and two other ministers—Benoît Hamon at education and Aurélie Filippetti at culture—who supported him.

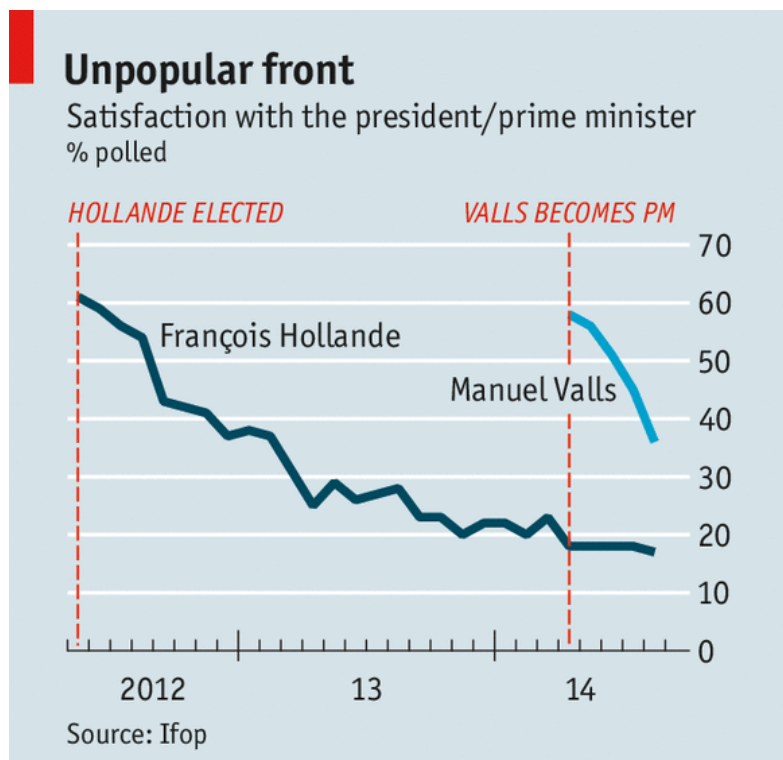
Mr Valls's new government, unveiled on August 26th, left most of the senior ministers in place, including Michel Sapin at finance, Laurent Fabius at the foreign ministry and Jean-Yves Le Drian at defence. But there was one surprise, as encouraging as it was symbolic: Mr Montebourg was replaced by Emmanuel Macron, a former investment banker and economic adviser at the Elysée. A centre-left moderate, Mr Macron saw his mission under Mr Hollande as steering the Socialists towards a more business-friendly, less ideological stance. When Mr Hollande promised during his 2012 election campaign to slap on a 75% top income-tax rate, a dismayed Mr Macron muttered: "It's Cuba, without the sun!"

Mr Macron's appointment follows others in recent months that hint at a takeover by moderate social democrats at the expense of left-wing Socialists. Jean-Pierre Jouyet, a former Europe minister under Nicolas Sarkozy, the centre-right ex-president, is now Mr Hollande's chief of staff. Laurence Boone, formerly an economist at Bank of America Merrill Lynch, has become his economic adviser. Jean Pisani-Ferry, a pragmatic economist, is in charge of long-term economic strategy.

The upshot should be less muddle over French economic policy. Never one to choose clarity over ambiguity if he could avoid it, Mr Hollande has presided since 2012 over a zigzagging economic policy, first raising taxes and vowing to punish the rich and put an end to austerity, then trying to lower taxes, curb public spending and support business instead. Now, says one French investment banker, there is a single coherent line: a "dramatic change". On August 27th Mr Valls received a standing ovation after making a markedly pro-business speech at the summer school of Medef, the French employers' federation.

The trouble, however, is that such clarity may come at the price of even more political obstructions to Mr Valls. From the viewpoint of the French left, his new team represents a betrayal of the policies that they thought they had elected Mr Hollande to enact. Laurent Baumel, a Socialist deputy and one of a group of left-wing rebels, called Mr Macron's appointment "a derisory provocation". Pierre Laurent, head of the Communist Party, dismissed the entire new government as "right-wing".

So Mr Valls faces a perilous period. The first test will be the 2015 budget, containing some €21 billion of savings, which is due to go to parliament before October 7th. Already, Mr Valls has had to face down a group of Socialist rebels who abstained in recent parliamentary votes. The Greens have refused to take any part in Mr Valls's government. And his own poll ratings, until recently as high as Mr Hollande's were dismally low, have begun to tumble. In August Mr Valls lost nine points in one month, falling to 36%, according to Ifop, a pollster (see chart).



In the short run, it is unlikely that any of the Socialist rebels will vote against the government, and thus provoke an election that would put their own seats at risk, and probably bring the centre-right back into power. But they can still make Mr Valls's life difficult by sniping from the sidelines. It is the cue for a battle for ideas on the French left in the run-up to the 2017 presidential election.

With an eye on a challenge himself, Mr Montebourg will continue to defy the government over austerity. The French economy stagnated in both the first and second quarters of this year, investment has dried up, the construction industry is at a standstill and the number of unemployed rose again in July, to almost 3.5m. With his usual panache, Mr Montebourg declared after his ousting that austerity was sinking France—and that both America's Barack Obama and the IMF's Christine Lagarde agreed with him.

At the euro zone level, he has a point. Yet in France, the trouble has not been too much German-imposed austerity through spending cuts, of which there have been almost none, but too many tax increases, a collapse of confidence, rigid labour markets and bad policies, such as new rent-control rules brought in by Mr Hollande, which have choked the building industry.

In truth, France has let its budget-deficit targets slip, easing fiscal consolidation. Mr Sapin has already said that the target of 3.8% of GDP for 2014 will not be met. The best hope for Mr Valls will be to secure more time to get to 3%, which France was meant to reach by 2015, by stressing the reform-minded nature of his new government. "By reassuring its European partners on reforms, we think it will be easier for Paris to obtain further leeway on fiscal issues," argues Gilles Moëc, chief European economist at Deutsche Bank.

With a political rebellion on his left at home, and the ever-present National Front on the far right, Mr Valls will need all the support he can muster in Brussels and Berlin—however sceptical they may be about France's habitual inability to honour its previous promises.

From the print edition: [Europe](#)

Michèle Tribalat : «Les politiques sont désespérés face à l'immigration» 105,9

Publiée 02/09/2014 à 18:40



FIGAROVOX/ENTRETIEN - Interrogé sur la question migratoire, Bernard Cazeneuve a répondu que «la France ne peut pas accueillir tout le monde». Une déclaration qui sonne comme une prise de conscience bien tardive, pour la démographe Michèle Tribalat.

Michèle Tribalat a mené des recherches sur les questions de l'immigration en France, entendue au sens large, et aux problèmes liés à l'intégration et à l'assimilation des immigrés et de leurs enfants. Son dernier livre, «[Assimilation: la fin du modèle français](#)», est paru aux éditions du Toucan.

FigaroVox: Bernard Cazeneuve, interrogé sur la question migratoire, a répondu qu'il était «agacé par une gauche de posture, qui manque de maturité et qui ne raisonne pas en termes d'efficacité. On peut brandir les grands principes, mais la France ne peut pas accueillir tout le monde». En tant que démographe, cette déclaration vous paraît-elle légitime?

Michèle TRIBALAT: Franchement, il n'est pas nécessaire d'être démographe pour approuver une déclaration de bon sens. Le seul problème réside ici dans le flou de l'expression «tout le monde». Le monde entier ne se précipite pas à nos portes. On est donc conduit à comprendre que la France ne peut pas accueillir tous ceux qui souhaitent y venir, ce qui suppose de dire non à certains d'entre eux. Ce gouvernement, comme d'autres avant lui, doit composer avec des contraintes contradictoires, dont une impatience et même une hostilité de l'opinion publique vis-à-vis de l'immigration étrangère, aggravée en temps de crise, et une mobilisation de politiques, d'intellectuels et d'associations au nom des droits de l'homme.

Pour l'instant, l'hostilité qui accueille le plan européen proposé par Bernard Cazeneuve concerne surtout le renforcement de Frontex. Attendons-nous à une fronde plus étendue quand l'Assemblée nationale va débattre du prochain projet de loi sur l'entrée et le séjour des étrangers.

Nos engagements en matière de droits de l'homme nous obligent à accorder des droits étendus aux étrangers qui limitent grandement ce que peuvent faire les gouvernements. Ces engagements réduisent la marge de manœuvre des pays aussi bien dans que hors Schengen. En outre, bien des aspects de la politique migratoire ont été communautarisés. La Cour de justice européenne veille au respect des directives européennes que nous avons acceptées. La prochaine loi sur l'immigration comporte d'ailleurs un volet sur l'asile qui transpose des directives européennes de 2013. L'immigration étrangère étant désormais fondée sur des droits, toute volonté de la réduire passe par le durcissement des conditions d'exercice de ces droits, sous la surveillance des Cours de justice internes et européennes mais aussi des associations mobilisées en faveur des droits de migrants. Le gouvernement actuel du Royaume-Uni, hors Schengen non soumis à la plupart des directives européennes sur

le sujet, s'est engagé à réduire considérablement l'immigration, ce qu'il n'a pas réussi à faire. Pour l'instant, l'hostilité qui accueille le plan européen proposé par Bernard Cazeneuve concerne surtout le renforcement de Frontex. Attendons-nous à une fronde plus étendue quand l'Assemblée nationale va débattre du prochain projet de loi sur l'entrée et le séjour des étrangers. La mesure qui vise à introduire un titre de séjour d'une durée intermédiaire entre la carte de résident de 10 ans et le titre de séjour d'un an (ou le visa de long séjour valant titre de séjour d'un an) va se trouver prise dans la contradiction évoquée plus haut: jugée laxiste et incitative par une opinion publique exaspérée et probablement par la droite aussi et conspuée par des politiques et des militants de gauche qui ne souhaitent pas, même pour des raisons pragmatiques (accueil décent en préfecture et désengorgement des files d'attente), que l'on revienne sur l'élimination des titres de séjour de durée intermédiaire, consacrée par la loi de 1984.

Cette phrase fait écho à celle de Michel Rocard en 1989, qui avait déclaré que «nous ne pouvons pas héberger toute la misère du monde». Est-ce que depuis, la dynamique de l'immigration légale ou illégale s'est inversée, est restée stable ou a progressé?

Pour ce qui est de l'immigration illégale, que nous ne pouvons pas mesurer, elle serait à la hausse aux frontières maritimes grecques et italiennes et à Ceuta et Melilla, d'après Frontex. Ces arrivées de clandestins, pour spectaculaires qu'elles soient, ne sont pas la source principale des séjours irréguliers en France ou même en Europe, lesquels s'expliquent surtout par la poursuite du séjour après dépassement de la durée de validité du visa ou du titre de séjour non renouvelé. En 1989, lorsque Michel Rocard fait sa déclaration, nous sommes encore dans une période de relative stagnation. La population immigrée ne s'accroît guère globalement, même si la population d'origine européenne rend des points à celle qui ne l'est pas. Les flux migratoires ne sont pas très élevés et la proportion d'immigrés stagne. Cette stagnation, aura duré près d'un quart de siècle. Avec les années 2000, la France connaît un nouveau cycle migratoire. La proportion d'immigrés s'accroît en moyenne annuelle comme durant les Trente Glorieuses et la crise économique n'a pas vraiment d'effet sur une immigration peu connectée à la conjoncture économique.

Cette tendance à la hausse ne concerne pas que la population immigrée au sens strict. Entre 1999 et 2011, c'est-à-dire en 12 ans, la population d'origine étrangère sur deux générations a augmenté de 2,4 millions (de 9,8 millions à 12,3 millions), dont un peu moins de la moitié seulement est composée d'immigrés, les autres étant nés en France. 2,4 millions, cela correspond à un taux d'accroissement de 25 % en douze ans. C'est plus, en valeur absolue, que l'accroissement du reste de la population qui s'est fait, sur la période, au rythme de 4,4 %.

Les politiques ont conscience de leur relative impuissance pour infléchir la politique migratoire compte tenu du filet de contraintes dans lequel ils se sont mis progressivement dans un contexte de mondialisation qui favorise la circulation.

Le poids démographique de l'immigration reste souvent un impensé politique dont profite depuis 30 ans le Front National. Comment expliquez-vous cet aveuglement?

L'impensé est facilité par le désordre statistique qui favorise l'usage de tel ou tel indicateur, choisi en fonction de ses propres partis pris. Si vous voulez montrer l'inanité des inquiétudes des Français à l'égard de l'immigration vous aurez recours au solde migratoire global de la France, positif mais très faible parce que le départ de plus en plus massif de jeunes Français masque, en partie, l'arrivée conséquente d'étrangers. Vous pourrez aussi avoir recours aux données fournies par l'Insee à Eurostat, que l'Insee refuse d'ailleurs de diffuser en France parce qu'elles ne sont pas de bonne qualité, mais qui sont néanmoins exigées par le règlement européen de 2007. Ces données ont été corrigées récemment et semblent un peu moins farfelues que celles affichées sur le site d'Eurostat il y a peu, mais ne sont toujours pas satisfaisantes. Mettre en évidence le poids de l'immigration étrangère dans la démographie française, c'est compliqué. Je viens d'actualiser, pour l'année 2011, une estimation déjà réalisée en 1999 sur l'apport démographique de l'immigration depuis 1960: 9,7 millions de personnes manqueraient à l'appel en 2011 sans cette immigration. C'est 3,4 millions de plus qu'en 1999. L'effet

du nouveau cycle migratoire des années 2000 y est très visible et explique, en 2010, près de la moitié des naissances dues à l'immigration depuis 1960.

L'aveuglement provient aussi de la volonté d'invalider les perceptions communes et de ne pas braquer un peu plus une opinion publique déjà remontée. Les politiques ont conscience de leur relative impuissance pour infléchir la politique migratoire compte tenu du filet de contraintes dans lequel ils se sont mis progressivement dans un contexte de mondialisation qui favorise la circulation. Ils sont également sensibles au discours très en vogue en Europe sur la nécessité d'une immigration massive pour contrer le déclin démographique. Ce postulat n'est guère débattu alors qu'il devrait l'être, notamment en France dont l'avenir démographique n'est pas aussi sombre que celui de l'Allemagne.

Bernard Cazeneuve est en pleine tournée des capitales européennes pour réclamer un renforcement des contrôles aux frontières de l'Europe. Est-ce selon vous la bonne solution?

M. Cazeneuve est légitimement préoccupé par les flux incontrôlés qui arrivent de la méditerranée et remontent jusque chez nous. Il voudrait que [Frontex](#) soit plus efficace et prenne le relai de l'opération [Mare Nostrum](#) qui a eu tendance, paradoxalement, en augmentant la surveillance en mer, à encourager les traversées périlleuses et les trafics. Sauf à sortir de Schengen ou à le renégocier, ce qui ne semble pas à l'ordre du jour, le ministre français n'a d'autre alternative que de rencontrer ses collègues européens pour tenter d'infléchir la politique européenne qui n'a guère anticipé ce qui arrive, le budget de Frontex ayant même été réduit.

Kluge Köpfe machen um Deutschland lieber einen Bogen 105,12

Deutschland ist inzwischen Einwanderungsland Nummer 1 in Europa. Besonders seit Beginn der Euro-Krise kommen Auswanderer anderer EU-Staaten. Doch Junge und besser Ausgebildete gehen woanders hin.

Von [Frank Stocker](#) Finanz-Redakteur

Spanier, Portugiesen und Griechen kehren ihren Heimatländern seit Beginn der [Euro-Krise](#) den Rücken. Es zieht sie nach Mitteleuropa, vor allem nach Deutschland. Diese Erkenntnis ist verbreitet – und doch falsch.

Dies zumindest zeigt eine aktuelle Studie des Hamburger Welt-Wirtschafts-Instituts und der Berenberg Bank. Sie haben untersucht, wie sich die Wanderungsbewegungen in der EU in den vergangenen Jahren verändert haben.

Dabei zeigte sich, dass tatsächlich die Zahl der Arbeitnehmer, die nach Deutschland streben, drastisch zugenommen hat. "Aber nicht die Spanier und Italiener haben sich auf den Weg gemacht", sagt Jörn Quitzau, Volkswirt bei Berenberg. "Vielmehr kommen [Mittel- und Osteuropäer](#), die früher nach Spanien und Italien gingen, jetzt vermehrt nach Deutschland."

Verhältnisse haben sich umgekehrt

Noch 2007 wanderten nach Deutschland im Saldo nur 0,5 Personen je Tausend Einwohner zu, das entspricht rund 40.000 Menschen, die mehr zu uns kamen als auswanderten. Nach Spanien beispielsweise wanderten dagegen im gleichen Jahr noch 17,2 Personen je Tausend Einwohner zu, also 800.000 Personen und damit 20 Mal so viele wie nach Deutschland kamen. Dabei leben in Spanien mit 47 Millionen rund 40 Prozent weniger Menschen als in Deutschland.

Sechs Jahre später, 2013, musste Spanien dagegen per Saldo sogar eine Abwanderung von rund 250.000 Menschen hinnehmen. Nach Deutschland kamen dagegen rund 400.000, also zehn Mal so viele wie 2007.

Die Verhältnisse haben sich damit praktisch umgekehrt – Spanien hat sich vom Einwanderungs- zum Auswanderungsland gewandelt, Deutschland ist dagegen nun das bevorzugte Ziel der Zuwanderer.

Ähnlich sieht es auch in Griechenland, Portugal und Irland aus. Diese Länder zogen bis zu Beginn der Euro-Krise ebenfalls jede Menge Zuwanderer an, vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Inzwischen haben die Krisenländer jedoch allesamt mit einem Rückgang der Bevölkerungszahlen zu kämpfen.

Osteuropäer verlassen die Krisenländer

Allerdings sind es bislang nur in geringem Maße die Einheimischen, die diese Länder verlassen. Vielmehr gehen offenbar vor allem jene, die in den Jahren zuvor eingewandert waren. So zogen zwischen 2010 und 2012 beispielsweise allein 38 Prozent der spanischen Auswanderer nach Rumänien, weitere sieben Prozent nach Bulgarien.

Dabei darf man davon ausgehen, dass es sich hierbei praktisch ausschließlich um Rückwanderer handelte. Sie waren einst in den guten Zeiten nach Spanien gekommen. Vor allem die Bauindustrie zog viele [Menschen aus Osteuropa](#) an. Seit Beginn der Krise kehren sie jedoch in ihre Heimat zurück.

Oder aber sie ziehen weiter, beispielsweise nach Deutschland. Denn nach wie vor verzeichnen die osteuropäischen Länder keine Netto-Zuwanderung, obwohl so viele Menschen aus Spanien oder anderen Krisenländern zurückgekehrt sind. Das heißt, sie ziehen von dort weiter, oder aber andere Personen wandern aus.

Und angesichts der Zahlen ist das neue Hauptziel offensichtlich Deutschland. Daneben ziehen auch Großbritannien, Belgien, Finnland, Österreich und Luxemburg deutlich mehr Menschen an als von dort auswandern. In absoluten Zahlen ist Deutschland aber inzwischen Einwanderungsland Nummer 1 in Europa.

Zuwanderer zunehmend gut ausgebildet

Doch noch etwas hat sich in den vergangenen Jahren verändert: Jene, die in ein anderes Land ziehen, verfügen heute über ein deutlich besseres Ausbildungsniveau. So konnten noch 2008 nur 27 Prozent aller Auswanderer einen hohen Bildungsabschluss vorweisen, inzwischen sind es dagegen 40 Prozent.

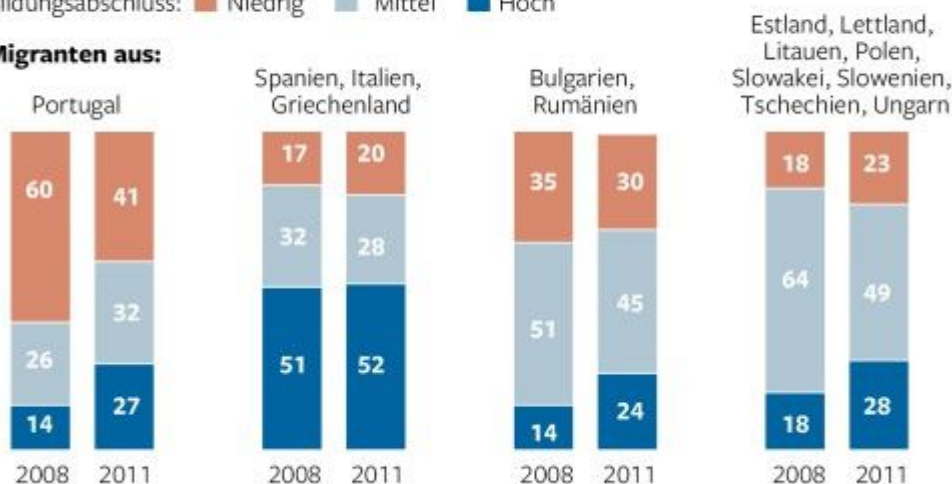
Aus Rumänien und Bulgarien gehörten noch 2008 sogar nur 14 Prozent der Auswanderer zu den bestens Qualifizierten, 2011 waren es schon 24 Prozent.

BILDUNGSABSCHLÜSSE VON MIGRANTEN IN DER EU

Veränderung in den vergangenen drei Jahren, nach Nationalität in Prozent

Bildungsabschluss: ■ Niedrig ■ Mittel ■ Hoch

Migranten aus:



QUELLE: EUROPÄISCHE KOMMISSION, HWWI

DIE WELT

Migranten haben oft höhere Bildungsabschlüsse Foto: Infografik Die Welt

Ähnlich sieht es bei den Zuwanderern aus anderen Regionen aus. So hatten 2008 noch 60 Prozent der Portugiesen, die ins Ausland gingen, einen niedrigen Bildungsabschluss, nur 14 Prozent einen hohen. Schon drei Jahre später hatte sich das Bild komplett gedreht. 2011 verfügten 27 Prozent über einen hohen Abschluss, nur noch 41 Prozent einen niedrigen.

Aus Spanien, Italien und Griechenland kamen dagegen sowohl vor der Krise als auch heute schon immer überwiegend gut ausgebildete Menschen, jeweils knapp über 50 Prozent.

Hochqualifizierte arbeiten oft unter ihren Niveau

"Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, die meist in den Krisenländern arbeitslos geworden sind, lassen sich nur eingeschränkt in neue Jobs in stabileren Ländern umlenken", sagt Thomas Straubhaar, der bis Ende August Chef des HWWI war.

Das liegt zum einen an der anderen Wirtschaftsstruktur. In Spanien wurden während der Boomphase vor allem Arbeitskräfte für die Bauindustrie benötigt, Deutschland dagegen braucht vor allem Fachkräfte für das produzierende Gewerbe oder Dienstleister mit guter Ausbildung.

Es liegt aber auch am generellen Wandel der Strukturen in Europa. "Die rückläufige Nachfrage nach Niedrigqualifizierten hängt mit dem wirtschaftlichen Wandel hin zu wissensintensiven Dienstleistungen zusammen, mit dem alle europäischen Länder konfrontiert sind", so Straubhaar.

Allerdings heißt die Tatsache, dass vermehrt Menschen mit höherem Bildungsabschluss auswandern, nicht, dass sie im Zielland auch adäquat eingesetzt werden. So zeigte die Studie, dass rund ein Drittel der Zugewanderten einer Beschäftigung nachgehen, die unterhalb ihrer Qualifikation ist.

"Das ist der Preis, den viele hoch qualifizierte Migranten für eine Beschäftigung im Zielland zahlen", so Straubhaar. Dennoch ist das für die meisten die bessere Wahl – lieber ein Job unter der Qualifikation im Ausland als arbeitslos zu Hause.

Großbritannien für Gebildete attraktiver

Trotz dieser allgemeinen Tendenz, dass vermehrt gut Ausgebildete ihre Heimat verlassen und ins Ausland ziehen, liegt ihr Anteil unter den Einwanderern in Deutschland dennoch immer noch weit hinter ihrem Anteil beispielsweise in Großbritannien oder anderen klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Australien.

Einwanderer in Großbritannien beispielsweise sind im Mittel jünger, besser ausgebildet und kommen tendenziell eher aus städtischen Gebieten, während nach Deutschland eher Personen aus ländlichen Gebieten einwandern, die zudem älter und geringer qualifiziert sind.

Für Straubhaar liegt dies vor allem daran, dass hierzulande die Hürden für diese Menschen deutlich höher sind. Die Sprache ist dabei natürlich ein Stolperstein, oft werden aber auch Abschlüsse nicht anerkannt oder Ausländerbehörden mauern eher als dass sie helfen. Deutschland hat es also in der Hand, wer künftig hier her kommt.









Wie Italien Flüchtlinge nach Deutschland umleitet 105,14

Die Zahl der Asylbewerber ist so hoch, dass Zelte als Unterkünfte dienen müssen. Italien nimmt die Verabredungen offenbar nicht ernst – de Maizière traf sich jetzt mit seinem italienischen Kollegen.

Von [Manuel Bewarder](#) Politikredakteur

ILLEGALE EINREISEN NACH DEUTSCHLAND NEHMEN ZU

Zahl der von der Polizei registrierten Illegalen nach Herkunftsland

Staatsangehörigkeit	2013	2012	Vergleich 2013 zu 2012
 Syrien	3528	1145	+208,1 %
 Russische Föderation	3453	1465	+135,7 %
 Afghanistan	2368	2955	-19,9 %
 Eritrea	1540	171	+800,6 %
 Serbien	1466	1244	+17,8 %
 Türkei	1409	1503	-6,3 %
 Kosovo	1181	657	+79,8 %
 Ukraine	989	1465	-32,5 %
 Pakistan	796	587	+35,6 %
 Somalia	789	385	+104,9 %
Gesamt	32.533	25.670	+26,7 %

QUELLE: BUNDESPOLIZEI

DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt

Die Wut über Italiens Tatenlosigkeit ist groß. Während hierzulande die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber [nach oben schnell](#)t und die Unterkünfte zunehmend überlastet sind, nimmt die Regierung in Rom die europäischen Verabredungen bislang offenbar nicht ernst und lässt Flüchtlinge problemlos weiter in die nördlichen Staaten der Europäischen Union (EU) reisen.

Manche italienische Behörden sollen gar [500 Euro gezahlt haben](#), damit sich die Flüchtlinge in einen Zug gen Norden setzen.

Lange Zeit wollte kaum einer in der Bundesrepublik dieses Verhalten mit Blick auf die Kooperation auf EU-Ebene öffentlich anprangern.

Angesichts von voraussichtlich rund 200.000 Asylbewerbern in diesem Jahr und verschiedenen weltweiten Krisenherden hält sich aber auch die Bundesregierung kaum noch zurück.

In Berlin empfing nun Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) seinen italienischen Amtskollegen Angelino Alfano. Gemeinsam wollten man nach vorn blicken. Deutschland zeigt sich zum Beispiel bereit, die geplante neue Grenzschutzmission im Mittelmeer – "Frontex Plus" – zu unterstützen. Im Gegenzug wird allerdings erwartet, dass sich Italien und andere südeuropäische Staaten verpflichten, die Vorgaben des EU-Asylsystems einzuhalten.

Rom will Asylbewerber registrieren

Im Klartext heißt das: Rom will endlich seiner Verpflichtung nachkommen. Asylbewerber sollen systematisch registriert werden – und eben nicht in andere EU-Länder weiterreisen können.

Unterstützung für den Vorstoß erhält de Maizière von den Innenministern von CDU und CSU: "Unter dem Aspekt der gleichmäßigen Lastenverteilung unter allen Europäern erwarten wir auch die Aufnahme von Flüchtlingen im gesamten Haus Europa", sagte Lorenz Caffier (CDU), Sprecher der Unions-geführten Länderinnenressorts und Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern.

Der Vorwurf gegenüber Italien wiegt schwer: Die europäischen Mitgliedsstaaten haben in der Dublin-Verordnung verabredet, dass eigentlich das Land für die Bearbeitung eines Asylgesuchs zuständig ist, in dem ein Flüchtling Europa betritt. Länder an den EU-Außengrenzen erhalten Ausgleichszahlungen, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen können: die Grenzen sichern und sich um die Flüchtlinge kümmern. Italien aber soll sich nur teilweise an die Abmachung halten.

Zahl der illegalen Einreisen steigt

Die Zahl der illegalen Einreisen nach Deutschland nimmt weiter stark zu. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Bundespolizei rund 33.000 unerlaubte Einreisen. Das sind 26,7 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Laut Bundespolizei-Chef Dieter Romann wird der Wert von 2013 im laufenden Jahr bereits bald schon überschritten.

Aus den deutschen Sicherheitsbehörden wurde erstmals vor ein paar Monaten Kritik an Italien laut. Romann erklärte im Juli im [Interview](#) mit der "Welt", dass Flüchtlinge, die von der italienischen Marine gerettet wurden, kurze Zeit später in Deutschland festgestellt wurden. Der Bundespolizei-Chef ärgerte sich, dass im Gemeinschaftsrecht vorgeschriebene Verfahren wie etwa die Abnahme und Speicherung von Fingerabdrücken nicht in allen Fällen erfolgten.

Zu dem gleichen Ergebnis kam in jenen Tagen eine Analyse der Nachrichtenagentur Associated Press. Demnach nahmen die Italiener bei mehr als einem Viertel der im ersten Halbjahr 2014 angekommenen Flüchtlinge keine Fingerabdrücke. Eigentlich hätte Rom in diesem Zeitraum aufgrund der absoluten Flüchtlingszahlen rund 56.700 Fingerabdrücke den anderen Mitgliedsstaaten übermitteln müssen. Die Regierung schickte jedoch nur etwa 43.000.

Italien soll seine Grenzen sichern

Die EU verfehlt damit ihr Ziel, die Migration innerhalb des von Grenzkontrollen befreiten Schengen-Raumes zu koordinieren. Doch eine Abschaffung des Dublin-Systems steht nicht zur Debatte – und das fordert auch Deutschland nicht. Die Verordnung sorgt im Idealfall schließlich dafür, dass Überstellungen von Asylbewerbern in andere Mitgliedsstaaten nicht notwendig sind.

Viele Politiker weisen auch immer wieder darauf hin, dass Dublin zur Folge hat, dass die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in wohlhabenden Binnenländern wie Deutschland deutlich niedriger als in den Staaten an den Außengrenzen ist.

Die verabredete Arbeitsteilung lautet: Länder wie Italien und Griechenland sichern die Grenzen und retten in Not geratene Flüchtlinge. Von den EU-Partnern erhalten sie dafür finanzielle Unterstützung.

Gemeinsame Initiative in Arbeit

In der EU arbeitet man nun laut de Maizière an einer gemeinsamen Initiative, um eine "geschlossene und kohärente Antwort" auf Herausforderungen wie die Verteilung der Flüchtlinge oder die Bootsunglücke mit vielen Toten im Mittelmeer zu finden. Die Regierungen wollen verhindern, dass es überhaupt zu solchen Tragödien kommt. Der Blick geht deshalb über Europa hinaus.

Die EU-Staaten wollen mit ihrem Vorstoß auch stärker gegen Schleuser vorgehen, die die Flüchtlinge für viel Geld auf die gefährliche Reise nach Europa schicken. Dafür soll die Zusammenarbeit mit südlichen Mittelmeerstaaten wie Libyen, Tunesien oder Marokko verbessert werden. Vielleicht könnte die Zahl der Katastrophen auf See damit zumindest verringert werden.

Hier quartiert Duisburg Flüchtlinge ein



Die Aktion stößt auf Kritik: Die Stadt Duisburg hat auf einem Sportplatz eine Zeltstadt errichten lassen. In Zukunft wohnen hier Flüchtlinge. Bis zu 150 Menschen sollen Platz finden. Quelle: N24

811.510 bébés sont nés en France en 2013 105,16

Publié le 03/09/2014 à 07:34



INFOGRAPHIE - Le nombre de naissances a légèrement diminué l'an dernier par rapport à l'année précédente. Un accouchement sur 60 a donné naissance à deux enfants ou plus.

En France, 811.510 enfants ont vu le jour en 2013. Soit 9500 de moins qu'en 2012 (baisse de 1,2 %), selon des chiffres de l'institut national de la statistique et des études économiques (Insee). Malgré cette baisse, la [natalité](#) reste à un niveau élevé, plus que dans les années 1990 et au début des années 2000. Elle est cependant moins importante que pendant les périodes du baby-boom, entre 1946 et 1974, où la France comptait en moyenne 850.000 naissances par an. Depuis 2005, on enregistre chaque année plus de 800.000 nouveaux nés.

5 % des mères ont 40 ans ou plus l'année de la naissance

Parmi les enfants nés en 2013, 57 % sont nés hors mariage, une part qui progresse beaucoup depuis le milieu des années 1970. L'âge moyen des mères à l'accouchement continue de s'élever depuis la fin du baby-boom et dépasse 30 ans. Il augmente depuis le milieu des années 70. À l'époque, les femmes accouchaient en moyenne à 26 ans. Parmi les bébés nés l'an dernier, les deux tiers ont une mère âgée de 25 à 34 ans, 14 % une mère de moins de 25 ans et 22 % une mère âgée de 35 ans ou plus. En 2013, 5 % des mères ont 40 ans ou plus l'année de la naissance, un chiffre toutefois identique à ce qu'il était en 1946. Et les mères de 45 ans ou plus représentent 0,3 % des naissances. Enfin, près d'un accouchement sur 60 a donné lieu à une naissance multiple.

La déflation, un faux débat ? 105,17

L'inflation est tombée à 0,3 % au mois d'août selon Eurostat. Une bonne nouvelle pour le pouvoir d'achat, mais qui inquiète les dirigeants européens.



Mario Draghi se tient prêt à assouplir encore sa politique monétaire pour lutter contre

la déflation. © AFP

Par MARC VIGNAUD

"Le risque de déflation est réel." L'avertissement de Manuel Valls, à la sortie d'un séminaire gouvernemental, début août, n'a jamais semblé aussi justifié, au moment où François Hollande rencontrait le président de la BCE, lundi à l'Élysée.

Le mois dernier, les prix en zone euro n'ont augmenté que de 0,3 % par rapport au mois d'août de l'année dernière, selon la première estimation de l'institut européen de statistique, Eurostat. Il s'agit de la plus faible inflation annuelle enregistrée depuis 2009, bien loin de l'objectif d'une hausse des prix inférieure mais proche de 2 %. La France ne fait pas exception. En juillet (dernier chiffre disponible), ils ont faiblement progressé de 0,5 %. Quant à l'Espagne et l'Italie, elles ont rejoint la Grèce et le Portugal au rang des pays dans lesquels ils baissent pour de bon. Un symptôme de la possible déflation ? Pour l'économiste Jean-Marc Daniel, le débat autour de cette menace passe à côté de l'essentiel.

Pas de baisse régulière des prix

La déflation, rappelle ce spécialiste de l'histoire économique, se traduit par une baisse régulière et auto-entretenu des prix, baisse favorisée par une contraction de la masse monétaire. Elle s'enclenche lorsqu'il existe un excès d'offre par rapport à la demande, c'est-à-dire que les entreprises produisent plus que ce qu'elles peuvent écouler. La zone euro pourrait effectivement être considérée dans cette situation, elle qui dégage un excédent commercial par rapport au reste du monde de près de 3 % de son PIB. Mais selon Jean-Marc Daniel, cet excédent commercial est essentiellement dû à certains pays, comme l'Allemagne ou les Pays-Bas, où il reflète en fait essentiellement un taux d'épargne élevé d'une population vieillissante qui prépare sa retraite en investissant à l'étranger.

Par ailleurs, les prix ne reculent vraiment que dans certains pays du Sud comme en Grèce, au Portugal, et, depuis peu, en Espagne et en Italie. Une baisse en partie voulue puisque les plans d'ajustement imposés par la Troïka visaient justement à combler le déficit extérieur pour restaurer la compétitivité des entreprises, y compris par des baisses de salaires. C'est ce que les spécialistes appellent une "dévaluation interne", parce qu'elle est censée pallier l'impossibilité d'une dévaluation monétaire en zone euro.

La France, elle, continue d'être en déficit commercial, ce qui tend à montrer qu'il existe plutôt un manque d'offre par rapport à la demande des ménages hexagonaux.

L'inflation, une ponction sur le pouvoir d'achat

À l'échelle de la zone, le tassement des prix est d'ailleurs moins important qu'il n'y paraît. Une fois retirés les plus volatiles, comme ceux des produits alimentaires et de l'énergie, comme le gaz, ils ont encore progressé de 0,9 % au mois d'août. "En France, 1998 est une année de croissance exceptionnelle, alors que les prix n'ont progressé que de 0,3 %", rappelle d'ailleurs Jean-Marc Daniel. À l'époque, les prix s'étaient tassés essentiellement à cause d'un contre-choc pétrolier.

Reste que 0,9 % d'inflation est très éloigné de l'objectif de près de 2 % fixé à la BCE. Faut-il chercher à le faire augmenter ? Pour Jean-Marc Daniel, réclamer une hausse de l'inflation revient à réclamer une érosion du pouvoir d'achat des Français, et particulièrement des fonctionnaires, dont le point d'indice est gelé depuis 2010, ou celui des retraités, dont les pensions sont gelées jusqu'à la fin de l'année. "Il y a une certaine ironie à voir Manuel Valls à La Rochelle se faire applaudir par une majorité de fonctionnaires, lorsqu'il réclame plus d'inflation et donc une baisse de leur pouvoir d'achat", s'amuse l'économiste.

Inflation faible, mais "vie chère"

Le paradoxe n'a d'ailleurs pas totalement échappé à François Hollande : "Nous nous plaignons de l'inflation faible, et les Français de la vie chère... Les deux sont vrais. C'est-à-dire que le taux de croissance des prix peut être effectivement bas et, en même temps, le sentiment que certains prix sont trop élevés, notamment pour les plus fragiles, existe", a-t-il reconnu le 28 août, lors de la conférence des ambassadeurs.

Si le président veut absolument faire augmenter les prix, c'est aussi parce que leur faiblesse complique son équation budgétaire. D'abord parce les rentrées fiscales, comme les recettes de TVA, n'augmentent pas autant que prévu. Ensuite parce que l'effort de compression des dépenses publiques est en partie neutralisé. De nombreuses prestations sont indexées sur la hausse des prix attendue lors de l'examen du budget. Ces dépenses progressent donc plus vite que l'inflation constatée. François Hollande espère donc que la BCE ira encore plus loin dans l'assouplissement de sa politique monétaire et finira par imiter la Banque centrale américaine, la Banque d'Angleterre ou la Banque du Japon en rachetant massivement des actifs, y compris de la dette publique.

La politique monétaire, impuissante à faire repartir l'activité

Pas sûr, pourtant, que la politique monétaire soit vraiment efficace pour lutter contre la faiblesse actuelle des prix. Pour que ceux-ci se redressent, il faudrait que la masse monétaire augmente plus vite. En d'autres termes, il faudrait que les banques créent de la monnaie en prêtant plus. C'est ce qu'essaie désespérément de faire la BCE. Non contente d'avoir déjà ramené ses taux d'intérêt à zéro, voire en territoire négatif, elle a ouvert en juin le robinet à liquidités pour donner aux banques les moyens d'honorer les demandes de crédits. Le problème, c'est que cette demande n'est pas assez importante, notamment dans les pays du sud de l'Europe. Et pour cause, depuis l'éclatement de la crise, leurs entreprises se sont engagées dans un mouvement de désendettement. Un programme massif d'achat de dette publique, à l'image de celui opéré par la Banque centrale américaine ou du Japon, n'y changerait pas grand-chose, d'autant que les taux auxquels empruntent les États sont déjà redescendus à des taux très bas.

Si Mario Draghi affirme se tenir prêt, en cas de besoin, à franchir ce cap, le président de la BCE a également appelé les gouvernements à assouplir la rigueur budgétaire de la zone euro, pour pallier la faiblesse de la demande des ménages et des entreprises. Mais le relâchement de l'effort budgétaire ne peut pas faire office de politique économique pour l'Hexagone, prévient Jean-Marc Daniel : "La France a encore un déficit structurel très élevé." En d'autres termes, la faible croissance n'explique qu'en partie le déséquilibre actuel des finances publiques. Pour combler son déficit structurel, l'Hexagone doit augmenter sa croissance potentielle, c'est-à-dire la croissance que ses fondamentaux (volume de la main d'oeuvre et sa productivité liée au progrès technique) lui permettent d'atteindre en dehors des fluctuations conjoncturelles. Cela passe par les fameuses "réformes structurelles" trop souvent promises, mais trop peu mises en oeuvre.

IL N'Y A PAS DE RISQUE DE DEFLATION EN EUROPE » 105,19

Le Monde | Jean-Marc Daniel

Régulièrement, le débat économique s'enrichit d'échanges autour de poncifs mondains dont l'avantage pour nos dirigeants et l'inconvénient pour nos économies sont de masquer la réalité. Le dernier thème jouant ce rôle est celui de la déflation.

Le mot est à juste titre connoté de façon négative. Il l'est néanmoins à ce point que, quand on baisse les salaires au nom de la notion fumeuse de compétitivité, on emploie l'expression de « *dévaluation interne* ». La dévaluation, qui naguère était la honte des décideurs et la punition des erreurs économiques, est étrangement devenue une sorte de panacée désormais impossible du fait de l'existence de l'euro, et plus généralement du fait d'un système monétaire organisé en changes flottants.

De quoi parle-t-on en pratique quand on parle de déflation ? Normalement d'un déséquilibre entre l'offre et la demande sous forme d'excès d'offre. Ce déséquilibre se traduit par une baisse régulière et autoentretenu des prix, baisse favorisée par une contraction de la masse monétaire. Constatons-nous cela en Europe ou en France ? On pourrait considérer que la zone euro est en excès d'offre dans la mesure où elle est en excédent extérieur : sa demande intérieure est inférieure à sa production. Cet excédent, qui est de 2,6 % de son produit intérieur brut, est porté par celui de l'Allemagne, mais pas uniquement, puisque celui des Pays-Bas est plus important. En fait, un excédent extérieur traduit un arbitrage consommation/épargne favorable à l'épargne. On dépense moins pour préparer l'avenir et assurer les revenus de demain.

ASSISTONS-NOUS À UNE BAISSÉ AUTOENTRETENUÉ DE PRIX ? NON

Cela a du sens dans les pays qui pour des raisons démographiques doivent externaliser une partie de leur épargne vers des pays jeunes et à forte croissance potentielle. Ce fut hier le cas du Japon et c'est le cas de l'Allemagne. Ce devrait être celui de la France, même si notre situation démographique est moins déséquilibrée que celle de nos partenaires d'outre-Rhin. L'excédent extérieur européen est donc peu significatif, d'autant moins qu'en France nous sommes en déficit.

Assistons-nous à une baisse autoentretenué de prix ? Non. Ils augmentent au rythme de 0,5 % par an en zone euro avec une forte influence sur cette hausse du prix de l'énergie. Le contre-choc pétrolier, qui soutint la croissance de la fin des années 1980 comme celle de la fin des années 1990, a du mal à se mettre en place. Mais il est quand même là. En France, le prix du gaz a baissé de 6 % depuis le début de l'année.

Le gouvernement, inquiet de la déflation, a-t-il un seul instant envisagé de ne pas procéder à ces baisses ? Non, Ségolène Royal, ministre de l'écologie, du développement durable et de l'énergie, ayant même simultanément différé la hausse des tarifs de l'électricité. Si elle l'a fait, c'est pour maintenir et conforter le pouvoir d'achat des ménages. Car la faible inflation transfère du pouvoir d'achat aux ménages. Le gouvernement en a conscience puisqu'il a annoncé son intention d'accroître la concurrence en changeant le statut de certaines professions réglementées. Six milliards d'euros de redistribution en faveur des ménages sont attendus grâce à la baisse des prix qui en résultera. En outre, la faible inflation maintient des taux d'intérêt bas. Les Etats en bénéficient pour financer leur dette, les ménages aussi, dont les taux sur les emprunts immobiliers sont très bas.

Néanmoins, pour mieux stigmatiser la baisse des prix, on brandit le cas du Japon et on loue le gouvernement nippon actuel, qui aurait eu le courage de rompre avec les comportements déflationnistes de ces dernières années. On oublie de nous dire que si, à coups de hausse de la TVA et d'interventionnisme sur le marché des changes, le taux d'inflation est monté à 3 % cette année à Tokyo, la ponction qui en a résulté sur le pouvoir d'achat a conduit à de douloureuses révisions à la baisse des perspectives de croissance du pays.

NOTRE PROBLÈME N'EST NI À FRANCFORT, NI À BRUXELLES, NI À BERLIN

Du côté de l'évolution de la masse monétaire, ce que les économistes appellent l'agrégat monétaire M3, à savoir la mesure la plus généralement admise de la quantité de monnaie en circulation, augmente en zone euro au rythme de 1 % par an. Pas de contraction donc. Ce qui est important dans l'analyse de cette évolution est de voir ce qui le fait augmenter. L'acteur de référence qui crée de la monnaie est le système des banques commerciales par le financement de l'économie. C'est en faisant crédit que les banques créent de la monnaie. L'enjeu de la création monétaire est donc la capacité des banques à prêter. Cela dépend de leur santé financière, mais cela dépend surtout des emprunteurs qui se présentent à elles. En 2013, en zone euro, les crédits aux ménages sont restés stables, mais ceux aux entreprises ont baissé de 3 % : la voilà donc la déflation !

Sauf que d'un pays à l'autre la situation varie et l'essentiel de cette contraction vient du désendettement des entreprises d'Europe du Sud qui arrive à son terme. En France, les crédits aux entreprises en 2013 ont augmenté de 5 milliards d'euros, après avoir été stables en 2012. C'est peu sur une enveloppe d'un peu plus de 880 milliards d'euros. Est-ce que cela traduit de la déflation, c'est-à-dire une frilosité des banques due à leurs conditions de refinancement auprès de la banque centrale ? On voit mal comment ces conditions pourraient être plus généreuses. D'ailleurs, les banques n'ont en fait jamais autant dit « oui » à leurs clients, mais ceux-ci se font rares. En effet, les entreprises, assommées par la fiscalité, désorientées par une politique économique en remise en cause permanente, hésitent à s'engager dans de nouveaux projets.

C'est une des pseudo-habiletés de nos dirigeants que de dénoncer le « *sado-monétarisme* » de Francfort, la rigidité de nos partenaires allemands et de ne proposer comme solution à la baisse dramatique de notre croissance potentielle que le retour aux vieilles lunes du keynésianisme. La nostalgie de l'inflation que ce type de politiques générerait ne doit pas nous aveugler. Notre problème n'est ni à Francfort, ni à Bruxelles, ni à Berlin. Il est dans le refus des réformes structurelles dont de rapport en rapport le contenu nous est pourtant détaillé.

Par **Jean-Marc Daniel**, professeur à l'ESCP Europe.

<http://www.spiegel.de/international/europe/the-anti-austerity-camp-is-growing-as-merkel-becomes-more-isolated-a-989357.html>

France and Friends: Merkel Increasingly Isolated on Austerity 105,20

By SPIEGEL Staff



Photos ▶

AFP

The debate over Germany's insistence on euro-zone austerity has flared anew as an ailing France continues to demand economic stimulus. The European Central Bank may now be siding with Paris, leaving Merkel looking increasingly alone.

The chancellor peered at her impassioned interviewer as if he were some kind of rare insect. An orange microphone in her left hand and eyebrows severely arched, Angela Merkel sank deeply into the armchair on the stage of the Berliner Ensemble theater, as though trying to put the greatest possible distance between herself and the journalist from the political magazine *Cicero*. Gesticulating wildly, he had just asked for her thoughts on the pain felt in France at being left behind by Germany economically. "Can Germany continue to play such a dominating role?" he demanded.

Her response was evasive. After a pause, she commended France for its military operations in Mali and the Central African Republic. Beyond that, though, not much praise for Paris would be forthcoming that evening on the last Wednesday in August. Merkel's larger message was the same as it has been for years: France has to solve its structural problems. Only then can it resume its role among Europe's leaders.

Many French are indeed proud of the fact that their soldiers are fighting in a place to which Germany has only been willing to send a couple of airplanes. But this minimal gratification does little to alleviate the nationwide belief that Germany has left France behind. And that is one of the primary reasons that the German-French pillar, which has supported the EU since its founding, is now crumbling. Both sides are now quietly keeping an eye out for new partners.

Among the ruling Socialists, many believe the blame for France's current troubles doesn't lie mainly with themselves and their unwillingness to push through structural reforms. Rather, they blame Germany's austerity policies in Europe. Indeed, the only disagreement among the French left is the question as to how loudly they should voice their displeasure. In a sense, it is that question which resulted in last week's fall of the French government. It tripped over Merkel.

French President François Hollande released his cabinet last Monday largely because Prime Minister Manuel Valls wanted to finally rid himself of his left-wing critics, Economics Minister Arnaud Montebourg first among them. Montebourg had loudly complained of European austerity and demanded that the French government cease taking heed of the "obsessions of the German right."

The Money Pump

The result: France now has a government that is more clearly than ever in favor of reforms. But at the same time, Hollande is seeking to increase pressure on Germany to fundamentally rethink its economic approach for the euro zone. He wants to convince Merkel to loosen the stability criteria. Last week, he even demanded a special EU summit to agree on measures to promote economic growth. In France, that has traditionally meant pumping more state money into the economy.

In essence, the dispute focuses on the question that has divided Europe since the beginning of the euro crisis. The Chancellery in Berlin has demanded that EU countries in crisis undertake far-reaching structural reforms coupled with biting austerity programs. Paris, meanwhile, has been the voice of those asking that the stability pact be made more flexible to make room for economic

stimulus, with reforms coming later, if at all. Until recently, the two camps had been roughly equal in strength within the EU. But recently, Paris has unexpectedly won over new allies.

New European Commission President Jean-Claude Juncker has joined Hollande and Italian Prime Minister Matteo Renzi in promoting a flexible interpretation of the stability pact rules. The US government and the International Monetary Fund likewise support the position.

Plenty of outside experts agree. During a meeting of Nobel laureates on Lake Constance in August, the economists present unanimously criticized Merkel's approach. Europe, they said, is threatened with lasting weak growth should the deficit rules continue to be strictly interpreted. Given the current 0.4 percent rate of inflation, many are warning of [the perils of deflation](#). And the biggest pessimists even believe that the euro crisis could return.

Merkel and Finance Minister Wolfgang Schäuble, though, remain convinced that the euro zone remains unthreatened by a relapse and have no plans to deviate from the path followed thus far. Nevertheless, dearly held certainties are being called into question from all sides. Germany's central bank, the Bundesbank, for example, is calling for higher wages. And the European Central Bank (ECB) seems to be in favor of some form of fiscal stimulus to boost growth.

A Curious Phone Call

Berlin is particularly alarmed by the stance taken by ECB head Mario Draghi. At the annual conference of top central bankers from around the world at Jackson Hole, Wyoming in August, Draghi surprised those present by saying "there is leeway to achieve a more growth-friendly composition of fiscal policies." It was a comment that came close to the kind of debt-fueled growth stimulus measures being demanded by Hollande.

The result was a rather astounding telephone conversation last week between Merkel and Draghi. Normally, Merkel and her finance minister are at pains to avoid doing anything which might give the impression of political meddling with the ECB. But Merkel wanted to know what Draghi had meant with his Jackson Hole comments. Did it mark the ECB's renunciation of austerity? Were that the case, Merkel would be all alone.

After SPIEGEL made the phone call public on Sunday, a German government spokesman insisted that Merkel had not called Draghi, but that Draghi had phoned Merkel. He also said that "the assertion that the chancellor took President Draghi to task does not correlate to the facts in any way."

But according to SPIEGEL's sources, Draghi sought to placate the chancellor, noting that the very next section of his speech had been devoted to the necessity of structural reforms in struggling euro-zone member states. He insisted that his comments did not represent a change of course. After his conversation with Merkel, Draghi called Finance Minister Schäuble in an attempt to placate him as well.

Berlin government officials had mostly declined to comment on the issue publicly before Sunday. But sources have been happy to comment off the record. "We don't understand Draghi's comments in the same way they have been understood elsewhere," said one government source. But if he was indeed demanding an investment program, "it would be wrong."

Finance Minister Schäuble, for his part, has made clear he does not believe in ECB intervention. "Monetary policy can only buy time," Schäuble told Bloomberg. "Liquidity in markets is not too low, it's even too high. Therefore I think monetary policy has come to [the end of its instruments](#) and therefore what we urgently need is investments."

More Numerous Detractors

The Chancellery has also been fighting on other fronts to defend its austerity stance. For weeks, Berlin had been trying to prevent Pierre Moscovici from being named Europe's monetary affairs commissioner. Before being unseated as French finance minister in April, Moscovici had failed to submit a single budget that conformed to EU rules. SPIEGEL has learned, however, that the German government has now abandoned the fight and become resigned to Moscovici's likely appointment to the role.

Still, he is likely to be placed under supervision. Juncker intends to appoint a budget policy hardliner from northern Europe as Commission vice president who will be in charge of overall economic policy. The favorite for this post is former Finnish Prime Minister Jyrki Katainen.

But even as Angela Merkel's detractors are multiplying, she continues to fundamentally oppose their reading of Europe's economic situation. In Chancellery meetings, she frequently brings along a file full of graphics and tables showing that important core indicators from struggling countries such as Portugal, Spain and Greece have improved recently. With her index finger, she then traces the color-coded line for each country, which invariably trend in the right direction when it comes to budget deficits or unit labor costs.

Only the French lines are different: zero growth, vanishing competitiveness, climbing unemployment and years of budget deficits that exceed 3 percent of gross domestic product, the maximum allowed by EU rules. Merkel believes that France has become what Germany was 10 years ago: [the Sick Man of Europe](#).

Aside from a modest labor market reform, President Hollande has yet to achieve much of anything. It remains uncertain whether his largest project thus far -- that of sinking incidental wage costs via austerity measures worth €50 billion (\$65.7 billion) -- will ever be implemented.

'Cuba without the Sun'

When Hollande named his new, reform-friendly government last week, German government members and senior officials were unanimous in their praise. "Hollande is finally taking a risk," said one minister. Another spoke of "the last chance Hollande has."

But even serial optimists in Berlin believe the chances for a sudden change of course to be low. Hollande's Socialists, after all, only have a two seat majority in parliament, making it easy for the party's left wing to block any controversial proposals.

"For France, it's not five minutes to midnight, it is midnight," says Gunther Krichbaum, the chair of the EU Affairs Committee in the German parliament and a member of Merkel's Christian Democrats. There are many in the Berlin government camp who have largely written off the French president. "It is probably too late. Hollande has simply lost too much time," says one senior government official.

Still, new French Economics Minister Emmanuel Macron has been widely praised in Berlin. Just 36-years-old, the former Rothschild banker attempted to steer Hollande toward reforms early on in his term. He also served as a vocal opponent of the 75 percent tax on incomes in excess of €1 million, a key campaign pledge of Hollande's. France, he allegedly complained, was in danger of becoming a "Cuba without the sun." Macron, who worked as an economic advisor in the Elysée prior to his appointment, is well-known and respected in the Berlin Chancellery.

But he too is critical of Berlin's fiscal approach, despite being in favor of structural reforms. In an interview he gave shortly before his appointment last week, he suggested that the 35-hour-work week be loosened, only to be quickly censured by Prime Minister Valls. However, behind the scenes he has also repeatedly made clear his belief that Germany places too much emphasis on adherence to the deficit rules.

That can partially be explained by France's fundamentally different approach to the state's role in the economy. Like the left, French conservatives also support flexible monetary policy. Still, the constant criticism from France is nonetheless surprising. Contrary to countries such as Greece and Spain, which took advantage of EU aid programs, France has at no time suffered from anything that could be even remotely termed "austerity." Since 2008, the country hasn't once presented a budget that conforms to the deficit rules, and that isn't likely to change this year, next year or in 2016.

'Not Very Helpful'

As such, Berlin will soon be faced with a dilemma. Should Germany support EU infringement proceedings against its most important partner in Europe and deliver yet another humiliating blow to Hollande? Or would it be better to continue interpreting the rules generously for France? Such a course, however, would lend credence to accusations that only smaller member states are required to conform to the budget deficit rules.

Germany's Foreign Ministry is in favor of treating France with kid gloves. "The high degree of anxiety in the Chancellery relating to everything that is an alleged renunciation of austerity is not very helpful," an official there said. "We have to give the French room to breathe." The official said that it is inconceivable that France, proud as it is, would accept the monetary penalties that would result from such an EU proceeding.

Still, the Foreign Ministry is also aware that the EU cannot simply turn a blind eye to France's violations of the stability criteria. "The French government has earned our complete support on its reform path," says Michael Roth, minister of state in the Foreign Ministry. "They are now under great pressure to succeed. The European rules apply to all member states."

The French, for their part, would like to relax the rules for all members -- so as not to be alone in violating them but also out of conviction. Italian Prime Minister Renzi has proposed together with Hollande that investments in future technology and education be removed from deficit calculations.

But the Germans too are looking for allies. During the negotiations over the EU budget for the coming years, Berlin joined forces with Britain and the Scandinavians to block spending proposals made by France and Southern European EU member states. At the same time, Merkel has been courting the Spanish government, demonstratively praising its reforms and throwing her support behind Spanish Economics Minister Luis de Guindos as the next president of the Euro Group, the influential body of euro-zone finance ministers.

Cutting a Poor Figure

The decisive question from the German perspective is whether France and Italy are serious about structural reform. Only then will they be able to impress Merkel. Renzi, for his part, has announced a far-reaching reform program, but it has already run into political difficulties. The French, meanwhile, continue to accumulate new debt and to break previous reform pledges -- and remain trapped in political stasis.

The vicious circle which Hollande and his governments has yet to try to break looks like this: Paris insists it is aiming for "serious budgetary policy," but since the economy has stagnated for years, French political leaders argue that significant spending cuts would be misguided and cite the risk of a recession. At the same time, though, they say they want to use caution when introducing structural reforms so as not to upset the Socialist Party base. The result has been measures that fall far short of what is necessary to stimulate the economy.

Leftist supporters of Hollande are angry nonetheless, put off by his expressions of support for what is seen as neo-liberal reform and austerity policies -- even if he hasn't actually applied any of them.

The result is that Hollande has managed to disappoint everybody: the one group with his announced intentions and the other with his failure to act. And everybody has been unimpressed with the poor figure he has cut in the process.

Now he is left with little else than the demand that formed a key element in his campaign. It was time, he said on the stump, to "reorient Europe" and demanded an end to austerity. The comment upset Merkel so badly that she refused to meet with him prior to his election.

Since then, Hollande has continued demanding the same -- and has been rebuffed over and over again. Perhaps he has been hoping the whole time that he will be proven right if only he repeats himself often enough.

By Nikolaus Blome, Ralf Neukirch, Christian Reiermann, Mathieu von Rohr and Christoph Schult

Bundesregierung lehnt neuen Eurobonds-Vorschlag ab 105,24

Für seinen Vorschlag, gemeinsame Anleihen aller Euroländer einzuführen, fängt sich Martin Blessing eine Abfuhr der Kanzlerin ein.

Das Finanzministerium findet, er solle sich lieber auf seine Funktion als Vorstandsvorsitzender der Commerzbank konzentrieren

03.09.2014, von HANNO MUSSLER UND MANFRED SCHÄFFERS



© DPA  Martin Blessing

Der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Martin Blessing, hat sich mit einem überraschenden Vorschlag zur Einführung von gemeinsamen Anleihen aller Euroländer („Eurobonds“) eine Abfuhr von der Bundesregierung eingefangen. Dies ist auch deshalb pikant, weil dem Bund 17 Prozent der Commerzbank gehören und er mit seinen Aktien bisher 2,5 Milliarden Euro verloren hat. „Diese Frage von Eurobonds steht für uns nicht zur Debatte“, stellte der Sprecher der Bundeskanzlerin, Steffen Seibert, klar.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), meinte, eine gemeinschaftliche Haftung für Staatsschulden trage nicht zur Lösung von Problemen in der Eurozone bei. „Sie würde nur die Anreize für die Mitgliedstaaten, wichtige Strukturreformen durchzuführen, verringern“, sagte der CDU-Politiker. Er gab dem Commerzbank-Chef den Rat: „Anstelle sich mit einem Thema zur Unzeit zu befassen, sollte sich Herr Blessing auf seine Funktion als Vorstandsvorsitzender konzentrieren.“

Weniger harsch fiel die Reaktion des Koalitionspartners aus. SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider wies darauf hin, dass es schon durch den dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM und die Bankenunion eine Vergemeinschaftung der Haftung gegeben hat. Diese müsste nun durch eine Integration bei der Steuerpolitik ergänzt werden, sagte er dieser Zeitung. „Der Steuerwettbewerb in einigen Mitgliedsländern der EU widerspricht sonst der bereits vorweggenommenen Solidarität durch die Haftungsgemeinschaft.“

Eurobonds sind ein Reizwort

Mit „Eurobonds“ verwendete Blessing ein Reizwort. Seit Ausbruch der Finanzkrise steht es für die Angst vieler Bürger vor einem instabilen Euro. Viele sähen in einer unbegrenzten Haftungsübernahme Deutschlands etwa auch für Italiens Schulden ein Ende der Stabilität. Tatsächlich ist im Vertrag von Maastricht für die Wirtschafts- und Währungsunion vereinbart, dass jedes Euroland weiterhin individuell für seine Schulden haftet.

Doch in der Finanzkrise gab Mario Draghi im Juli 2012 das Versprechen ab, die Europäische Zentralbank werde alles tun, um den Euro zu erhalten. „Mit der Aussage wurden Eurobonds quasi durch die Hintertür eingeführt“, sagt Blessing. Schließlich könne nun jeder Anleger davon ausgehen, dass jede europäische Staatsanleihe von der Europäischen Zentralbank aufgekauft werde, um den Euro als Ganzes nicht zu gefährden. Tatsächlich sind die Zinsen für alle Euro-Staaten seither deutlich gesunken. Italien etwa leihen Anleger derzeit für zehn Jahre Geld zum Zins von 2,5 Prozent, Deutschland für knapp 1 Prozent. Vor der Rede Draghis hatte der Zinsabstand zwischen beiden Ländern 5 Prozentpunkte betragen.

Blessing erinnerte auch daran, dass der europäische Rettungsmechanismus ESM seit September 2012 bereits Anleihen ausgibt, für die alle Euro-Staaten gemeinsam bürgen. „Die gemeinschaftliche Haftung ist also schon Realität“, sagt Blessing. Was ihn an diesem Zustand stört? „Der Druck auf Länder wie Frankreich und Italien fehlt, Strukturreformen zu machen. Die EZB hat Zeit gekauft, aber diese Zeit muss genutzt werden. Druck vom Kapitalmarkt mit höheren Zinsen würde helfen.“

Deshalb hat Blessing in einem Beitrag für das Handelsblatt einen Vorschlag entwickelt – ohne die Hilfe externer Berater, wie aus seinem Umfeld versichert wird. Sein Ziel sei es nicht, reformunwilligen Staaten über Eurobonds eine unbegrenzte Schuldenaufnahme zu ermöglichen. Im Gegenteil: „Die Idee ist, für Investoren einen sicheren Eurobond ohne Ausfallrisiko zu schaffen, der eine glaubwürdige Haftungsmasse hat. Alles, was darüber hinausgeht, müssen die einzelnen Euro-Staaten selbst emittieren – dann aber

bestimmt mit ganz anderen Risikoaufschlägen und Zinssätzen“, sagt Blessing und hofft, dass dann der Reformdruck in Länder wie Italien und Frankreich kommt.

Vorschläge zur Ausgestaltung von Eurobonds gibt es mehrere. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hatte einen Tilgungsfonds vorgeschlagen, der alle Staatsschulden ab 60 Prozent einer Jahreswirtschaftsleistung (BIP) übernimmt. Blessings Vorschlag ist anders: Alle Euroländer sollen nur einen kleinen Teil ihrer schon existierenden Schulden, 25 Prozent einer Jahreswirtschaftsleistung, in ein gemeinschaftliches System einbringen. Daran sollen sie auch einen Teil ihrer Steuern abtreten. Für alle Schulden, die über 25 Prozent des BIP liegen, sollen die Staaten wieder allein haften. Allerdings ist fraglich, ob im politischen Verhandlungsprozess diese gemeinsame Haftungsgrenze bei 25 Prozent gehalten werden könnte. Mit Drei-Viertel-Mehrheit der Staaten ließe sie sich womöglich leicht heraufsetzen. Entsprechend würden dann die Zinsen niedrig bleiben.

Anshu Jain, einer der beiden Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, zeigte sich dann auch auf der Bankenkonferenz des Handelsblattes in Frankfurt skeptisch. Europa brauche Wachstum, um aus der Staatsschuldenfalle zu gelangen. Wenn sich jeder Staat einzeln am Kapitalmarkt finanzieren müsse, diszipliniere dies zum Schuldenabbau. „Ich finde das derzeitige System recht gut“, sagt Jain.

Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt Blessings Vorstoß zur Unzeit. „Ich halte die Einführung von Eurobonds zum gegenwärtigen Zeitpunkt für falsch“, sagte Präsident Marcel Fratscher dieser Zeitung. Die notwendigen Rahmenbedingungen fehlten. „Eurobonds können ihre Stärken nur dann zur Geltung bringen, wenn es auch glaubwürdige Mechanismen gibt, um nationale Regierungen dazu zu bringen, sich an die gemeinsamen Regeln zu halten.“ Zudem müsste es eine Insolvenzordnung für Staaten geben. Blessing stimmt zu: Euro-Länder sollten insolvent gehen können, etwa wie in Amerika jüngst die Stadt Detroit. Außerdem solle es Banken nicht länger erlaubt werden, für Staatsanleihen kein Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten zu müssen.

Budget 2015 : Hollande a choisi de laisser filer le déficit public 105,26



Faute de croissance, le président a décidé de ne pas tenir son engagement de ramener le solde budgétaire à 3 % du PIB à la fin de l'année prochaine.

L'exécutif, qui dit en cette rentrée vouloir tenir un discours de vérité aux Français, va devoir appliquer la même logique à sa politique budgétaire. Car après avoir fait du redressement des finances publiques l'un des principaux engagements de la campagne présidentielle en 2012, force est de constater que cette ambition s'est depuis fortement délitée. Et que la réduction des déficits n'est plus aujourd'hui une priorité.

Alors que la plupart des observateurs, et notamment la Cour des comptes, n'y croyaient pas, l'exécutif continuait pourtant à répéter avant l'été que la France maintenait son objectif d'un déficit à 3,8 % du PIB en 2014, un chiffre qui avait été revu à la hausse au mois d'avril. Mais, depuis, il a fait petit à petit marche arrière, invoquant la dégradation de la conjoncture économique.

La première reculade s'est produite à la mi-août. Après la publication d'une croissance nulle au deuxième trimestre (comme au premier), **Michel Sapin**, le ministre des Finances, a reconnu que le déficit serait cette année «supérieur à 4 %» du PIB. Faute de croissance suffisante l'année prochaine, il a aussi laissé entendre que l'engagement européen de la France de le ramener à 3 % fin 2015 ne serait pas non plus tenu.

Bref, malgré des hausses d'impôts massives sur les ménages, le déficit pourrait stagner cette année par rapport à 2013 (4,3 % du PIB). Et rester à un niveau proche l'an prochain. **«Le niveau de 2013 risque d'être une sorte de plateau, s'alarme Gilles Carrez, le président UMP de la commission des finances de l'Assemblée nationale. Je ne vois pas de possibilité de redescendre en dessous de 4 %.»**

La faute à une inflation trop faible

Car l'équation budgétaire ne cesse de se compliquer. Principal problème, la croissance aura du mal à dépasser les 1 % en 2015, a admis Michel Sapin. Autre facteur aggravant mis en avant dès cet été, la faible inflation, 0,5 % en juillet en glissement annuel, qui, tout en réduisant les recettes, pèse également sur le déficit.

Cet argument d'une augmentation des prix trop limitée a de nouveau été brandi par le ministre des Finances mardi soir, mais cette fois pour expliquer que les économies réalisées seraient moins élevées que prévues l'an prochain (21 milliards), alors que **Manuel Valls** réaffirmait encore cet objectif la semaine dernière.

L'explication avancée est technique: comme les économies sont calculées par rapport à la hausse tendancielle des dépenses, une plus faible inflation les réduit mécaniquement. En clair, le gel des prestations ne rapportera pas l'an prochain autant que prévu (plus d'un milliard) avec l'hypothèse d'une inflation à 1,5 %.

Malgré des hausses d'impôts massives sur les ménages, le déficit pourrait stagner cette année par rapport à 2013

Michel Sapin a aussi indiqué qu'il ne souhaitait pas «rajouter» des mesures d'économies en 2015 pour compenser ce phénomène, même s'il maintient l'objectif de 50 milliards sur trois ans. «C'est le choix d'augmenter le déficit», résume Gilles Carrez, car les «dépenses vont continuer à augmenter en valeur, alors qu'il faudrait les raccorder aux recettes». Et le maire du Perreux-sur-Marne de dénoncer le mode de calcul des économies par rapport à la hausse tendancielle des dépenses - déjà pratiqué par le précédent gouvernement - qui permet toutes les «manipulations».

«Le pire budget du quinquennat»

Les comptes publics sont d'autant plus sous pression que le gouvernement, après avoir accordé un coup de pouce fiscal de 1,25 milliard d'euros à 4,2 millions de foyers fiscaux cette année, souhaite accroître son geste à destination des plus modestes l'an prochain - Manuel Valls devrait donner des précisions rapidement - tout en allégeant les charges des entreprises. Le premier ministre a par ailleurs annoncé récemment de nouvelles mesures fiscales, estimées à 1 milliard, pour relancer le secteur de la construction. Un casse-tête.

Pour contourner l'obstacle et ne pas «laisser filer inconsidérément le déficit», le député socialiste Christophe Caresche préconise déjà une hausse de 2 points du taux normal de TVA en 2015 qui rapporterait 15 milliards. Et qu'importe si les frondeurs de la majorité n'apprécient pas... Pour lui, le «budget 2015 est le plus difficile à réaliser depuis le début du quinquennat», a-t-il indiqué sur le site des *Échos*. Remarque de bon sens, sauf à vouloir laisser grossir inexorablement la dette. Et, comme le martèle la Cour des comptes, à risquer un réveil douloureux lorsque les taux d'intérêt se redresseront. Mais l'exécutif a déjà assuré qu'un tel projet n'était pas au programme.

On a trouvé l'ADN du déclin ! 105,28

Le Point - Publié le 04/09/2014 à 05:59

L'éditorial de Pierre Antoine Delhommais

On a trouvé l'ADN du déclin !



Dans son nouvel essai, Jean Peyrelevade analyse les causes historiques de la névrose française.

L'autre soir, une amie un peu moqueuse, un peu socialiste aussi, faisait cette remarque : "Vos éditos économiques, au Point, sont carrément déprimants. Avec Baverez, vous faites la paire. La France est en faillite, Hollande est nul, le gouvernement est nul, la droite est nulle aussi et les Français sont aveugles. C'est décourageant."

Jean Peyrelevade fait lui aussi partie de la petite secte des "déclinologues" qui agacent tant cette amie. Depuis des années, il dénonce la détérioration continue d'une économie française vivant au-dessus de ses moyens, accro à la dépense publique, condamnée, faute de réformes de choc, à une croissance faible, à un chômage élevé et à un pouvoir d'achat stagnant. L'un des premiers à dénoncer avec courage la dérive des finances publiques, il fut aussi l'un des premiers à alerter, bien avant le rapport Gallois, sur le déficit de compétitivité de la France. Début septembre, il publie un livre dont le titre est explicite : Histoire d'une névrose, la France et son économie (Albin Michel). Cette fois, c'est aux causes profondes, historiques, culturelles du mal économique français qu'il s'intéresse. Le pronostic du docteur Peyrelevade est sombre. "Le mal est génétique : notre ADN national nous condamne à l'impasse."

Pour l'ancien patron du Crédit lyonnais, qui passe en revue nos textes fondateurs (Déclaration des droits de l'homme, Constitution), l'origine même de la névrose française se trouve dans notre vision du pouvoir et de la souveraineté, forgée par des siècles d'Histoire. Celle d'une société où entre le monarque absolu et le peuple, entre l'État et le citoyen, il n'y a rien. Pas de place pour l'économie de marché, qui se construit dans des réseaux qui échappent à l'État, et encore moins pour l'entreprise privée, dont le pouvoir est jugé illégitime. Le politique, en France, prime toujours sur l'économique. Et le social, aussi, sur l'économique.

Avec des conséquences fâcheuses. D'abord l'État redistribue généreusement aux Français des richesses avant même qu'elles soient produites. Surtout, à force de négliger l'économie, la France n'y a jamais brillé. Elle a été

dans le passé, en Europe, la première puissance démographique, politique, militaire ou culturelle, mais jamais la première puissance économique. Dominée au XVI^e siècle par l'Espagne, au XVII^e par les Provinces-Unies, aux XVIII^e et XIX^e siècles par la Grande-Bretagne, au XX^e par l'Allemagne.

"La France fut tout au long de son histoire et particulièrement depuis le début du XVII^e siècle la nation la plus guerrière de toute l'Europe. Notre vision est donc fondamentalement celle d'une économie de guerre, au service du souverain et à l'appui de sa puissance." Ce à quoi par exemple s'est employé non sans génie Colbert, pour la seule gloire de Louis XIV, avec ses manufactures et son mercantilisme industriel. Avec son protectionnisme, aussi : interdiction des importations de fromages et invention à Lille de la mimolette pour remplacer l'édam des Provinces-Unies. Le colbertisme cher à Arnaud Montebourg est d'abord une doctrine de repli et de défense à visée guerrière, à la grande différence de la conception britannique de l'enrichissement par le négoce. "Peut-être serait-il temps, explique Peyrelevade, que la France se rende compte que son modèle est historiquement daté, donc archaïque, par rapport aux règles d'une compétition internationale devenue pacifique et s'exprimant sur d'autres terrains que les champs de bataille."

Cette vision souverainiste, défensive et quasi autarcique de l'économie a des effets dévastateurs. Elle explique notamment qu'en France on préfère par principe les politiques de demande aux politiques d'offre et qu'on rejette par instinct la compétition, l'intégration européenne et la mondialisation. "En économie fermée, peu importe la qualité, le volume et le coût d'une offre qui n'est pas aiguillonnée par la concurrence extérieure. Pour le meilleur et plus souvent le médiocre, on consomme entre soi ce que l'on a produit chez soi. Le niveau intrinsèque de productivité est secondaire puisqu'on se compare à soi-même : les économies fermées sont narcissiques."

Pas étonnant que pour une gauche française qui a toujours adoré l'égalité des revenus mais toujours méprisé la liberté d'entreprendre, l'argent soit perçu comme l'ennemi, puisque c'est lui qui rend possible l'inégalité. En 1971, au congrès d'Épinay, c'est François Mitterrand qui dit : "Le véritable ennemi, j'allais dire le seul, c'est l'argent qui corrompt, l'argent qui écrase, l'argent qui tue, l'argent qui ruine et l'argent qui pourrait jusqu'à la conscience des hommes." En janvier 2012, au Bourget, c'est François Hollande qui lance : "Dans cette bataille qui s'engage, je vais vous dire qui est mon adversaire, mon véritable adversaire. C'est le monde de la finance."

La gauche française, explique Peyrelevade - qui parle en connaisseur puisqu'il fut en 1981 directeur adjoint du cabinet de Pierre Mauroy -, reste prisonnière de son héritage : la Révolution de 1789, l'instauration de la République, Marx et la lutte des classes, l'inculture économique des icônes socialistes Jaurès et Blum, le programme du Conseil national de la Résistance. "Primauté de l'État et du service public, déni de l'entreprise et des entrepreneurs, méfiance vis-à-vis des richesses matérielles, refus des inégalités de condition, penchant à l'égalitarisme, tous ces éléments sont encore présents aujourd'hui dans les propos, discours, déclarations des hommes de gauche les plus représentatifs et forment le cœur de notre névrose nationale. Il ne s'agit pas ici de quelques marxistes attardés, non, mais des leaders sociaux-démocrates, les vrais réformistes qui ont gouverné, gouvernent ou prétendent gouverner la France." L'analyse développée par Peyrelevade dans son livre - dont au passage on déconseille fortement l'achat à l'amie citée au début de cette chronique - permet de mieux comprendre la politique menée par François Hollande : ses contradictions permanentes, ses procrastinations à répétition et ses continuelles stratégies d'évitement. L'éviction à coups de pied dans son keynésianisme de Montebourg du gouvernement et la déclaration d'amour enflammée pour l'entreprise faite par Valls devant le Medef signifient-elles que la gauche est sur le point de vaincre - enfin - sa névrose ? Il est permis d'en douter fortement.

Par Pierre-Antoine Delhommais

Pourquoi le déficit ne diminue pas 105,30

Le Monde.fr | 03.09.2014 à 17h51 • Mis à jour le 03.09.2014 à 19h10 | Par **Maxime Vaudano** et **Samuel Laurent**

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest

C'est une promesse qui dure, faite par Nicolas Sarkozy comme par François Hollande, entérinée devant l'Union européenne et maintes fois rappelée : l'objectif de la France est de réduire ses déficits afin de se mettre en conformité avec ses obligations européennes.

Règle d'or, pacte de stabilité et de croissance et projets de loi de finances le rappellent constamment : toute la politique économique du pays vise à ramener les comptes publics sinon à l'équilibre, du moins dans les limites fixées par Bruxelles, définies par les fameux « critères de Maastricht » :

le déficit public doit être inférieur à 3 %

la dette publique ne doit pas dépasser la barre des 60 % du PIB.

Mais malgré les annonces, les ministres et les promesses, l'objectif semble s'éloigner chaque année. Retour sur ce déficit qui ne diminue pas.

1. La dette publique atteint des sommets

Depuis 1974, l'Etat français, qu'il s'agisse de l'administration centrale, des collectivités territoriales ou de la Sécurité sociale, dépense plus qu'il ne gagne, et accumule donc une dette, puisqu'il emprunte de l'argent sur les marchés financiers pour assurer ses dépenses courantes.

Depuis la crise de 2008, la dette de l'Etat français n'a pas diminué. Elle a atteint 93,4 % du PIB en 2013 :

Est-ce grave ? La question prête à débat. Mais dans tous les cas, la France, membre de l'Union européenne et de la zone euro, doit en principe se tenir à certains ratios.

Depuis la crise de 2008, les pays membres de la zone euro se sont engagés sur des trajectoires de redressement des finances, pour rassurer les marchés financiers en maintenant des finances cohérentes et assurer la stabilité de la monnaie unique. François Hollande y a souscrit dès son élection, et le gouvernement s'emploie donc à diminuer les dépenses et augmenter les recettes. Avec un succès mitigé.

2. Des objectifs sans cesse revus à la baisse

Dès avant son élection, M. Hollande avait voulu afficher son volontarisme quant au redressement des comptes. Il promettait donc, tableaux chiffrés à l'appui, de ramener le déficit à zéro en 2017. Pour ce faire, il se basait sur des hypothèses quelque peu optimistes.

Un budget est en effet construit en fonction de nombreuses variables, dont la principale est la croissance économique, qui conditionne les rentrées fiscales, mais aussi une bonne part des dépenses.

2 % M. Hollande et son équipe, résolument optimistes, tablaient sur une croissance de 1,7 % dès 2013, puis de 2 % à 2,5 % jusqu'en 2017. Las, la réalité a été très largement en deçà : 0,3 % en 2013, une prévision à 0,5 % pour 2014, et à moins de 2 % pour les années qui suivent.

L'Etat a peu à peu revu à la baisse ses ambitions, et modifié constamment ses prévisions et ses objectifs.

Critère de MaastrichtLe déficit public sur le quinquennat Hollande2. Premier programme de stabilité du gouvernement (2013-2017) - avril2013-4.8 %-3.7 %-2.9 %-2 %-1.2 %-0.7 %201220132014201520162017-6 %-5 %-4 %-3 %-2 %-1 %0 %

« Arrêter le défilement automatique »

Le poids de la dette publique (en % du PIB)2. Premier programme de stabilité du gouvernement (2013-2017) - avril201390.2 %93.6 %94.3 %92.9 %90.7 %88.2 %2012201320142015201620170 %25 %50 %75 %100 %

« Arrêter le défilement automatique »

Les prévisions de croissance française2. Premier programme de stabilité du gouvernement (2013-2017) - avril20130 %0.1 %1.2 %2 %2 %2 %2012201320142015201620170 %1 %2 %3 %

« Arrêter le défilement automatique »

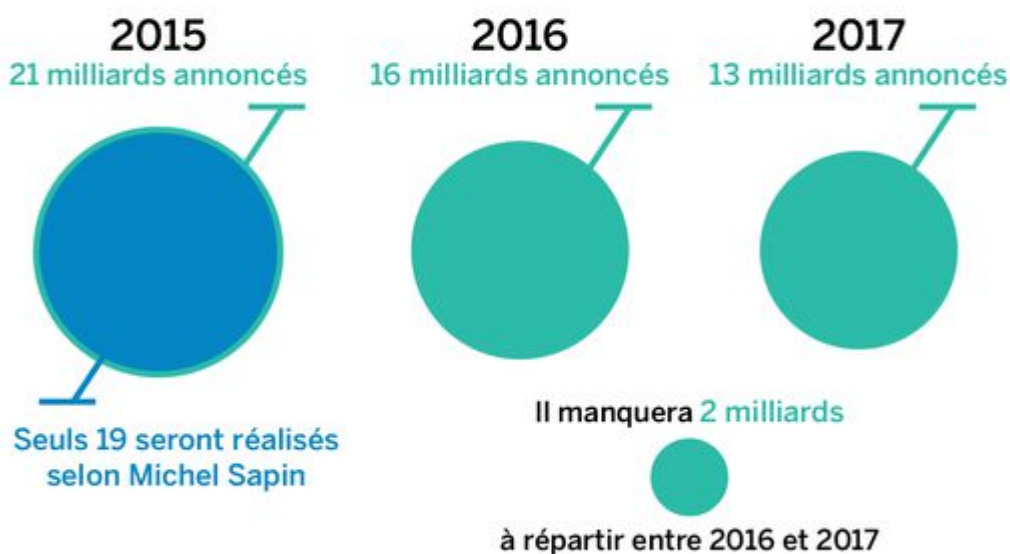
Sources : FMI, Insee, 60 engagements de François Hollande, programmes de stabilité 2013-2017 et 2014-2017.

3. Des dépenses qui ne diminuent pas

La question clé de cette politique réside dans la volonté de diminuer les dépenses de l'Etat. De Michel Sapin à Pierre Moscovici, tous ont affiché leur volontarisme, promettant des dizaines de milliards d'euros d'économies.

Mais là encore, il leur a bien souvent fallu reculer. Au départ, 21 milliards d'euros d'économies étaient promis pour 2015. le ministre des finances, Michel Sapin, vient d'annoncer que le gouvernement ne pourrait finalement en réaliser que 19 milliards, reportant les efforts vers les deux dernières années du quinquennat.

Le plan d'économies de 50 milliards d'euros



La volonté du gouvernement n'est pas entièrement responsable de ces reculades. Encore une fois, les économies réalisées dépendent elles aussi du contexte général. Si la croissance n'est pas là, le chômage est plus haut, donc coûte plus cher, et ainsi de suite.

Néanmoins, les gouvernements de la présidence Hollande ont aussi dû composer avec une politique double, faite à la fois de baisses des dépenses et d'incitations en faveur des entreprises – comme le crédit d'impôt pour la compétitivité et l'emploi (CICE) – qui représentent un coût certain pour les finances publiques.

De même, certaines mesures prévues, comme l'écotaxe poids lourds, et repoussées face à la contestation, représentent un manque à gagner qu'il faut donc compenser.

4. Le casse-tête de l'inflation

Dernier paramètre à prendre en compte : la hausse des prix. Comme tout débiteur, l'Etat a en effet tout à gagner à l'inflation (modérée) : plutôt que de diminuer certains postes budgétaires, il se contentait bien souvent ces dernières années de les geler en valeur, c'est-à-dire d'y affecter la même somme d'une année sur l'autre. L'inflation équivalait alors à une baisse.

0,5 % Mais l'inflation ralentit fortement en zone euro et en France, où elle devrait s'établir à 0,5 % cette année. Ce sera d'ailleurs la raison principale de l'échec du gouvernement à économiser 21 milliards d'euros en 2015, selon Michel Sapin. En effet, il comptait notamment économiser de l'argent en gelant les prestations sociales, plutôt que de les ajuster à l'inflation comme d'habitude :

Plus généralement, la critique qui est faite par certains économistes, non seulement en France mais à l'étranger, est qu'à force de réduire les dépenses, on tend à handicaper la croissance, et donc à ralentir la capacité à réduire les déficits. C'est le message que tentait de faire passer Arnaud Montebourg, et qui hérisse une partie des députés socialistes.

Déficits : la France dans la spirale infernale 105,33

Marc Landré; mlandre@lefigaro.fr

195 mots

4 septembre 2014

(c) Copyright 2014 Le Figaro.

Faute de croissance suffisante pour stimuler les recettes et à cause d'une inflation qui minore le montant des économies prévues, le président de la République s'est résigné à boucler le budget 2015 en jouant sur le niveau du déficit public. Et donc à ne pas le ramener à 3 % du PIB en fin d'année prochaine, comme il s'y était engagé auprès de Bruxelles. Il lui reste maintenant à en convaincre les autres pays européens et la Commission. Son argumentaire est déjà prêt : il va invoquer une flexibilité permise par le pacte de stabilité, à savoir le risque de stagnation économique dans l'Hexagone.

Contrairement à son engagement européen, le gouvernement ne ramènera pas le déficit à 3 % du PIB l'année prochaine. Paris peaufine son argumentaire pour obtenir un nouveau délai à Bruxelles.

- - comment paris espère faire passer la pilule à bruxelles page 20

- charles wyposz : « désigner l'inflation comme cause de l'alourdissement du déficit est une manipulation » page 21

- draghi, le magicien de l'euro notre enquête page 14

362.0.536832115

Société du Figaro

Charles Wyplosz : « Désigner l'inflation comme une cause de l'alourdissement du déficit est une manipulation » 105,34

[Cyrille Pluyette](#)

4 septembre 2014

LE FIGARO. - Quelles conséquences entraîne un faible niveau d'inflation sur les recettes publiques ?

Charles WYPLOSZ. - Mécaniquement, les revenus augmentent en fonction de la croissance, mais aussi de l'inflation. À l'inverse, quand l'inflation diminue, cela réduit les rentrées budgétaires de tous types (TVA, impôt sur le revenu, impôt sur les sociétés...).

En clair, si l'inflation devait être inférieure l'an prochain de 1 point par rapport aux prévisions, cela entraînerait 1 % de PIB de recettes en moins, soit environ 2 milliards d'euros.

Le gouvernement invoque aussi ce facteur pour expliquer que les économies seront moins importantes que prévu...

C'est un raisonnement tendancieux. Le gouvernement dit en effet que l'écart avec la hausse tendancielle des dépenses sera moins important que prévu. Certes, c'est vrai, notamment pour les prestations sociales. Mais d'un côté, les recettes diminuent, et de l'autre, les dépenses vont continuer à augmenter comme si de rien n'était. Comme si l'inflation n'avait pas été revue.

Quelle serait la solution pour limiter l'impact sur le déficit public ?

Logiquement, le faible niveau d'inflation devrait être neutre pour les finances publiques, car tout devrait être indexé dessus. Les dépenses (salaires, achats...) devraient en effet moins augmenter que prévu, dans la même proportion que les recettes.

Or le gouvernement n'a pas le bon réflexe d'ajuster les dépenses au rythme de l'inflation quand elle baisse. **Désigner l'inflation comme l'une des causes de l'alourdissement du déficit est donc clairement une manipulation.** D'autant que l'exécutif oublie aussi de dire que lorsque l'inflation est très basse, les taux d'intérêt le sont aussi. Ce qui permet aussi de faire des économies sur la charge de la dette.

Charles Wyplosz est professeur d'économie à l'Institut de hautes études internationales et du développement de Genève.

362.0.564918741

Société du Figaro

Le drame et la comédie 105,35

Yves Thréard

Yves Thréard; ythreard@lefigaro.fr

par Yves Thréard ythreard@lefigaro.fr

Français

(c) Copyright 2014 Le Figaro.

ÉDITORIAL PAR YVES THRÉARD YTHREARD@LEFIGARO.FR

La maison brûle, mais les regards sont distraits par tout autre chose. **Le drame - la faillite économique française - devrait sauter aux yeux, mais c'est la comédie qui retient l'attention.** Ce livre, que bien peu ont pourtant lu, sur François **et** Valérie. Une romance qui avait commencé sur papier glacé **et** qui se termine sur papier froissé.

Un jour, casque sur **la** tête, il est parti pour une nouvelle aventure. Alors, aujourd'hui, **la** femme trompée, humiliée, congédiée raconte. Cynisme **et** indifférence, boniment **et** condescendance : **le** président normal est mis à nu. **Le** spectacle est affligeant, l'obscénité à son comble. Les médias se déchaînent. Certains osent parler d'un témoignage pour l'histoire ! On s'étrangle.

Car, pendant ce temps-là, l'air de rien, en catimini, le ministre des Finances a fini par avouer ce qui ne faisait aucun doute. Le gouvernement n'atteindra pas ses objectifs budgétaires, ne tiendra pas ses engagements de réduction des déficits. La faute à pas de chance, dit-il, à l'absence d'inflation.

Cela fait deux ans **et** demi que François Hollande est aux commandes. **Et la** fable continue. Inversion de **la** courbe du chômage, signes de reprise, 50 milliards d'économies sur les dépenses publiques... Promis, juré, craché, il y travaille, il ne pense qu'à cela, même à scooter. Pourtant rien ne vient, rien ne change. Bientôt, nos partenaires **et** les marchés perdront patience. Plus dure sera **la** chute.

« Je veux être un président qui d'abord respecte les Français », avait déclaré François Hollande. Ajoutant : « Je ferai en sorte que mon comportement soit en chaque instant exemplaire. » On voit **le** résultat. Il ne fait ni l'un ni l'autre. On suffoque.

Vie privée, vie publique, **le** mensonge est partout sur l'Aventin élyséen. Dette faramineuse, chômage de masse, incontinence fiscale **et** administrative : **la** France tombe, mais se perd en querelles byzantines sur **le** sexe des anges. Décidément, règne comme une ambiance de décadence. **Et** dire que M me Trierweiler a intitulé son livre Merci pour ce moment. C'en est trop !

362.0.536786030

Société du Figaro

Pourquoi le combat de la BCE contre la déflation est contre-productif 105,36

Publié le 04/09/2014 à 15:17



FIGAROVOX/TRIBUNE - Alors que Mario Draghi a annoncé une baisse surprise du taux directeur de la BCE pour lutter contre le risque de déflation dans la zone euro, Lionel Stoleru rappelle que la baisse des prix pourrait être bénéfique pour l'économie européenne.

Lionel Stoleru est ancien ministre et économiste.

L'inflation a bon dos: mauvaise quand il y en a trop, mauvaise quand il n'y en a pas assez.....

La France a vécu après la guerre 30 années (les 30 glorieuses) de forte croissance avec inflation, souvent jusqu'à 15% par an, de quoi ruiner les retraités et épargnants. Après quoi, nous sommes entrés dans 30 années de faible croissance avec fort chômage sans inflation.

Aujourd'hui où l'on a, tout à fait « normalement », des prix stables à cause de la croissance zéro, voilà que l'on s'en plaint ! L'absence d'inflation compromet l'équilibre du budget !

Depuis longtemps, la théorie économique explique qu'il y a un perpétuel dilemme entre inflation et chômage. Cela se comprend aisément lorsqu'on se rappelle que l'équilibre économique se fait entre l'offre et la demande. Si la demande est trop forte, la production ne suit pas et les prix s'envolent. Si la demande est trop faible, il y a surproduction, on licencie et il y a chômage.

Naturellement, ce choix entre inflation et chômage désole les responsables politiques qui essaient désespérément de concilier les deux et de refuser de choisir entre la peste et le choléra.

On a même connu des périodes, assez courtes au demeurant, dites de «stagflation» où l'on avait à la fois de l'inflation et du chômage. On n'a jamais connu, par contre, hélas, de périodes où l'on aurait eu à la fois le plein-emploi et la stabilité des prix.....

Donc, aujourd'hui où l'on a, tout à fait «normalement», des prix stables à cause de la croissance zéro, voilà que l'on s'en plaint! L'absence d'inflation compromet l'équilibre du budget!

C'est évidemment vrai: dans le bon vieux temps de l'inflation, on faisait un budget sur une hypothèse «volontariste» de modération d'inflation, qui, bien sûr, ne se vérifiait pas, ce qui permettait d'enregistrer plus de recettes alors que les dépenses étaient fixes: bonne affaire! Aujourd'hui, c'est tout juste l'inverse: on a fait une hypothèse trop élevée sur l'inflation et les recettes se révèlent moindres tandis que les dépenses sont fixes.

Mauvaise surprise? Non. Plus simplement, mauvaise prévision du gouvernement. Il pourrait au moins reconnaître que cette sous-évaluation lui procure par ailleurs une divine surprise pour le remboursement de

notre dette où, compte-tenu d'une inflation nulle, nous empruntons à des taux exceptionnellement bas, ce qui soulage d'autant le budget!

Et si, quelle horreur, l'inflation passait au-dessous de zéro ? S'il y avait « déflation » ? Comme les salaires ne baisseraient pas, cela voudrait dire qu'il y aurait un peu de pouvoir d'achat en plus, ce qui n'est pas vraiment une catastrophe et jouerait le rôle de stabilisateur automatique en poussant les prix à la hausse.

Le «bon sens», dont il est beaucoup question en ce moment, ne serait-il pas de se féliciter que les prix soient stables , comme le souhaitent les consommateurs?

Eh bien non, il paraît que le spectre de la déflation nous menace et qu'il faut encourager «un peu» d'inflation, comme on le demande à la Banque Centrale Européenne.

Les statuts de la dite Banque lui fixent «un objectif d'inflation de 2%». Mais, pour les rédacteurs de ces statuts, cela voulait évidemment dire «pas plus de 2%», pour veiller à la valeur de l'euro, notamment à la demande de l'Allemagne, encore traumatisée par l'hyperinflation des années 1930 qui avait amené Hitler au pouvoir. Cela n'a jamais voulu dire «pas moins de 2%»! Zéro inflation, voilà l'objectif de bon sens d'une économie saine pour une croissance saine.

Et si, quelle horreur, l'inflation passait au-dessous de zéro? S'il y avait «déflation»? Ma foi, comme les salaires ne baisseraient pas, cela voudrait dire qu'il y aurait un peu de pouvoir d'achat en plus, ce qui n'est pas vraiment une catastrophe et jouerait le rôle de stabilisateur automatique en poussant les prix à la hausse.

Alors, de grâce, cessons de chercher des boucs émissaires: l'Europe, l'inflation et autres... Haro sur le baudet!
Et si, le baudet, c'était nous?

Alle Risiken auf die EZB 105,38

Mario Draghi muss verzweifelt sein. Wieder einmal schenkt er Ländern in der Eurozone Zeit - doch zwei von ihnen haben ihre Zeit bisher nicht genutzt. Ein Kommentar.

04.09.2014, von **HOLGER STELTZNER**

Mario Draghi muss verzweifelt sein. Er will mit noch einer Minizinssenkung von 0,15 auf 0,05 Prozent die müde Wirtschaft in der Eurozone anschieben. Man kann dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank nicht absprechen, dass er seinem Euro-Rettungsversprechen („whatever it takes“) nicht alle denkbaren Taten folgen lassen will. An den Kapitalmärkten schnurrte nach seinem Versprechen der Zinsabstand zu Deutschland selbst für Krisenländer wieder gegen Null, fast so, als habe es die Krise nie gegeben und als seien die Schulden der Eurostaaten in der Krise nicht noch weiter in die Höhe geschneilt. Am Zins kann es also nicht liegen, dass in Euroland die Wirtschaft lahmt. Trotz allem ist der Euro nicht „gerettet“, auch wenn Politiker noch so oft das Gegenteil behaupten.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber. Folgen:

Das liegt vor allem an Ländern wie Italien und Frankreich, die im Unterschied etwa zu Spanien, wo eine Reformdividende winkt, die von der EZB geschenkte Zeit wieder einmal nicht genutzt haben. In Rom und Paris schob man die nötige Anpassung von Sozialsystemen und Arbeitsmärkten weiter auf die lange Bank, ganz im Vertrauen darauf, auch beim nächsten Mal Hilfe von der EZB zu bekommen.



Und Draghi liefert, jetzt sogar noch viel mehr als nur eine Zinssenkung. Erstmals soll nach angelsächsischem Vorbild die Bilanz der Notenbank durch den Kauf von riesigen Beständen forderungsbesicherter oder durch Hauskredite gedeckter Anleihen um einen bestimmten Betrag ausgedehnt werden. Die Rede ist von 500 Milliarden Euro. In diesem Ausmaß wird die EZB also notleidenden Banken zu guten Preisen Risiken ab- und in die eigenen Bücher nehmen, wodurch die Steuerzahler in den stabilen Ländern überproportional in Haftung genommen werden. Kein Wunder, dass die stabilitätsorientierten Mitglieder im EZB-Rat nicht begeistert sind. Aber ihre Bedenken wurden nicht erhört, sie wurden überstimmt.

Ist der Kauf von Krediten, unter denen Banken ächzen, überhaupt noch Geldpolitik? Wie will eine Notenbank, die Geschäftsbanken bei der Sanierung hilft, indem sie große Teile des Risikos übernimmt und es dem Steuerzahler aufbürdet, dieselben Banken zugleich streng überwachen? Und wie kann die EZB irgendwann wieder zur Normalität zurückkehren? Sobald sie die Zinsen erhöht, drohen ihr selbst Verluste.

The Draghi Default

Europe's politicians want monetary easing without pro-growth reform. 105,39

Opinion pages Sept. 4, 2014 4:06 p.m. ET

You can't say Mario Draghi isn't doing his part. The European Central Bank President once again fulfilled the pleas of European politicians Thursday with another round of rate cuts and the promise of more monetary easing to come. Too bad the politicians keep using Mr. Draghi as an excuse to dodge their responsibility to pass pro-growth reforms.

Thus we are getting another round of the Draghi Default, in which monetary policy is supposed to do all the heavy growth lifting for Europe. The central banker obliged by cutting the main lending rate to 0.05% from 0.15%, even though he had said in June the central bank was already at "the zero bound." The ECB also increased the so-called negative deposit rate, or the rate banks will pay for holding deposits at the central bank, to minus-0.2% from minus-0.1%, in a bid to force more bank lending.

Mr. Draghi's larger goal is to keep talking down the euro exchange rate against the dollar in a bid to lift inflation in Europe closer to the ECB's 2% target. With inflation at 0.3% year over year in August, and the U.S. dollar getting stronger on the hope of faster U.S. growth, you can at least make a case for easing on monetary grounds within the ECB's mandate to maintain stable prices. Mr. Draghi had already talked down the euro to 1.315 from 1.40 to the dollar since May, and on Thursday it fell again to 1.295 after Mr. Draghi's announcement.

Yet further reductions in interest rates, even into negative territory, aren't enough to assuage euro-zone politicians. So in his press conference Thursday Mr. Draghi also announced a version of quantitative-easing lite. For political and legal reasons, expanded buying of government debt a la Washington, London and Tokyo is more difficult for the ECB. Mr. Draghi says he'll instead buy covered bonds and so-called asset-backed securities, or ABS, which are bundles of corporate and household loans.

Unlike U.S. credit markets, only some €300 billion (\$390 billion) of ABS are outstanding in Europe at the moment. Mr. Draghi has been trying to expand such a market with the new cheap, medium-term lending program he announced in June, and perhaps the central bank's cash can stimulate a wider and deeper credit market.

The problem comes from believing that QE is some magic growth elixir. The world's Keynesians have convinced themselves that the U.S. is now growing faster than Europe simply because the Federal Reserve implemented QE while Europe hasn't. That overestimates QE's impact on U.S. growth, which has hardly been gangbusters at a mere 2% average annual rate. **But it also underestimates the degree to which European economies are burdened by aging populations, high taxes, regulations on business, and constricted labor markets.**

Mr. Draghi understands this, which is why he keeps repeating as he did Thursday that Europe needs "ambitious and important" reforms "first and foremost" to return to growth. **Yet those reforms never arrive**, and now the politicians have another excuse to delay as they wait for an ABS program to start next year. This has already happened once on Mr. Draghi's watch, when his promise of unlimited sovereign bond purchases in 2012 pushed government bond yields so low so fast that it eased credit-market pressure on governments to reform.

The other danger is that Europe will interpret the ECB's opening for more fiscal policy stimulus as an excuse for more government spending. Mr. Draghi has hinted at easing the EU's deficit limits. This would make sense if politicians followed through with pro-growth tax cuts as Spain has. But another burst of government spending won't spur growth and would only set the euro zone up for more tax-raising austerity later.

Europe's main economic problem is a political class that doesn't want to address the structural impediments to growth that have nothing to do with monetary policy. Mr. Draghi is being asked to perform miracles he can't deliver.

Das letzte Mittel 105,40

Schwerter zu Pflugscharen – wer will das nicht? Aber der eherne Satz, Gewalt dürfe nur das letzte Mittel sein, darf nicht zur Floskel verkommen. Ein Kommentar.

05.09.2014, von REINHARD MÜLLER

Keine Gewalt? Das ist weder die Position des Grundgesetzes noch die der Charta der Vereinten Nationen. Diese spricht vom „naturgegebenen“ Recht auf Selbstverteidigung ebenso wie von „wirksamen Kollektivmaßnahmen“, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen. Und die junge, von Krieg verheerte Bundesrepublik stellte nur gut eine Dekade nach der von Deutschland ausgegangenen Katastrophe Streitkräfte „zur Verteidigung“ auf und zog die jungen Männer wieder zum Wehrdienst ein. Auch das sollte dem Frieden der Welt dienen.



Autor: Reinhard Müller, Jahrgang 1968, in der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“. Folgen:

Radikal pazifistisch ist das gerade nicht. Um die Menschheit vor der „Geißel des Krieges“ zu bewahren, haben bisher vor allem Zwergstaaten ihre Streitkräfte abgeschafft, Länder die sich ohnehin auf den Schutz durch größere verlassen. Natürlich bleibt das Fernziel aller Ehren wert, eine Welt ohne Waffen zu schaffen. „Schwerter zu Pflugscharen“ – wer will das nicht?

In diesem Bibelwort, das zum Symbol nicht nur der Friedensbewegung der DDR wurde, liegt der Ärger von evangelischen Theologen über Joachim Gauck begründet: Sie werfen ihm eine Abkehr vom christlichen Wertefundament vor. Aber was auch immer aus dem Evangelium für Militäreinsätze abzuleiten ist: Gauck ist kein Pfarrer mehr, sondern Bundespräsident. Als solcher hat er zu Recht (und mit Verweis auf sein Christsein) darauf hingewiesen, dass man auch durch den Verzicht auf Gewalt schuldig werden kann.

Auch das lehrt die Geschichte. Tatsächlich ragt als Beispiel eines wahrhaft pazifistischen Staatsmanns allein Mahatma Ghandi heraus. Doch er erwirkte die Befreiung Indiens nicht gegen skrupellose, durch Religion immunisierte Fanatiker, sondern gegen die Briten. Die waren zwar wie alle Kolonialherren alles andere als von der Gleichheit aller beseelte Demokraten – aber sie waren nicht auf Vernichtung aus, hatten den Anspruch, Verbrechen zu ahnden und gaben schließlich nach und ihr Empire auf.

Eine leuchtende Ausnahme. Immerhin aber gilt heute der Krieg nicht mehr als beliebiges Mittel der Politik. Um dem Frieden der Welt zu dienen, herrscht Konsens nicht nur unter demokratischen Rechtsstaaten, dass nicht tatenlos zuzusehen werden kann, wenn irgendwo auf der Welt Menschen hungern, geknechtet oder ermordet werden. Das Einschreiten muss freilich, ja darf nicht gleich mit Waffengewalt geschehen.

Aus deutscher Sicht ist für einen Waffengang, wenn es nicht um Verteidigung geht, ohnehin ein internationales Mandat nötig – und immer muss der Bundestag zustimmen. Die großzügige Zulassung von Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr durch das Verfassungsgericht wird durch das Karlsruher Postulat vom Parlamentsheer beschränkt und demokratisch kontrolliert. Dahinter steckt die nicht unbegründete Sorge einer Eigendynamik von Bündnisentscheidungen.

Denn sogar ein Beschluss des UN-Sicherheitsrats, auf den in Deutschland bis hinauf zum Präsidenten so großer Wert gelegt wird, macht einen Militäreinsatz zwar legal, aber nicht moralisch unanfechtbar. Es ist kein Zufall, dass dem Krieg der Nato gegen Serbien zum Schutz der Albaner im Kosovo das entscheidende Mandat des wichtigsten UN-Gremiums fehlte – und dass gerade dieser Einsatz vom grünen Außenminister Fischer mit der Verhinderung eines neuen Auswirts begründet wurde. Nach den wohl noch lange geltenden Regeln kann dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit mit Zwangsmaßnahmen nur gedient werden, falls etwa die Vetomächte Russland und China nichts dagegen haben. Das sorgt gewiss für Stabilität, kann aber auch Grabesruhe zur Folge haben.

Inwiefern sind Soldaten per se schuldig?

Staaten wie Deutschland, die den Schutz der Menschenrechte ernst nehmen und sich für die weltweite Verhinderung und Bestrafung von Völkermord sowie Aggression einsetzen, müssen sich eine eigene Haltung bilden. Gerade das Grundgesetz fordert nicht die bloße Hinnahme internationaler Beschlüsse, sondern eine besondere Verantwortung, die aber nicht auf einen Frieden um jeden Preis zielt.

Klar ist aber: Der eherne Satz, dass Gewalt nur das letzte Mittel sein darf und auf verhältnismäßige Weise anzuwenden ist, darf nie zur Floskel verkommen. Denn es gibt kaum einen Krieg ohne Verbrechen. Auch den Weltkrieg gegen Hitler säumen Millionen unschuldige Opfer – und inwiefern sind Soldaten eigentlich per se schuldig? Aber wer zum Schwert greift, ist eben stets in Gefahr, Schuld auf sich zu laden, auch wenn es für eine gute Sache ist.

Deshalb ist es so wichtig, sich des ganzen Spektrums seiner Möglichkeiten bewusst zu sein. Zuletzt hatte man den Eindruck, die Lieferung von Waffen an von der Auslöschung bedrohte Volksgruppen sei schlimmer als ein eigener Waffengang. Wenn Gespräche, Drohungen und Sanktionen versagen, bleiben immer noch der gezielte Einsatz von Spezialkräften oder Drohnen, um noch mehr Gewalt zu verhindern.


Verantwortung für den Frieden zu übernehmen kann heißen, die Initiative zu ergreifen – oder abseits zu stehen. Denn die Verantwortung für die Welt entbindet nicht von der für die eigenen Bürger und Soldaten. Das Recht, sich und andere gegen Aggressoren zu verteidigen, bleibt aber „naturgegeben“.

Pazifismus – ein Abgesang 105,42

Im Bundestag beginnt heute die Sondersitzung zu den deutschen Waffenlieferungen an die Kurden. Deutschland hadert noch mit seiner Rolle in der Welt. Welche Rolle spielen die intellektuellen Restbestände pazifistischer Reinkultur?

01.09.2014, von **CHRISTIAN GEYER**



© AFP  Top Gun im Morgengrauen: Ursula von der Leyen inszeniert sich vor einem Militärflugzeug. Wo sind die Nachfahren von Petra Kelly und Gert Bastian?

Der deutsche Demo-Stand vom Wochenende: In Hamburg protestierten ein paar hundert gegen hohe Mieten, in Berlin ein paar tausend gegen digitale Überwachung. Keine Demo, nirgends, gegen Waffenlieferungen an die Kurden, gegen mögliche neue Nato-Stützpunkte in Osteuropa. Noch nicht einmal ein Aufschrei – der Pazifismus, einst ein Straßenfüller, ist erkennbar ein Ideologem von vorgestern. Jedenfalls muckt er nicht auf, auch wenn er das Wasserzeichen der kollektiven Psyche bleiben sollte.



Autor: Christian Geyer-Hindemith, Jahrgang 1960, Redakteur im Feuilleton. Folgen:

Je nach Umfrage sind zwischen sechzig und achtzig Prozent der Deutschen gegen deutsche Waffenlieferungen an die Kurden. Diese Umfrage-Deutschen wollen jedoch partout nicht zu Demo-Deutschen werden, und weit und breit sind auch keine Nachfahren von Petra Kelly oder Gert Bastian auszumachen, die „Frieden schaffen ohne Waffen“ rufen, also das Kategorische, Prinzipielle der pazifistischen Position geltend machen würden.

Weil das so ist, kann die Verteidigungsministerin einen Strukturwandel der Öffentlichkeit registrieren. Man diskutiere jetzt offener, sagt sie und meint: ungestört von pazifistischer Prinzipienreiterei. Umgekehrt stellt Frau von der Leyen klar, dass der diskursive Durchmarsch der Verantwortungsvokabel keine bellizistische Lizenz bedeutet: „Dass wir inzwischen parteiübergreifend offener diskutieren, ist keine Militarisierung der deutschen Politik.“ Die jetzige Entscheidung, beteuert sie, ziehe keinen Automatismus nach sich, in beliebige Krisengebiete deutsche Waffen zu liefern.

Für den Krieg gewappnet – in Top-Gun-Optik

Und doch ist im pazifistischen Diskursfeld nun eine militärische Spur gebahnt, wie die Ministerin ohne triumphierende Gesten einräumt. Entsprechende Missverständnisse, ihren Gestus betreffend, korrigiert sie umgehend. Angesprochen auf ihre „Top-Gun-Optik“ (schwarze Jeansjacke mit silbernen Reißverschlüssen) bei der Verabschiedung der ersten Transall-Maschinen, die Hilfsgüter in den Irak geflogen haben, stellte sie gestern via „Bild am Sonntag“ klar: Das sei keine bewusste Inszenierung, sondern private Gesundheitsvorsorge gewesen. „Die Jacke gehörte einer meiner Töchter. Es ist eine ganz banale Jeansjacke von H&M. Ich habe sie morgens zu Hause an der Garderobe gegriffen, weil ich nicht im Hosenanzug in der morgendlichen Kälte frieren wollte.“ Was im pazifistischen Setting ehemals als Gewissensfrage traktiert wurde, stellt sich 2014 als Frage der Kleiderordnung dar.

„Ich möchte nicht, dass Menschen sterben für die Reinheit meiner Philosophie, meines Pazifismus.“ Dieser Satz hat wie kein zweiter Satz in den vergangenen Tagen die intellektuellen Restbestände des Pazifismus blamiert. Es ist ein Satz, glasklar im Gehalt, mutig in der Haltung. Ein Satz von Rupert Neudeck, der sich damit für die Waffenlieferungen an die Kurden ausspricht.

100 Prozent Pazifismus? Ein bisschen geht nicht!

Tatsächlich liegt im Nordirak eine derart klar geschnittene Situation der Nothilfe vor, der Rettung Unschuldiger vor diskursunwilligen Menschenschlächtern, dass Neudeck nicht nur keinen Einwand gegen die Waffenlieferungen erhebt, sondern ausdrücklich auch die Erosion der pazifistischen Position nahelegt, die mit dieser Stellungnahme verbunden ist. Es ist nämlich mit dem Pazifismus wie mit dem Vegetarismus: Ein bisschen geht nicht. Neudeck weiß, dass ein halber Pazifismus den Pazifismus als solchen in Frage stellt. Dass Pazifismus nur „rein“ oder gar nicht zu haben ist. Genau dies lässt er durchblicken.

Er schüttelt damit ein Etikett ab, das er als Friedensaktivist nie nötig hatte: Wenn jemand in großem Umfang effektive Friedensarbeit leistet, dann einer wie Neudeck. Es sind Tausende, die dem Gründer von Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte und Vorsitzenden des Friedenscorps Grünhelme ihr Leben verdanken. Deshalb hat sein Votum gegen die pazifistische Reinkultur (und ebendies ist der Pazifismus: eine Reinkultur) politisches Gewicht und epistemische Autorität. Kaum jemand kann die innere Widersprüchlichkeit der pazifistischen Position, ihre Selbstimmunisierung gegen Dilemmata, ihre frivole Hundertprozentigkeit, überzeugender auffliegen lassen.

„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“

Im aktuellen politischen Diskurs wird – von wenigen Leuten wie Neudeck abgesehen – der Pazifismus nur verdeckt verabschiedet. Das große Vorbild ist Ludger Volmer, der als grüner Staatsminister im Auswärtigen Amt vor nunmehr zwölf Jahren den Pazifismusbegriff entkernen und pro forma retten wollte, indem er ihm das Adjektiv „politisch“ beigesellte (so sollten die Grünen damals an den interventionistischen Kurs von Schröder und Fischer gewöhnt werden).

Politischer Pazifismus war Volmers Neudefinition von Pazifismus. Es war naturgemäß ein Etikettenschwindel: Militärische Mittel sollten in politisch pazifistischer und also antipazifistischer Manier „nicht ganz“ entbehrlich sein. Die Volmer-Doktrin suchte den Klassiker „Frieden schaffen ohne Waffen“ durch den schwerfälligen Slogan „Frieden schaffen mit nur ein paar Waffen“ zu ersetzen. (Das hatte Helmut Kohl besser hinbekommen, als er in seiner ersten Regierungserklärung formulierte: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“ Derweil Honecker sein Bestes mit dem Spruch „Frieden schaffen gegen Nato-Waffen“ gab.)

Volmer hat für seine Begriffsverwirrung seinerzeit viel Spott einstecken müssen. Einen politisch kontrollierten, zweckrationalen Umgang mit Krieg (die Alternative des wild Drauflosschießens wäre schlicht idiotisch) als neuen Pazifismus zu verkaufen, wurde dann doch als Beleidigung der Intelligenz empfunden.

Erst reden, dann handeln

Heute pflegen Grüne und Linke wieder ein erstaunliches Maß pazifistischer Begriffsverwirrung auf der Volmer-Linie. Zum Beispiel Bernd Riexinger, Chef der Linken. Auf die Frage: „Herr Riexinger, sind Sie selbst Pazifist?“ eiert dieser wie folgt: „Ich habe zumindest den Wehrdienst mit einer pazifistischen Begründung verweigert. Aber ich würde nicht sagen, dass ich generell, überall und in jeder Phase Pazifist bin. Ich habe eine pazifistische Grundorientierung, das trifft es wohl am besten.“ Das trifft die pazifistische Position jedenfalls ins Mark. Die pazifistische Orientierung, ist sie nur „im Grunde“ gegeben, legitimiert ihren Verrat im Einzelfall.

Und Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt möchte, versteht man sie recht, mit einem überdehnten Verantwortungsbegriff erst alle möglichen Folgen von Waffenlieferungen ausgelotet, debattiert und beschlossen sehen, bevor es zur lebensrettenden Tat gehen kann. Sie nennt das: Die Regierung dürfe sich „keinen schlanken Fuß“ machen, und arbeite einem Pazifismus der langen Bank zu: „Wir sollten uns bei so heiklen Fragen Zeit nehmen, unterschiedliche Positionen zu diskutieren, auch wenn schnelles Handeln gefragt ist. Das ist nicht ehrenrührig.“ Ehrenrührig wohl nicht.

Gegen die Reihenfolge ist ja nichts einzuwenden: erst denken, dann handeln. Aber zum einen ist Lebensrettung bisweilen in der Tat eine Frage von just in time. Zum anderen heißt Verantwortungsethik im Sinne Max Webers ja nicht, das heikle Handeln so lange zurückzustellen, bis die Gesamtfolgen einer universalen Nutzenfunktion kalkulierbar werden. Da müsste man im Zweifel mit einem diskursiven Klumpfuß abwarten, bis der Islamische Staat (IS) tabula rasa macht.

Welche Rolle spielen die Religionen?

„Hätte man uns vor dreißig Jahren gesagt, dass der Islamismus die Nachfolge des Kalten Krieges antreten würde, hätten wir darüber gelacht. Hätte man vor dreißig Jahren behauptet, die Evangelien hätten die militärischen Ereignisse sowie die Umweltkatastrophen vorausgesagt, oder hätte man erklärt, die Apokalypse habe in Verdun begonnen, wäre man für einen Zeugen Jehovas gehalten worden.“ So René Girard in seinem neuen Buch „Im Angesicht der Apokalypse. Clausewitz zu Ende denken“.

Er nennt beim Namen, was die Kirchen pazifistisch beschweigen: die genuin religiösen Wurzeln einer Gewalt, die „Mord als Gottesdienst“ (Friedrich Wilhelm Graf) propagiert. Warum eine solche Gewalt-Propaganda stets – gleichsam reflexhaft – als Pervertierung statt, je nach Fall, als Konsequenz von Religion ausgehen? Wolfgang Huber, der frühere EKD-Ratsvorsitzende, erklärt: „Der Islamische Staat missbraucht den Gottesnamen, wenn er Menschen tötet oder versklavt. Es ist bereits ein Missbrauch der Religion, wenn man aus ihr das Recht ableitet, das staatliche Gewaltmonopol zu missachten und eine Institution namens IS aufzubauen.“

Doch auf welcher Position steht Huber, wenn er dies erklärt? Auf der Position des absoluten Geistes, der die Wahrheit vom Irrtum zu unterscheiden vermag? Oder doch nur auf der Position einer liberalen Exegese, welcher andere Exegesen gegenüberstehen, im Modus von Aussage gegen Aussage? Wer über Pazifismus redet, darf über Religion nicht schweigen.

The Return of Europe's Sleepwalkers 105,45

The U.S. administration is obviously overwhelmed, but EU leaders don't even worry about not knowing what to do.

The European Union named new leadership on Saturday. Yet the latest EU summit in Brussels was just another beauty contest with layers of geopolitical cosmetics, lacking any promise of a new beginning. After months of institutional paralysis, European leaders still find ways to rationalize why the EU is not ready to act. In the past year, national and European-level elections and then the summer break have left the EU in an extended freeze.

But Eurocratic excuses don't stop the Earth from spinning. Wherever we look, we see horrifying disarray in the world. On Europe's eastern border, there has been a war going on for months. In the Middle East, a lunatic terrorist organization is taking over vast areas with looted, high-tech U.S. arms. Israel and Gaza are on and off cease-fires, and Libya is imploding on the shores of the Mediterranean.

While the U.S. administration is obviously overwhelmed by the variety and gravity of the crises it faces, EU leaders don't even worry about not knowing what to do. They simply have not realized that this is primarily their challenge.

At first glance, recent events like the downing of Malaysia Airlines Flight 17, the lightning advances of the Islamic State terrorists, and anti-democratic expressions of admiration for Vladimir Putin by Hungarian Prime Minister Viktor Orban in July are not connected.

However, if European leaders and citizens alike would peek out from their delusional detachment, they would realize that these are all signs of grave threats to the stability of Europe as a whole, and that they all require European-level responses. Having long ago overcome animosities among its member countries, the EU turned cavalier about threats from beyond its borders.

Russia is waging war on Ukraine, partly as punishment for Kiev's attempt to move closer to the EU. Russia did not stop at Crimea and, unless it is stopped, it will not stop at eastern Ukraine. In the coming winter, Moscow could leave millions of Europeans without heating by reviving its cynical gas-pricing policies. Despite this threat -- or perhaps out of fear of it -- the EU's response to Russian actions has been halfhearted at best. Moscow's support of pro-Russia separatists in Ukraine resulted in the deaths of 298 people on the Malaysia Airlines flight. Among them were 211 Europeans -- more than died in the terrorist bombings in Madrid in 2004 or London in 2005, more than the European victims of the 9/11 attacks in the U.S. Still, EU-wide shock and grief was missing.

While all this is happening, one EU (and NATO) member insisted on arming and training the Russian navy, and the leader of another EU member praises Vladimir Putin's Russia as a role model. Oddly enough, France's Mistral deal -- finally suspended on Wednesday -- and the infamous speech by Hungary's Prime Minister Orban produced more upset in the U.S. than in Europe.

And what of the Middle East? Israel and Hamas engaged in their third round of fighting in six years. In addition to the conflict's terrible toll on Israelis and Palestinians, this summer's confrontation was accompanied by disgraceful outbursts of anti-Semitism on the streets of Europe. Numerous EU politicians pronounced themselves "concerned" about the Gaza clashes but expended little effort to find a resolution.

It is often overlooked that if Europe were to use its leverage effectively, it could have unparalleled influence in the Middle East. The EU is Israel's primary trading partner and the Palestinian territories' largest donor. Yet Europe's performance on the world stage has been limited to issuing useless news releases and a two-page draft about Gaza's reconstruction.

On another front, the Islamic State jihadists flooding the Middle East are estimated by various sources to include about 2,000 European citizens. The EU has no idea how they can be stopped from returning home to Europe after, say, a convenient stopover in Turkey. Making matters worse, it seems that EU governments have become regular patrons of Islamic extremists by channeling large sums (an alleged \$125 million since 2008) to them in ransoms.

After months of cynical hesitation, at least some EU member states now seem to be getting their act together. In recent days the German government finally opted out of its increasingly embarrassing "culture of reluctance" with its decision to deliver arms to Kurdish forces in northern Iraq. British Prime Minister David Cameron announced measures on Monday designed to stop homegrown jihadists when they try to return from fighting elsewhere.

Yet Europe is nowhere close to developing a comprehensive strategy. While the world waits, the following measures should be implemented immediately:

First, European Commission President-elect Jean-Claude Juncker must get to work now, irrespective of the Nov. 1 start of his term. It would be inconceivable for a U.S. president-elect to go missing -- as Mr. Juncker has since July -- in the period between election and inauguration.

Second, the EU has to swiftly complete its postelection appointment of new commissioners despite the usual infighting and jockeying for position. Intra-EU deals between party factions and member states often take precedence over candidates' personal gravitas and experience when it comes to filling top positions. Last Saturday, this preposterous practice led to the appointment of Federica Mogherini as the foreign-policy supremo of the entire EU. She was Italy's foreign minister for only six months. Walking into this week's NATO summit in Wales -- at a time of an unprecedented convergence of foreign-policy threats -- with an utterly inexperienced foreign-policy chief-designate is a historic mistake.

Third, the EU should start handling security issues as a coherent political entity. It has to ramp up and unify its intelligence gathering and analysis, border control and counterterrorism. Common principles of dealing with terrorists -- ideally including a ban on paying ransoms -- have to be established.

Finally, an evergreen: European members must recognize that their military spending is insufficient and stop taking an American-run and -funded NATO for granted. It is appalling that Germany recently decided to cut military spending by about 800 million euros (\$1.05 billion) in 2015. One hundred years ago, Austria-Hungary declared war on Serbia, setting in motion a swirl of events that brought decades of devastation to the entire continent. The historian Christopher Clark called the leaders of the time "sleepwalkers" for their lack of ability to assess the larger, systemic consequences of their individual actions.

Today we see the menacing signs multiplying, but we have not been willing to accept the fact that armed conflicts have come to Europe's doorsteps again. Today's sleepwalkers do not recognize the consequences of their inaction. It is time to wake up.

Mr. Guttenberg, a former German defense minister, is the chairman of the corporate advisory firm Spitzberg Partners LLC.

Guttenberg rechnet mit Deutschland ab 105,46

Im „Wall Street Journal“ holt Karl-Theodor zu Guttenberg zum großen Schlag gegen Deutschland und die EU aus. Der frühere Verteidigungsminister zeichnet das Bild fahrlässiger und ignoranter Politiker, die den Westen ins Verderben stürzen.

04.09.2014, von **ANDREAS ROSS**, WASHINGTON



© DPA  Jetzt wird ausgeteilt: Karl-Theodor zu Guttenberg

Karl-Theodor zu Guttenberg hat den Europäern in drastischen Worten Versagen und Blindheit angesichts der Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten vorgeworfen. Die konservative amerikanische Zeitung „Wall Street Journal“ veröffentlichte am Donnerstag einen langen **Beitrag des früheren deutschen Verteidigungsministers**, in dem er hart mit der amerikanischen Regierung und vor allem mit der EU ins Gericht geht. „Während die Regierung der Vereinigten Staaten offenkundig von der Vielfalt und Schwere der Krisen überwältigt ist, mit denen sie konfrontiert ist, macht es den europäischen Politikern nicht einmal etwas aus, dass sie nicht wissen, was sie tun sollen“, schreibt Guttenberg. In Anspielung auf Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler“ über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs bezeichnet der CSU-Mann die führenden europäischen Politiker von heute als „Schlafwandler“, die „die Folgen ihrer Tatenlosigkeit nicht erkennen“.



Autor: Andreas Ross, Jahrgang 1975, politischer Korrespondent für Nordamerika mit Sitz in Washington. Folgen:

Den EU-Gipfel, auf dem die Staats- und Regierungschefs am vorigen Wochenende beschlossen, innerhalb einer Woche über neue Sanktionen gegen Russland zu befinden, nennt Guttenberg einen „Schönheitswettbewerb“. Europäische Politiker fänden immer noch Begründungen dafür, warum die EU nicht handlungsfähig sei. „Aber Eurokraten-Entschuldigungen halten die Erde nicht davon ab, sich weiterzudrehen“, hält Guttenberg fest.

„Wahnhafte Entrückung“

Den europäischen Bürgern und ihren Politikern wirft er „wahnhafte Entrückung“ vor, weil sie Bedrohungen jenseits ihrer Grenze nicht ernst nähmen. Selbst nach dem Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs über der Ostukraine „gab es nicht EU-weiten Schock und Bestürzung“, behauptet der frühere Minister. Er gibt sich überzeugt, dass Russland sich nicht mit der Ostukraine begnügen werde, „sofern es nicht gestoppt wird“. Wie Russland zu stoppen wäre, sagt Guttenberg nicht.

Auch im Nahen Osten sieht er ein Versagen der Europäer, die ihren Einfluss auf Israel und die Palästinenser nicht zu nutzen verstünden. Zum Gaza-Krieg habe Europa nur „nutzlose Presseerklärungen und einen zweiseitigen Entwurf über den Wiederaufbau von Gaza“ hervorgebracht. Der Deutsche, der inzwischen in Amerika ein Beratungsunternehmen führt, erwähnt nicht das Angebot Berlins und anderer europäischer Mächte, durch eine Entsendung von Beobachtern zur Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen. Ein entsprechender europäischer Vorstoß im UN-Sicherheitsrat scheint in New York allerdings derzeit festzustecken.

Die Bundesregierung, die Guttenberg 2011 wegen der Plagiatsaffäre verlassen musste, bekommt ein schmales Lob dafür, dass sie sich „nach Monaten zynischen Zögerns“ zu Waffenlieferungen an die kurdische Regionalregierung im Irak durchgerungen habe, um den „Islamischen Staat“ zu bekämpfen. „Zunehmend peinlich“ sei vorher die deutsche Grundhaltung geworden, die in dem Artikel als „culture of reluctance“ bezeichnet wird. Das wäre eher mit „Kultur des Widerwillens“ zu übersetzen als mit der Phrase von der „Kultur militärischer Zurückhaltung“, die vor allem der frühere deutsche Außenminister Guido Westerwelle oft im Munde führte.

„Historischer Fehler“

Als „erbärmlich“ kritisiert der frühere Verteidigungsminister die Entscheidung der deutschen Regierung, 2015 ihre Verteidigungsausgaben sogar zu senken. Auch zur Bekämpfung des „Islamischen Staats“ im Irak und in Syrien bietet Guttenberg kein Rezept an. Konkret fordert er nur eine Verständigung in Europa darauf, wie die Amerikaner kein Lösegeld an Terrorgruppen zu zahlen. Anfang der Woche hatte das „Wall Street Journal“ auf der gleichen Seite, aber weniger prominent, einen Artikel von Außenminister Frank-Walter Steinmeier publiziert, in dem dieser die deutsche Entscheidung zur Bewaffnung der Kurden als Erfüllung seines Versprechens beschrieb, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehme.

Als „historischen Fehler“ bezeichnet Guttenberg, der mit 37 Jahren Bundesminister geworden war, die Ernennung der unerfahrenen, 41 Jahre alten italienischen Außenministerin Federica Mogherini zur EU-Außenbeauftragten. Dem designierten Vorsitzenden der EU-Kommission Jean-Claude Juncker wirft Guttenberg vor, sich seit Juli zu verstecken. Er dürfe nicht erst zum Beginn seiner Amtszeit am 1. November die Arbeit aufnehmen, so wie auch amerikanische Präsidenten noch vor der Vereidigung eine sichtbare Rolle übernehmen.

Das „Wall Street Journal“ hat Guttenbergs Text die Überschrift „Europas Schlafwandler sind zurück“ verpasst und zudem eine Illustration, auf der zwölf blaue EU-Männchen mit goldenen Sternen im Kreis auf einem brennenden Teppich sitzen. Die Flammen lodern in den Farben Schwarz-Rot-Gold.

En Syrie, un djihadiste occidental sur trois serait Français 105,48

Publié le 05/09/2014 à 06:00



INFOGRAPHIE - Plus de 3000 occidentaux seraient partis combattre aux côtés des djihadistes en Syrie. Parmi eux, entre 700 et 900 sont Français.

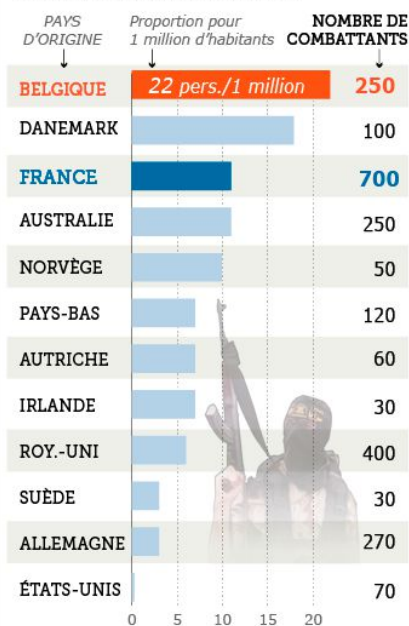
Le djihad attire de plus en plus d'Occidentaux. Fin mai, ils étaient au moins 3000 à avoir rejoint les rangs des islamistes radicaux qui combattent en [Syrie](#), selon le Soufan group, un organisme de renseignement basé à New York. La France est la plus «représentée» en nombre de tous les pays occidentaux. Elle compte 700 ressortissants sur place, [selon des données compilées par The Economist](#). Une estimation plus basse que [celle des services du ministre de l'Intérieur Bernard Cazeneuve](#), selon lesquels 900 Français étaient concernés à la mi-août. Vient ensuite la Grande Bretagne, avec 400 ressortissants actuellement en Syrie. Puis l'Allemagne (270 ressortissants), talonnée par les Belges, avec 250 ressortissants.

10 à 15% de femmes

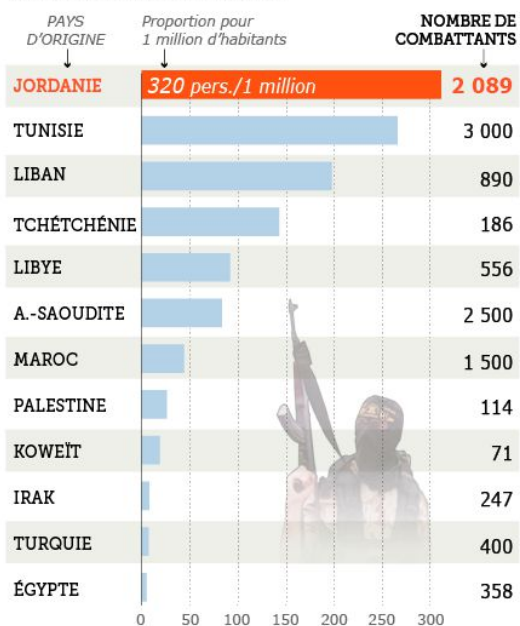
Mais lorsqu'on regarde la proportion de combattants par rapport à la population de leurs pays d'origine, le classement est sensiblement différent. La Belgique arrive largement en tête, avec 22 ressortissants partis au djihad pour un million d'habitants. Le Danemark arrive en deuxième position, avec 17 ressortissants pour un million d'habitants. La France arrive en troisième position: on compte 11 Français partis en Syrie pour un million d'habitants. Il est important pour l'Etat islamique de compter des Occidentaux dans leurs rangs. Le choc provoqué par l'accent londonien de(s) assassin(s) de [James Foley](#) et [Steven Sotloff](#) en est la meilleure illustration. «Des otages libérés des griffes de l'Etat islamique ont dit qu'ils avaient été gardés par trois anglophones. Les djihadistes étrangers peuvent également contacter par email les familles d'otages dans leurs propres langages pour demander des rançons», explique l'hebdomadaire.

Les djihadistes étrangers combattant en Syrie

VENANT DE PAYS OCCIDENTAUX



VENANT DU RESTE DU MONDE



Sources : The Economist/Eurostat/FMI/The International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence/The Soufan Group
03/09/2014
Infographie LE FIGARO

Le Soufan group estime que jusqu'en mai, quelque 12.000 combattants issus de 81 pays différents avaient rejoint le djihad en Syrie. Mais ce chiffre doit être bien plus important aujourd'hui. Car depuis que l'Etat islamique a fondé le «califat» le 29 juin, «le recrutement a explosé», assure le journal. «La Syrie a attiré des combattants plus vite que n'importe quel autre conflit dans le passé, que ce soit la guerre d'Afghanistan dans les années 1980 ou celle d'Irak après l'invasion américaine de 2003.» La guerre sainte prônée par l'Etat islamique fait venir essentiellement des hommes en dessous de 40 ans. Mais elle séduit de plus en plus de femmes. Elles représentent environ 10 à 15% de ceux qui voyagent en Syrie, estime-t-on au Centre international d'étude sur la radicalisation, un groupe de réflexion basé à Londres.

Mais les plus gros pourvoyeurs de combattants étrangers pour l'Etat islamique restent les pays du Maghreb et du Moyen-Orient. Parmi les plus notables, on trouve la Tunisie qui dénombre pas moins de 3000 ressortissants actuellement en Syrie. L'Arabie saoudite en compte 2500, la Jordanie 2089... La présence de ces étrangers dans les rangs des radicaux islamistes laisse leurs gouvernement respectifs dans l'embarras. Car ils seront difficiles à tracer à leur retour, à l'image de Mehdi Memmouche, qui aurait passé un an à combattre en Syrie avant de commettre la tuerie du musée juif de Bruxelles en mai dernier.

La « planche à billets » est plutôt efficace pour sortir de l'ornière 105,50

Publiée 04/09/2014 à 19:27



Le rachat de dettes publiques ou privées par une banque centrale est largement utilisé aux États-Unis, au Royaume-Uni ou au Japon pour relancer l'activité.

• Qu'entend-on par « assouplissement quantitatif » ?

L'assouplissement quantitatif (quantitative easing, QE) est une technique de politique monétaire non conventionnelle qui consiste, pour une banque centrale, à racheter directement sur les marchés des titres de dettes privées ou publiques en échange de monnaie nouvellement créée. Largement utilisée aux États-Unis, au Royaume-Uni ou au Japon pour relancer l'activité, cette forme moderne de la planche à billets est plus que jamais jugée diabolique par les Allemands.

• Cette technique a-t-elle déjà été utilisée en Europe ?

Oui. La Banque d'Angleterre (BOE), la doyenne des banques centrales (1694), s'est toujours souciee de soutenir les emprunts de l'État britannique sur les marchés. Jusqu'en 1973, la Banque de France était autorisée à acheter des titres d'État à l'émission, et ce n'est qu'en 1993 qu'ont été supprimées les avances au gouvernement français.

La BCE se distingue de ses consœurs par l'interdiction juridique de renflouer les États et d'acheter leurs titres de dette à l'émission. Contrairement à la Fed, à la BOE et à la Banque du Japon, elle ne peut être « prêteur en dernier ressort ».

Depuis 2008, la BCE ne s'est certes pas privée d'apporter des liquidités à taux pratiquement zéro aux banques pour soutenir l'économie. De même a-t-elle temporairement acheté sur les marchés des titres de la Grèce et de l'Espagne entre autres. Mais ces achats - 200 milliards d'euros - ont été arrêtés en 2011, même si Mario Draghi a menacé (juillet 2012) de les reprendre « si nécessaire ».

• En quoi l'assouplissement quantitatif américain, britannique et japonais est-il révolutionnaire ?

La Banque du Japon, de 1997 à 2006 et depuis 2012, la Banque d'Angleterre à partir de 2009, et la Fed américaine depuis 2010 sont quant à elles allées beaucoup plus loin en achetant en masse des titres de leurs États et d'établissements privés, les finançant donc directement par la « planche à billets », c'est-à-dire en créant de la monnaie. Des procédures « non orthodoxes » par rapport à la mission habituelle d'une banque centrale.

• La Fed et la Banque d'Angleterre ont-elles été couronnées de succès ?

L'objectif était d'aider les États et les entreprises. Dans la mesure où ces achats ont fait monter leurs titres, il en est résulté un « effet richesse » euphorisant pour les marchés, les investisseurs et, à la fin des fins, pour l'économie. La BOE estime que les 200 milliards de livres de rachats d'emprunts d'État, entre mars 2009 et février 2010, ont accru le taux d'inflation de 0,75 à 1,5 point et augmenté le PIB de 1,5 % à 2 %. Aux États-Unis, la Fed a décidé d'arrêter complètement ses achats de titres (600 milliards de dollars depuis

novembre 2010) après l'amélioration du marché du travail: le taux de chômage est tombé à 6,2 % de la population active.

• Pourquoi l'assouplissement quantitatif est-il si difficile à mettre en place pour la BCE?

La BCE est confrontée à des problèmes juridiques et techniques. Son statut, qui résulte du [traité de Maastricht](#), le lui interdit formellement. Par ailleurs, les modalités de rachat seraient délicates à mettre en œuvre, s'agissant de 18 États différents, dont les marchés respectifs sont plus ou moins liquides.

• La BCE peut-elle faire plus pour les entreprises et les PME?

Oui. Si l'assouplissement quantitatif par le rachat de dettes d'État n'est toujours pas d'actualité, la BCE a décidé en revanche d'acheter des titres d'entreprises privées, à travers un mécanisme de titrisation. Lequel est en effet politiquement acceptable par les Allemands.

• Pourquoi la planche à billets est-elle «une invention du diable» pour les Allemands?

L'hyperinflation des années 1920 serait à l'origine de la phobie allemande pour l'inflation, alors qu'en réalité c'est la grande déflation des années 1930 qui a ouvert un boulevard à Hitler! Jens Weidmann, le président de la Bundesbank, aime à rappeler que la planche à billets est une invention de Méphisto, qui a conseillé à l'empereur de créer de la «richesse papier» pour sortir le pays de l'ornière .

Présidentielle 2017 : Marine Le Pen en tête au premier tour dans tous les cas de figure 105,52

Publiée le 05/09/2014 à 13:57



La présidente du FN l'emporterait au second tour en battant largement François Hollande, mais serait battue par tous ses adversaires UMP.

Le sondage Ifop réalisé pour *Le Figaro* les 3 et 4 septembre est sans appel: si l'élection présidentielle de 2017 avait lieu dimanche prochain, [Marine Le Pen](#) serait en tête au premier tour. Largement, dans tous les cas de figure et quel que soit son adversaire à droite. Au deuxième tour, c'est une première, la présidente du Front national battrait même François Hollande...

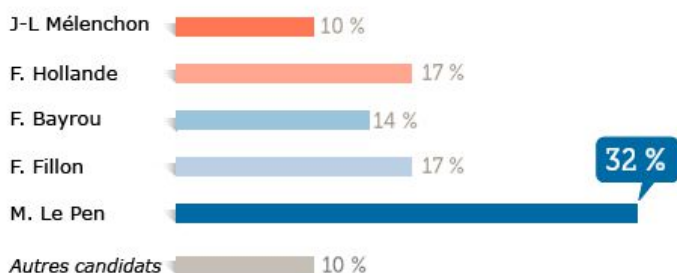
Au premier tour, à droite, le meilleur candidat serait Nicolas Sarkozy, avec 25 % contre 28 % pour Marine le Pen. [Alain Juppé](#) est au coude-à-coude, avec 24 % contre 30 % pour la présidente du FN. Dans l'hypothèse où François Fillon serait le candidat de l'UMP, l'écart se creuserait très nettement: il obtiendrait 17 % contre 32 % pour Marine Le Pen... À gauche au premier tour, la gauche radicale représentée par Jean-Luc Mélenchon obtiendrait 10 % dans tous les cas de figure, soit 1 point de moins qu'en 2012. François Hollande de son côté resterait entre 16 et 17 %, largement distancé donc, et l'écologiste Cécile Duflot obtiendrait 3 %, soit à peine plus qu'Eva Joly en 2012. François Bayrou, s'il était candidat, réaliserait une plutôt bonne performance, avec un score de 14 % dans l'hypothèse Fillon, de 11 % dans l'hypothèse Juppé et de 12 % dans l'hypothèse Sarkozy.

Au deuxième tour, si Marine Le Pen devait se retrouver face à l'actuel chef de l'État socialiste, celui-ci serait battu très largement, à 46 % contre 54 %. En revanche, à droite, c'est Juppé qui l'emporterait le plus largement face à la présidente du FN, avec 64 % contre 36 %. Derrière lui, Sarkozy l'emporterait de 20 points (60 % contre 40 %). Puis Fillon, avec 57 % contre 43 %.

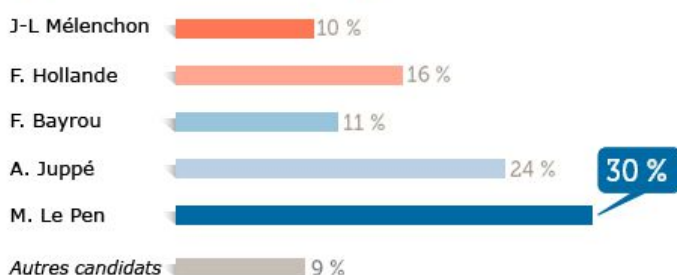
La présidente du FN domine le premier tour de 2017

Question: SI DIMANCHE PROCHAIN AVAIT LIEU LE **PREMIER TOUR** DE L'ÉLECTION PRÉSIDENTIELLE 2017, POUR LEQUEL DES CANDIDATS SUIVANTS Y AURAIT-IL LE PLUS DE CHANCES QUE VOUS VOTIEZ ?

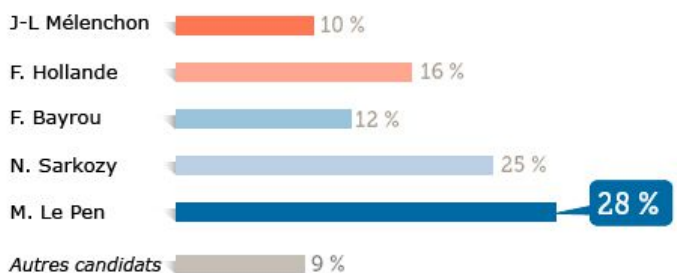
Hypothèse : candidature de **François Fillon**



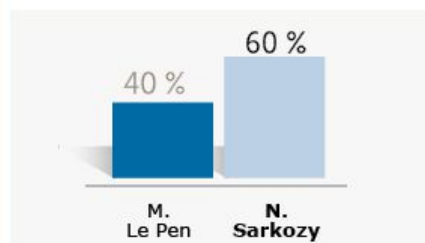
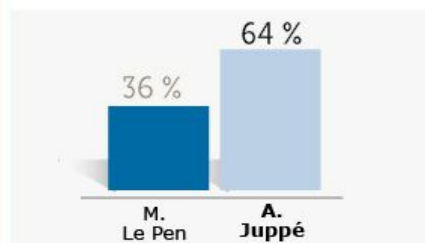
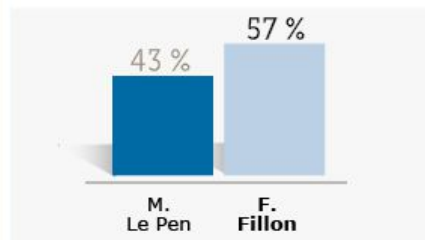
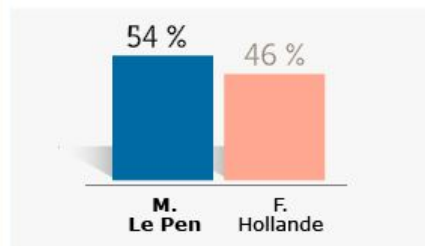
Hypothèse : candidature d'**Alain Juppé**



Hypothèse : candidature de **Nicolas Sarkozy**



Question: SI DIMANCHE PROCHAIN AVAIT LIEU LE **SECOND TOUR**, POUR LEQUEL DES CANDIDATS SUIVANTS Y AURAIT-IL LE PLUS DE CHANCES QUE VOUS VOTIEZ ?



Enquête Ifop menée du 3 au 4 septembre 2014 auprès d'un échantillon de 994 personnes inscrites sur les listes électorales, extrait d'un échantillon de 1 079 personnes, représentatif de la population française âgée de 18 ans et plus. Méthodologie La représentativité de l'échantillon a été assurée par la méthode des quotas (sexe, âge, profession de la personne interrogée) après stratification par région et catégorie d'agglomération. Les interviews ont été réalisées par questionnaire auto-administré en ligne.

05/09/2014

LE FIGARO.fr

Alain Juppé plus rassembleur

Signe de «l'extrême fragilisation» du président de la République, selon Jérôme Fourquet, directeur du département Opinion et Stratégies d'entreprise de l'Ifop, «François Hollande verrait se détourner de lui quasiment la moitié (entre 42 et 47 %) de son électorat du premier tour de la présidentielle de 2012». Un décrochage qui «ne profiterait pas aux autres candidats de la gauche».


Autre enseignement qui risque de brouiller les cartes [à l'heure du retour possible de l'ex-chef de l'État Nicolas Sarkozy](#), si ce dernier est aujourd'hui la meilleure option de l'UMP pour le premier tour, «son profil plus droitier ne lui permettrait pas de rassembler autant de voix de gauche et du centre qu'Alain Juppé» au deuxième tour.

„Das darf sich ein Rechtsstaat nicht bieten lassen“ 105,54

Junge Islamisten sind als „Scharia-Polizei“ durch Wuppertal gezogen. Ihr Ziel war zu provozieren. Das ist ihnen gelungen: Polizei, Oberbürgermeister und Landtagspolitiker regen sich mächtig auf - und wollen durchgreifen.

05.09.2014



© FACEBOOK/SHARIAH-POLIZEI-GERMANY  Die selbsternannte „Scharia-Polizei“ posiert auf Facebook

Wuppertals Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher macht ihren Standpunkt klar: „Das Gewaltmonopol liegt ausschließlich beim Staat! Ein Auftreten, das einschüchtern, verunsichert oder provoziert, wird nicht geduldet“, kündigte an. „Wählen Sie 110, wenn Sie diesen Leuten begegnen.“ Sie kündigte an, die Polizei werde ihre Präsenz in der Innenstadt verstärken.

Auch Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) äußerte sich unmissverständlich: Er verurteile die Aktion „aufs Schärfste“, das Vorgehen der Islamisten dürfe nicht geduldet werden. „Diese Personen wollen bewusst provozieren und einschüchtern und uns ihre Ideologie aufzwingen. Das lassen wir nicht zu.“

Der eigentliche Grund der Aufregung liegt schon ein paar Tage zurück, ist aber erst an diesem Freitag wirklich bekannt geworden. Wie ein Video auf Facebook und zahlreiche Berichte zeigen, sind Salafisten in Wuppertal mehrfach als „Scharia-Polizei“ aufgetreten und nachts durch die Straßen patrouilliert. Die Männer trugen orange Westen mit dem Aufdruck „Shariah Police“. Übereinstimmenden Aussagen zufolge zogen die Islamisten durch die Straßen im Stadtteil Elberfeld und sprachen Passanten an. Sie hätten die Leute zu Predigten eingeladen, hieß es. Auch hätten sie Geschäfte betreten und die Kunden auf ihren Verhaltenskodex aufmerksam gemacht. „Der Westen“ berichtet, sie hätten außerdem versucht, jugendliche Disco-Gänger vom Besuch der Tanzveranstaltungen abzuhalten.

Die selbst ernannten Sittenwächter erklären auf gelben Flyern: „Shariah Controlled Zone“ (Scharia-kontrollierte Zone). Auf ihnen sind Verhaltensregeln der radikalen Moslems festgehalten: Kein Alkohol, kein Glücksspiel, keine Musik und Konzerte, keine Pornografie und Prostitution, keine Drogen. Über ihre Umtriebe stellten die Salafisten ein mehrminütiges Propaganda-Video ins Internet. Auch haben sie Bilder ihrer nächtlichen Aktionen beim sozialen Netzwerk Facebook präsentiert.

© SALAFISTENPEDIA Mit diesem Video wirbt die selbst ernannte „Scharia-Polizei“ für sich

„Diese Westen werten wir als Uniformierung“, sagte ein Sprecher der Wuppertaler Staatsanwaltschaft. Insoweit junge Menschen angesprochen worden sein sollen, eine Diskothek nicht zu betreten, müsse geprüft werden, ob auch eine Nötigung vorliege. „Das bloße Empfehlen religiöser Regeln ist aber nicht strafbar“, sagte der Staatsanwalt.

Die bisherige Rechtslage scheint nicht eindeutig: Obwohl die Sicherheitsbehörden nach eigenen Angaben ein Verfahren gegen elf Männer wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet haben, sind die Islamisten im Alter von 19 bis 33 Jahren nicht festgenommen worden. Auch habe es keine rechtliche Handhabe gegeben, die Westen sicherzustellen, erklärte ein Polizeisprecher am Freitagmittag. Die CDU-Opposition im NRW-Landtag regt deshalb Gesetzesverschärfungen an: „Das darf sich ein wehrhafter

Rechtsstaat nicht bieten lassen.“ Die Islamisten hingegen kündigten an, auch in anderen Städten eine „Scharia-Polizei“ laufen zu lassen.

„Parallelwelten darf es nirgendwo geben“

Für den Wuppertaler Integrationsbeauftragten Hans-Jürgen Lemmer ist der Auftritt der „Scharia-Polizei“ eine „gezielte Provokation“. „Das ist eine höchst gefährliche Truppe, die für den Heiligen Krieg rekrutiert“, sagte er der „Westdeutschen Zeitung“. Auch der Vorsitzende der FDP, der zugleich Landtagsfraktionschef der Liberalen in NRW ist, erklärte auf Twitter: „Eine Shariah Police“ muss der liberale Rechtsstaat unterbinden. Parallelwelten jenseits unserer Gesetze darf es nicht und nirgendwo geben.“

Die drei Wuppertaler SPD-Landtagsabgeordneten Dietmar Bell, Andreas Bialas und Josef Neumann mahnten, den salafistischen Aktivisten dürfe nicht gestattet werden, „das freiheitliche Klima des religiösen Miteinanders und der kulturellen Vielfalt in Wuppertal zu vergiften“.

Der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland für den interreligiösen Dialog, Detlef Görrig, nannte die „Verbindung von religiöser Überzeugung mit polizeiähnlicher Autorität“ eine Anmaßung. Sie widerspreche der Trennung von Religion und Staat und greife zudem in polizeiliche Hoheitsrechte ein. „Das religiöse Bekenntnis braucht keinen Druck, um sich Gehör zu verschaffen“, sagte Görrig dem Internetportal „evangelisch.de“.

Vorbild London

Bei der Vorstellung des jüngsten Verfassungsschutzberichtes wurde Wuppertal als Hochburg der Salafisten genannt. Deren Anhängerschaft sei in Nordrhein-Westfalen inzwischen auf 1800 gestiegen. Für ihre Auftritte in Wuppertal hatten die Extremisten ein prominentes Vorbild: In London patrouillierten Islamisten bereits vor einem Jahr nachts durch die Straßen.

Wie der Euro Streit sät 105,56

Mit dem Kauf von Schrottpapieren der Banken sozialisiert die EZB immer mehr Risiken zu Lasten der Steuerzahler. Die Kanzlerin sieht stillschweigend zu.

07.09.2014, von HOLGER STELTZNER

Der Euro, den der ehemalige Bundeskanzler Kohl als Friedensprojekt verkauft hatte, beginnt nun auch innerhalb der Union wie ein Spaltpilz zu wirken. Aufgeschreckt vom Wahlerfolg der AfD in Sachsen, kritisiert Bayerns Ministerpräsident Seehofer (CSU) die „Schuldenmacherei“ der Europäischen Zentralbank und wirft deren Präsident Draghi vor, den Menschen Angst zu machen, wenn er Ramschpapiere kaufe.

Mal sehen, wie lange Bundeskanzlerin Merkel (CDU) ihre Linie noch durchhalten kann, Draghi stillschweigend immer mehr Risiken zu Lasten der Steuerzahler sozialisieren zu lassen. Der Kauf von Schrottpapieren, die sich in der Finanzkrise als Brandbeschleuniger entpuppten, ist für die EZB wohl nur der Auftakt zu einem Kaufprogramm für Staatsanleihen. In Rom interessieren die Bedenken des Bundesverfassungsgerichts ebenso wenig wie der Vertrag von Maastricht.

Dort setzen Leute wie der frühere Ministerpräsident Prodi Deutschland auf die Anklagebank und fordern mit dem dreisten Lügenmärchen, Italien habe die Wiedervereinigung mitfinanziert, noch mehr Solidarität (sprich Übernahme von Italiens Staatsschuld) von Deutschland. So wird mit dem Euro Zwietracht gesät.

Italien macht Deutschland zum Sündenbock 105, 57

Die Bundesrepublik soll schuld sein an der Stagnation Italiens. Der ehemalige Ministerpräsident Prodi verlangt Solidarität.

08.09.2014, von **TOBIAS PILLER**, ROM



© FOTO INTERTOPICS  Besonderer Blick: Italiens Finanzminister Pier Carlo Padoan hält Deutschlands und Italiens wirtschaftliche Lage für vergleichbar

Italienische Spitzenpolitiker sind sich einig in einer Anklage der deutschen Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi und Mario Monti machten bei einem Seminar von Politikern und Ökonomen in der Nähe von Mailand Deutschland und die deutsche Verweigerung von mehr kreditfinanzierten Investitionen für die schwache Wirtschaftsentwicklung in Europa verantwortlich.



Autor: Tobias Piller, Jahrgang 1962, Wirtschaftskorrespondent für Italien und Griechenland mit Sitz in Rom. Folgen:

Dass Deutschland nun für Wachstum sorgen müsse, ist aus der Sicht von Prodi eine Frage der europäischen Solidarität. Nach der Darstellung von Prodi hat Italien bei der deutschen Wiedervereinigung „geholfen und damit seine Pflicht getan und wegen des innerdeutschen Wechselkurses eins zu eins jahrelang unter hohen Zinssätzen leiden müssen“. Prodi gehört mit solchen Aussagen zu den Meinungsführern antideutscher Polemik, die von der Lega Nord bis zu Berlusconi's Partei „Forza Italia“ reicht und oft auch noch behauptet, dass Italien die europäischen Strukturhilfen für Ostdeutschland mitfinanziert habe. Ausgespart wird von Prodi dabei unter anderem, dass Italien wegen der deutschen Wiedervereinigung von hohen Ausfuhren nach Deutschland profitierte, zudem der deutschen Einigung eigentlich ablehnend gegenüberstand. Nun sagt Prodi aber: „Damals habe ich während der Verhandlungen gesagt, wir helfen jetzt dem Norden und dem Osten, aber es gibt auch den Süden und das Mittelmeer.“

Deutschland soll sich zum Nulltarif verschulden

Romano Prodi klagte, der deutsche Handelsbilanzüberschuss, gepaart mit Nulldefizit und Nullwachstum, „ist destabilisierend wie zu viele Schulden oder zu hohe Haushaltsdefizite“. Während von anderen Seiten gesagt wird, für mehr Wachstum in Europa müsse Italien seine Wirtschaft grundlegend reformieren, dreht Prodi die Argumentation um: Natürlich müsse es Reformen in Italien geben, doch dazu müssten zuerst die Partner für Wachstum sorgen. „Man kann nicht ein Land reformieren, das nicht wächst.“ Reformen dauerten Jahre und kosteten Geld. Dazu müsse man die von den Reformen Betroffenen und die Unzufriedenen besänftigen, zudem den jungen Italienern helfen, sagte Prodi in einem mehrfach ausgestrahlten Fernsehinterview des italienischen Staatssenders Rai. Nicht zur Sprache kam dabei, dass Prodi als Ministerpräsident Italiens in den Jahren 1996 bis 1998 zu denen gehörte, die damals schon eine grundlegende Erneuerung Italiens versprochen, um damit die Aufnahme in die Währungsunion zu erreichen. Nach seiner fünfjährigen Amtszeit als Präsident der Europäischen Kommission (1999 bis 2004) kehrte Prodi in die italienische Politik zurück und führte nochmals eine Regierung von 2006 bis 2008, allerdings wieder, ohne nennenswerte Reformen vorweisen zu können.

Prodi hält nun vielmehr den deutschen Wählern „eine absonderliche Einstellung zum Wirtschaftswachstum“ vor, an der aus der Sicht von Prodi offenbar die deutschen Politiker und Ökonomen schuld sind: „Jahrelang hat man ihnen eingeredet, dass Geldspritzen für die Wirtschaft und ein bisschen Inflation ein Vorteil für die angeblich faulen Südländer seien. Jetzt ist es ein politisches Problem, ihre Meinung zu ändern, obwohl das auch im Interesse der Deutschen wäre.“ Auch der bis 2012 amtierende Ministerpräsident Mario Monti beschuldigte die deutsche Regierung, sich einer aktiven Wachstumspolitik zu verweigern: Es habe nichts mit Stabilitätspolitik und dem Schutz der Interessen künftiger Generationen zu tun, wenn Deutschland sich weigere, sich zum Nulltarif zu verschulden „und damit die Basis für Wirtschaftswachstum zu schaffen“.

Wachstum hierzulande sorgt kaum noch für Impulse in Italien

Indem Deutschland die Schuld an der italienischen Wirtschaftslage zugeschoben wird, findet auch die gegenwärtige italienische Regierung mit Ministerpräsident Matteo Renzi und Finanzminister Pier Carlo Padoan Entlastung in der bevorstehenden Haushalts- und Reformdebatte für Italien. Renzi und Padoan wiederholen zwar einerseits, dass ihr Land die Defizitgrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einhalten werde und dass man sich nicht vor Reformen drücken werde. Kurz vor dem Treffen der europäischen Finanzminister am kommenden Wochenende in Mailand unter italienischem Vorsitz verlangt Padoan andererseits, dass auch die Europäische Union und die anderen Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten. Aus der Sicht von Padoan sind die jüngsten Beschlüsse der Europäischen Zentralbank noch nicht genug; er fordert den Kauf von Staatstiteln durch die Zentralbank.

Zudem wünschte Padoan in einem am Sonntag veröffentlichten Zeitungsbeitrag große Investitionsprogramme der Europäischen Union sowie die Verpflichtung aller Mitgliedsländer zu einem „Wachstumspakt“ Padoan schreibt, Europa laufe Gefahr, in einem verlorenen Jahrzehnt sein gesamtes Potential an künftigem Wachstum zu reduzieren. Sowohl Padoan als auch die anderen italienischen Politiker sehen dabei Deutschland grundsätzlich in ähnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie Italien, weil in der Diskussion nie die Wirtschaftsdaten der beiden Länder herangezogen werden: Tatsächlich hat sich Deutschland seit 2007 sehr viel besser entwickelt als Italien, die Differenz der realen Wachstumsraten beider Länder macht seit 2007 rund 15 Prozentpunkte aus. Andererseits löst Wachstum in Deutschland immer weniger Impulse in Italien aus: Nach der deutschen Wiedervereinigung lieferte Italien 9 Prozent des gesamten deutschen Imports. Nun beträgt der Marktanteil Italiens wegen der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit wenig mehr als 5 Prozent.

Lagarde : «La France doit passer des paroles aux actes» 105,59



La directrice générale du FMI, Christine Lagarde

Alors que la France ne cesse de réclamer un changement de rythme de la réduction des déficits, la directrice générale du FMI estime que celui-ci est «approprié» et appelle le pays à accélérer les réformes.

«Il n'y a pas d'austérité excessive dans la zone euro». Alors que le couple exécutif Hollande-Valls multiplie les appels à Bruxelles et à Berlin pour assouplir le rythme de réduction des déficits, la réponse reste toujours négative. Ce lundi, c'est au tour de la directrice générale du Fonds monétaire international (FMI), Christine Lagarde, de rappeler à l'ordre la France. Pour elle, le débat entre austérité et croissance n'existe pas. «L'austérité ne représente que 0,3% du PIB. Le rythme de réduction des déficits nous paraît raisonnable, mesuré et doit être respecté», affirme-t-elle ce lundi sur Radio Classique.

Dans une interview aux *Échos*¹, elle démonte un à un les arguments du gouvernement français pour expliquer ses difficultés à réduire ses déficits et relancer sa croissance. «Même si l'inflation est plus faible que prévu, elle ne peut pas être utilisée comme un paravent pour reporter les efforts nécessaires sur la dépense», explique-t-elle ce lundi, rejetant ainsi l'argument avancé par le ministre des Finances, Michel Sapin². Ce dernier avait plaidé la semaine dernière qu'«on ne peut pas avoir les mêmes objectifs (d'économies) avec une inflation qui devient très faible». Le gouvernement français a été contraint cet été de revoir à la baisse ses ambitions en matière de réduction du déficit.³

Autre argument du gouvernement français démonté par le FMI: le niveau élevé de l'euro. «Nous ne pensons pas que l'euro soit surévalué par rapport au dollar, assure Christine Lagarde. Sa valeur est compatible avec la balance des paiements de la zone euro». Depuis l'annonce, jeudi dernier, du président de la Banque centrale européenne, Mario Draghi, de baisser les taux d'intérêt à 0,05%⁴, la monnaie européenne est passée sous les 1,30 dollar. Une bonne nouvelle pour les exportations des entreprises françaises et une annonce que la dirigeante du FMI n'a pas manqué de saluer, tout en rappelant que les régulateurs devront se montrer «attentifs» au flot de liquidités que cette décision va engendrer.

«La BCE fait beaucoup depuis deux ans»

Christine Lagarde, directrice générale du FMI

Christine Lagarde n'a pas manqué de défendre la stratégie de la BCE souvent prise en grippe par François Hollande et Manuel Valls. «La BCE fait beaucoup depuis deux ans, déclare-t-elle. Nous saluons le fait qu'elle soit prête à recourir à des mesures non conventionnelles supplémentaires si cela devenait nécessaire pour faire face au risque d'une période trop prolongée de faible inflation».

Appelant la France à «passer des paroles aux actes», la dirigeante réclame que le pays accélère ses réformes pour réduire ses déficits. «Il faut garder le cap de la réduction des dépenses publiques», affirme l'ancienne ministre de l'Économie. En cela, Christine Lagarde salue la volonté de l'exécutif d'avancer par voie d'ordonnance. «Je m'en réjouis. Tout ce qui est de nature à accélérer la mise en œuvre de vraies réformes de fond va dans la bonne direction», conclut-elle.

Der Mann, den sie Spießer nennen 105,60

Bernd Lucke und seine Partei Alternative für Deutschland schneiden bei Wahlen neuerdings erstaunlich gut ab. Was hat der erfolgreiche, aber umstrittene Parteichef bloß, was andere nicht haben?

Von [Matthias Matussek](#)



Er wirkt jung, ist schätzungsweise 34 Jahre alt, auch wenn das Archiv 52 behauptet. Allerdings hat er bereits fünf Kinder: Bernd Lucke beim Wahlkampf in JenaFoto: dpa

Der Spießer. Vielleicht ist er ja das letzte Exemplar. Und da es hier um Deutschland geht, muss ich handeln. Ich stell den Fuß aufs Trittbrett, um den ICE, Gleis 8, am Verlassen des Frankfurter Hauptbahnhofs zu hindern. Die Schaffnerin will die Kelle hochhalten, ich sage, Moment, da kommt noch einer, und ich hebe die Hand und winke. Da kommt er tatsächlich gelaufen, mit Rucksack und Rollkoffer, leichter Sprint, schlank, lachend, als ob das alles hier ein Spaß sei und nicht der Ernstfall.

Bernd Lucke, Chef der [Alternative für Deutschland](#), da steht das ganz Große doch schon im Parteinamen! Die ALTERNATIVE. Für DEUTSCHLAND. Rumms. Warum ausgerechnet das in der Welt von allen beneidete Deutschland, diese Insel der Sorglosen und Glückseligen, eine Alternative braucht, muss er mir erklären. Wäre nicht erst mal Russland dran oder Syrien?

Bernd Lucke also schafft es, den Zug zum Wahlkampf in Thüringen *nicht* zu verpassen. "Sie sind eher so der Zuspätkommer?", frage ich leicht gönnerhaft, während wir nach einem freien Abteil suchen. "Eigentlich nicht", sagt er, "aber Sie sind wohl der Überpünktliche." Das musste ich mir bisher von niemandem sagen lassen.

Eine fiese Kellerassel aus "Men in Black"?

Nun gut, er wirkt jung, schätzungsweise 34 Jahre alt, auch wenn das Archiv 52 behauptet, allerdings, er hat bereits fünf Kinder, und er gibt in Talkshows meist den rechthaberischen Igitt-Spießer und das Trampolin, auf dem aufgebrauchte Menschen ihre demokratische Gesinnung vorturnen.

Seit der ehemalige Christdemokrat als AfD-Chef die politische Arena betreten hat, wollen ihn immer alle enttarnen. In der letzten Bundestagswahlnacht – die AfD verpasste den Einzug ins Parlament knapp – nannte er das parlamentarische System "entartet". Entartet! Das sind dann so diese Momente, wo dem Kenner klar wird, dass Lucke doch kein Mensch ist, sondern diese fiese Kellerassel aus "Men in Black", die sich eine Menschenhaut nur übergestülpt hat, und plötzlich rutscht da so ein Käfer-Fühler raus.

Entartet. Ertappt. Volker Kauder von der CDU mag schon gar nicht mehr mit Lucke oder irgendeinem von der AfD an einem Talkshow-Tisch sitzen. Was eventuell damit zu tun hat, dass Kauder es gar nicht mag, dass ihm Luckes AfD die Wähler nimmt. Mit einem Programm, das die CDU früher vertreten hat. Familie, Vaterland, Ordnung und Sicherheit. Offenbar gibt es weiterhin eine Nachfrage danach, die nun die AfD stillt. Wie der [Wahlerfolg in Sachsen](#) bewies. Und wie es voraussichtlich in Brandenburg und Thüringen in einer Woche sein wird.

Warten auf den Zusammenbruch des Systems

Es gibt ein paar obskure Nummern in der Partei. Gerade trat der 70-jährige Detlef Spangenberg in Sachsen das Amt als Alterspräsident nicht an, weil er seine rechte Vergangenheit verschwiegen hatte. Krumme Nummern gibt es bei jeder Neugründung, das war bei den Grünen, bei den Piraten nicht anders.

Also die Morgenlage im Abteil. Die Schlagzeilen des Tages: der Ukraine-Konflikt und Draghis erneute [Zinssenkung auf 0,05 Prozent](#), der letzte Schuss der EZB, um die Konjunkturen in der Euro-Zone anzukurbeln. Ich bin ja sehr für Europa, sage ich. Ist es nicht toll, dass Europa mit einer Stimme spricht?

Lucke lächelt. Eine Stimme? Hm. Was die Euro-Zone angeht, wohl kaum. Und die Briten sind nicht dabei, die Dänen nicht. Er spricht über die Risiken eines Schuldenausfalls, dann über einen möglichen Zusammenbruch des Systems. Und was machen wir Sparer denn mit unserem Geld bei diesen Zinsen?

Wo hat er seins? "Aufm Girokonto", sagt er. "Obwohl es da weniger wird. Aber Aktien und Immobilien sind mittlerweile überhört."

Luckes Deutschland sieht düster aus

Draußen fliegt Deutschland an einem Spätsommernmorgen vorbei, Pferdekoppeln, Wälder, sattes schönes Deutschland. Luckes Deutschland sieht dagegen ziemlich düster aus: Die Niedrigzinspolitik führt zum Aderlass aller. "Die Sparer, die Riester-Rentner, die ganzen Pensionsfonds, die Stiftungen, alle verlieren Geld." Und das ist Schuld des Euro?

In Fulda umsteigen, ein endloser Transportzug mit VW-Lieferwagen rattert vorbei wie eine trostreiche Demonstration des deutschen Bruttosozialprodukts. Nun ja, denke ich mir, während der Professor den Autos hinterherschaut, wahrscheinlich sieht er, wie jeder Calvinist, im materiellen Wohlstand den Vorschein göttlicher Gnade. Bernd Lucke ist reformierter Protestant, hat seine Kinder so erzogen, hat früher Kindergottesdienste veranstaltet.

Er wirkt fast zart, der Anschluss-Zug kommt, wir rattern weiter nach Osten, sind wir schon drüben? "Habe ich mich auch gerade gefragt", sagt er. Ich tippe auf ja, ist alles so neu hier. Jetzt kommt Eisenach, Geburtsstadt von Bach. Feiert gerade den 150. Todestag von Lassalle. "Sie wissen, wie er gestorben ist?", fragt er. "Duell, Schusswunde!" – "Ja, aber wohin?" Er guckt kurz auf seinen Schoß. "Echt?" Genau dahin. Und er erzählt die ganze Geschichte mit Helene von Dönniges und vom fiesen Schuss des rumänischen Bojaren, lächelnd, als ob da was Schmutziges weggeschossen worden sei, als sei er dabei gewesen. Und so einer war in der Studienstiftung des deutschen Volkes und Stipendiat in Berkeley!

Uncool und aus der Zeit gefallen

Die Bücher seines Lebens? "Da kommt es natürlich aufs Alter an." Also? "Vom Winde verweht". Als Buch! Und dann? Nein, nicht "Anna Karenina" und die üblichen Verdächtigen, sondern Uwe Johnson und Sigrid Undset, unter den Franzosen Balzac, von Hugo die Gedichte, und er zitiert "Demain de l'aube", in dem Hugo den frühen Tod seiner Lieblingstochter betrauert, und es klingt schön. Derzeit übt er für Brüssel, die Familie zieht um.

Er hat zwei Töchter, drei Söhne, zweimal hat er Erziehungsurlaub genommen, er ist der neue Mann. Der zweitälteste hat sein Abi mit 16 gemacht und an der Uni in Freiburg einen AfD-Kreis gegründet, das ist natürlich für jeden schwäbischgrünen Widerstandskämpfer das fleischgewordene Grauen, was für ein Fell muss der haben.

Bernd Lucke ist uncool, was zunehmend gefährlich ist in Zeiten, in denen halbseidener Popsound die politische Analyse und das Lifestyle-Bekennnis das Argument ersetzt. Was die Gefahr mit sich bringt, auf Blender hereinzufallen. Gefeierte von der Szene wurde der junge adlige Verteidigungsminister wegen der passenden Boots und seiner blonden Hingucker-Frau; gefeiert wurde ganz besonders der junge "Karstadt-Retter" und Kunstsammler Berggruen, und keiner vergaß, die Ärmel-Lederflicken auf den Sakkos zu erwähnen und die Hotels, in denen er nomadisierend lebt.

Und jetzt kommt dieser aus der Zeit gefallene lustfeindliche Wirtschaftsprofessor und rechnet? Dieser Radfahrer, der nichts davon hält, Kinder zu verziehen und vor den Fernseher zu setzen? Wo gibt's das noch, im Ernst?

Im gleichen Boot mir der Linken

Lucke trägt C&A, grau, Konfektionsgröße 48, blaues Hemd. Sport? Nö, er fährt Rad und badet gern im See. Seine Lieblingsgegenden? "Niedersachsen." Jetzt hör auf. Und sonst? "Brandenburg." Nun ist auch mir klar: Er verstellt sich. Wieso Brandenburg? "Die Seen, die Rapsfelder, es gibt nichts Schöneres für Radtouren."

Vielleicht sollte man den ganzen Lucke rahmen, als letzten Spießler, letzten Normalo, als alles, was in einer an Distinktionsgewinnen interessierten hysterischen Mediengesellschaft nicht geht: unauffällig sein. Dabei lacht er ständig. Wir plaudern, und plötzlich hockt ein junger Typ im Hoodie neben uns und möchte ein Selfie mit Lucke. Freier Künstler. Findet Lucke interessant. Der Typ steckt Lucke einen Brief zu, einen Computerausdruck, wäre toll, wenn er das läse.

Das Grauen, ganz plötzlich. Es ist der Brief eines Afghanistan-Soldaten, offenbar schwer traumatisiert, ein Brief an seine Geliebte, er ist auf Montage, er hört Schreie auf der Arbeit, er kann nicht schlafen, "denn schon im Halbschlaf sind Schlangen aus Wind unter meine Bettdecke geschlichen".

Artauds Theater der Grausamkeit hat plötzlich übernommen, Zeilen wie Blitzschläge, die den Komfort-Horizont im ICE aufreißen. Wir sind beide ratlos. Er sei, sagt Lucke leise, für eine reine Verteidigungsarmee, das sollte im Grundgesetz verankert werden. "Aber da sind Sie ja mit der Linken im gleichen Boot", sage ich. "Ist mir doch egal."

Claudia Roth würde den Linken wählen

In Erfurt steigt er aus, um ein Interview zu geben, wir verabreden uns für Jena. Dort treffe ich in einem Hotel auf die Bundestagsfraktion der Grünen, Spitzengespräche, Mittagspause, die Grünen nehmen ernst, was hier passiert, vielleicht sind sie sogar panisch. [Claudia Roth](#) im flotten Jeanskleid am Büfett. "Und", frage ich, "hilft ihr, den Linken [Bodo Ramelow](#) zum Ministerpräsidenten zu machen?" – "Och klar", sagt Claudia Roth, "der ist doch eigentlich ein Sozi, absolut tragbar." Voraussetzung natürlich wäre, dass die Grünen den Wiedereinzug ins Erfurter Parlament schaffen, so sicher ist das nicht.

Politik, ein ständiger Überlebenskampf, und wenn Neue an die Futtertröge drängen, müssen die weggebissen werden. Nichts eignet sich in Deutschland besser dafür als der Extremismus-Vorwurf. Die Grünen kennen das aus ihrer Gründungszeit, die Linke hat damit zu tun gehabt. Und jetzt die AfD.

"Wobei", das findet nun David Simon, der Büroleiter von Katrin Göring-Eckardt, "der Lucke sicher kein Rechtsradikaler ist, eher ein Spießler." Und dieser Pietismus, diese langweilige Leistungsstrenge, "das muss uns hedonistischen Katholiken doch ziemlich fremd sein – wie entsetzlich für die Kinder".

Im Wahlkampf zählt NPD statt Euro

Da hat er mich, Entsagung war noch nie meine Stärke, und hier in Jena war sie es ebenso wenig, die Romantiker-WG der Schlegelbrüder mit Dorothea Vieth, Hölderlin, Novalis, Schleiermacher, was für eine goldene Horde damals um 1800, alle ständig blau, weil man Wein trank statt des verunreinigten Wassers.

Jena 2014 bietet Spätsommerpracht, Eisdielenwetter, Gute-Laune-Wetter. Der AfD-Wahlkampf findet in der Fußgängerzone statt. Ein Feuerwehrauto, das von der AfD zur "Eurowehr" umgetauft wurde, steht da, drinnen die drei kleinen Kinder der Spitzenkandidatin Wiebke Muhsal. Im Feuerwehrauto sitzt Lucke und redigiert sein Interview mit der "Thüringischen Allgemeinen". Wie es war? "Frustrierend", sagt er, "die haben nur nach der NPD gefragt."



Die "AfD-Eurowehr" im WahlkampfeinsatzFoto: Candy Welz

Der Euro interessiert hier im Landtagswahlkampf kaum, hier geht es um Sicherheit, Familie, Schulen, um den ganz gewöhnlichen Alltagskram, um den sich der AfD zufolge die Altparteien kaum noch kümmern.

Plötzlich bin ich ein Nazi

Plötzlich ein Ruf: "Ihr seid doch alle Nazis!" Er kommt von einem Betrunkenen, der, Mettwurstbrötchen kauend, sein Fahrrad am Stand vorbeischiebt. "Wo sind hier Nazis?", frage ich. "Na, Sie sind doch auch einer, das sieht man doch!" "Aber da steht doch AfD, und im Übrigen gehör ich nicht dazu". Plötzlich bin ich Nazi, ausgerechnet hier im goldenen Jena, in bester Laune!

Und dann kommt richtig Stimmung auf, denn die Satire-Partei "Die Partei" betritt die Szene. Junge Männer, schwarze Anzüge, schmale rote Krawatten, Megafon, sie fordern: "Keine Ausländer ins Europa-Parlament" oder "Ostdeutsch als Amtssprache".



"Die Partei" versucht Bernd Luckes Wahlkampf in Jena zu störenFoto: Matthias Matussek

Sie tauschen mit Lucke Anzugjacken und Krawatten, so schnell geht das, was für ein Kostümwechsel, sie lassen sich die Fahne mit AfD-Stickern überkleben und dürfen dafür den Bus entern, und dann stehen sie oben, und Nina von der "Partei" singt: "Die Partei, die Partei, die hat immer recht", und es stellt sich heraus, dass sie mit Luckes Sohn Friedrich in einer Klassenstufe war.

Und Bernd Lucke schaut lachend nach oben und befreit auf dieses Dada-Theater, und er sieht plötzlich leicht und fast entrückt aus. Denn auch das ist Wahlkampf. Eine große, großmäulige Show, die bisweilen ans Absurde grenzt.

ECB's Draghi Takes a Gamble on QE-lite 105,64

Bond-Buying Might Ease Pressure on Countries That Need to Reform

It was a watershed moment. All year, the European Central Bank has faced growing pressure -- from governments, markets, the mainstream economics establishment, the International Monetary Fund -- to embark on a large-scale government bond-buying program. And all year, the ECB had resisted, arguing repeatedly that quantitative easing would yield little benefit in the eurozone's bank-centric, structurally challenged economy and warning of the political and moral hazard that would arise as a result of exposing the ECB balance sheet directly to sovereign credit risk.

Yet last week, Mario Draghi threw those concerns aside, pushing through a decision by the bank's governing council to cut interest rates and to embark on a program of large-scale bond purchases.

Although the ECB will buy only asset-backed securities and covered bonds for now, the market understood that a taboo had been broken. Mr. Draghi's statement that the ECB's aim was to restore its balance sheet to its size in early 2012, signaling a possible 1 trillion euro (\$1.29 trillion) expansion, showed that the bank has shifted its focus to money-printing. The euro tumbled, bond yields fell and stocks rallied on the news.

What sparked this change of heart? Policy makers point to a string of weak data from across the eurozone in August, including stalled growth and falling inflation. Although the ECB's own forecasts showed only minor adjustments to its 2015 and 2016 growth estimates, and no change to its inflation forecast, policy makers were unnerved by market indicators suggesting inflation expectations were falling both in the short and medium term. They feared that, once lost, confidence in the ECB's ability to hit its inflation target could be hard to regain, and that fears over deflation could become self-fulfilling.

Even so, Mr. Draghi only appears to have made his mind up late in the day. In his speech at last month's annual central bankers' gathering in Jackson Hole, Wyoming, the crucial paragraphs paving the way for last week's action were initially dropped and then reinserted into the text after it was released, suggesting a degree of hesitation. But the speed at which Mr. Draghi followed up on his dovish words caught members of the governing council by surprise. The Bundesbank only received the background papers for the proposed new asset purchase program on Wednesday, causing its president, Jens Weidmann, to interrupt his family holiday.

The Bundesbank believed the rush was unnecessary, according to people familiar with its thinking. In common with some other members of the ECB's governing council, Mr. Weidmann wanted more time to assess the impact of policies announced in June -- some of which, including new ultracheap long-term loans for banks, have yet to be implemented. It also argued that linking the bond-buying program explicitly to the size of the ECB's balance sheet was a major policy shift that should be based on deeper analysis and discussion. After all, the ECB itself used to point out that there is nothing in economic theory to suggest that the size of a central bank's balance sheet is correlated to growth. By agreeing this new policy target, the ECB was paving the way for government bond purchases, given a shortage of suitable private sector assets.

Mr. Draghi's decision to override Bundesbank opposition, relying on what he called "a comfortable majority," was significant. It signals that Mr. Draghi has abandoned his quest to move forward by consensus, perhaps calculating that a consensus behind quantitative easing was unlikely ever to be possible. It signals that there is

now a clear path to government bond purchases if the economy and inflation don't recover. And it shows he won't allow German opposition to stand in his way.

The result is that the eurozone is now in uncharted territory. If the conventional wisdom is right, Mr. Draghi's capitulation should mark the moment the eurozone starts to recover. His latest implicit promise to do "whatever it takes" has already caused the euro to fall below \$1.30, a 6.5% fall since May, and while ECB policy makers won't discuss it publicly, there is no doubt that they see a further weakening of the euro as one of the key transmission mechanisms by which bond-buying will boost inflation and growth.

They are also betting the combination of QE, negative interest rates and cheap loans to banks pushes up the prices of real assets, encouraging home-buying and construction and so fueling domestic demand, the so-called portfolio-rebalancing effect.

But if the skeptics are right, then quantitative easing may deliver little economic benefit while deepening the political rift in the eurozone. Mr. Draghi himself continues to warn that monetary policy alone can do little to boost demand for loans unless countries undertake reforms to remove structural impediments to investment. Recent research from Goldman Sachs shows that much of the divergence of fortunes between Spain, where growth is accelerating, and Italy, which has slid back into recession, can be explained by Italy's failure to reform its labor and product markets.

The risk is that with government bond yields already driven to record lows, the pressure on countries like France and Italy that have ducked serious reform for five years will now be reduced further.

If Mr. Draghi's QE-lite can't pull the eurozone out of its slump, the ECB will soon be buying government bonds in the teeth of certain opposition from the Bundesbank and Berlin, including legal challenges. To add to the atmosphere of mistrust, Mr. Draghi used his Jackson Hole speech to encourage governments to take on more debt with his call for flexibility in the interpretation of eurozone fiscal rules and for governments to take account of aggregate fiscal conditions in the eurozone when setting national budgets. That is stoking fears that the ECB will end up buying large quantities of the bonds of governments whose credit quality is deteriorating.

Mr. Draghi may argue he is only acting in line with his mandate, having been put in an invidious position by political failures elsewhere. But he has set the eurozone on a course from which a very different kind of currency union to that envisaged in the European treaties may emerge.



ÉDITORIAL

Une légitimité en lambeaux 105,66

La rentrée 2012 avait été cafouilleuse : quatre mois après son élection, François Hollande avait tardé à prendre la mesure de sa fonction et son gouvernement avait été taxé d'amateurisme. La rentrée 2013 avait été foireuse : « ras-le-bol fiscal », violente empoignade entre ministres à propos des Roms, affaire Leonarda...

La rentrée 2014 est, dès à présent, désastreuse. Brusque changement de gouvernement après le réquisitoire du ministre de l'économie lui-même contre le cap fixé par le chef de l'Etat; brûlot de l'ancienne ministre écologiste, Cécile Duflot, contre les promesses envolées du candidat Hollande; pitoyable étalage sur la place publique de la vie privée du président par son ancienne compagne; démission d'un jeune secrétaire d'Etat fraîchement nommé pour cause de désinvolture fiscale.

En dix jours, la descente aux enfers paraît sans fin et sans fond, scandée par des records absolus d'impopularité du chef de l'Etat sous la Ve République. Plus que jamais, le roi est nu.

De fait, François Hollande affronte **une** triple crise. Crise de résultat, d'abord. L'économie française est quasiment à l'arrêt depuis deux ans, le cancer du chômage ronge, chaque mois un peu plus, la confiance des Français, le déficit public reste incompressible et la dette s'envole.

Crise morale, ensuite. Le, qui entendait établir **une** frontière étanche entre vie publique et vie privée pour mieux rétablir la dignité de la fonction, se trouve - par sa faute - plongé dans des feuilletons indécents. Et, dix-huit mois après le scandale Cahuzac, un autre ministre donneur de leçons au moment de cette affaire, est contraint au départ pour des raisons similaires. « *président normal* »

Crise politique, enfin. Après deux déroutés électorales, aux municipales de mars et aux européennes de mai, la majorité présidentielle, et **en** particulier son socle socialiste, est ébranlée, déstabilisée et minée par les doutes et les divisions.

Bref, l'impuissance du pouvoir exécutif est patente, l'affaissement de l'image présidentielle terrible et le délitement du pouvoir inquiétant. Au point que la question s'impose : combien de temps **une** telle situation est-elle tenable, comment le chef de l'Etat peut-il tenir?

Certes, François Hollande peut remercier le général de Gaulle. Comme tous ses prédécesseurs, les institutions léguées par le fondateur de la Ve République le protègent contre les secousses les plus violentes. Conçues pour être un bouclier anticrise, elles ont démontré, à maintes reprises, leur efficacité : depuis la forteresse de l'Elysée, le président dispose, **en** principe, des moyens d'agir pour la durée de son mandat; la Constitution lui donne également des armes efficaces pour discipliner **une** majorité réticente ou incertaine.

De même, le chef de l'Etat peut toujours se rassurer **en** songeant qu'un Bill Clinton, aux Etats-Unis, connu, lui aussi, dans les années 1990, déroutés électorales et descente aux enfers personnelle, avant de terminer son second mandat ovationné, grâce à ses résultats économiques.

Pour l'heure, un tel rétablissement est impensable pour le président de la République. Sa **légitimité** formelle est protégée par la Constitution. Mais sa **légitimité** personnelle est **en lambeaux**, sa **légitimité** politique **en** ruine et la confiance du pays proche de zéro. Durer et endurer ne suffira pas à sauver son mandat d'**une** fin cruelle, d'**une** manière ou d'**une** autre.

Unprecedented in France: Front National's Le Pen tops presidential poll for first time 105,67

Polls out in the past few days in France have shown far-right Front National leader Marine Le Pen topping a presidential poll for the first time. This matters as supporters of main parties may no longer be doubling up to push out Front National. Meanwhile, President Hollande's popularity has hit an unprecedented low.

- [Alberto Nardelli](#)

- [theguardian.com](#), Monday 8 September 2014 12.14 BST

- [Jump to comments \(2\)](#)



French President Francois Hollande delivers a speech in the rain on the Ile de Sein on August 25, 2014. Photograph: PHILIPPE WOJAZER/REUTERS

An Ifop poll released by *Le Figaro* on Friday placed far-right Front National (FN) leader Marine Le Pen ahead of President François Hollande in a hypothetical second round runoff. It is the first time the FN tops a presidential poll against one of France's two main parties, the Socialist Party (PS) and the centre-right Union for a Popular Movement (UMP).

This poll comes off the back of May's European Parliament elections where the FN, for the first time ever in a nationwide vote, emerged as the largest party with 25%.

The Le Pen poll matters

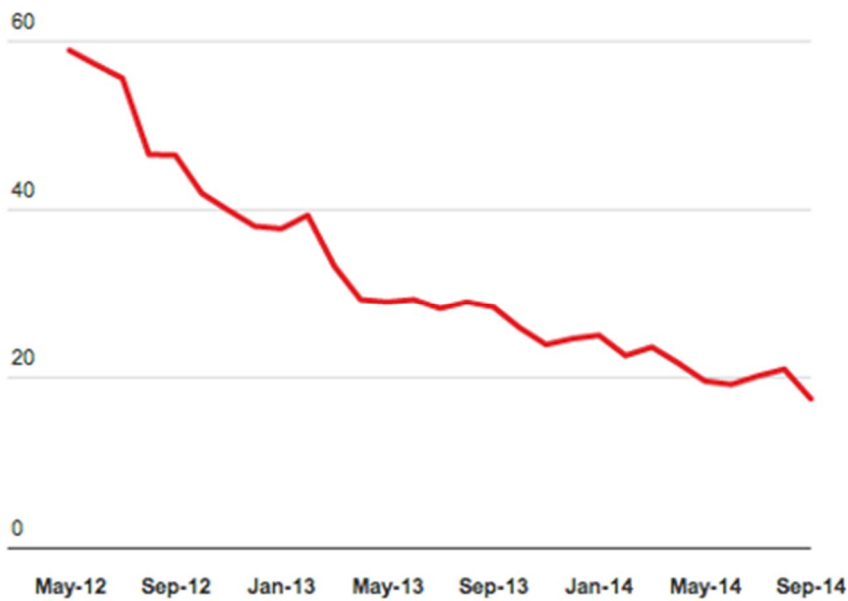
France isn't of course due a presidential election until 2017, and if a vote took place today, despite the UMP's judicial challenges and apparent inability in finding a new leader, Hollande would unlikely reach a second round.

This important caveat to one side, the Le Pen poll is significant. There has long been an unwritten rule in French politics: the supporters of the two main parties have historically coalesced against FN candidates in second round votes. The clearest example in 1992's presidential election when Jacques Chirac defeated Jean-Marie Le Pen 82-18%.

Poll after poll this tacit agreement appears to be coming less. This matters. While as things stand a Le Pen presidency is unthinkable, the FN is making breakthroughs that few would have predicted. In local elections held earlier this year, the party achieved its best result ever - despite running in a fraction of the 36,680 municipalities, the FN won more than 1,500 councillors and 12 cities, reached a record 229 second round runoffs (from less than 600 lists presented). Le Pen's party also made significant inroads into many larger cities, winning about 30% of the vote in Marseille.

In parallel to the FN's growing support, the popularity of President Hollande has reached a new record low. Less than 20% of voters now approve of the president.

President François Hollande - approval rating, %

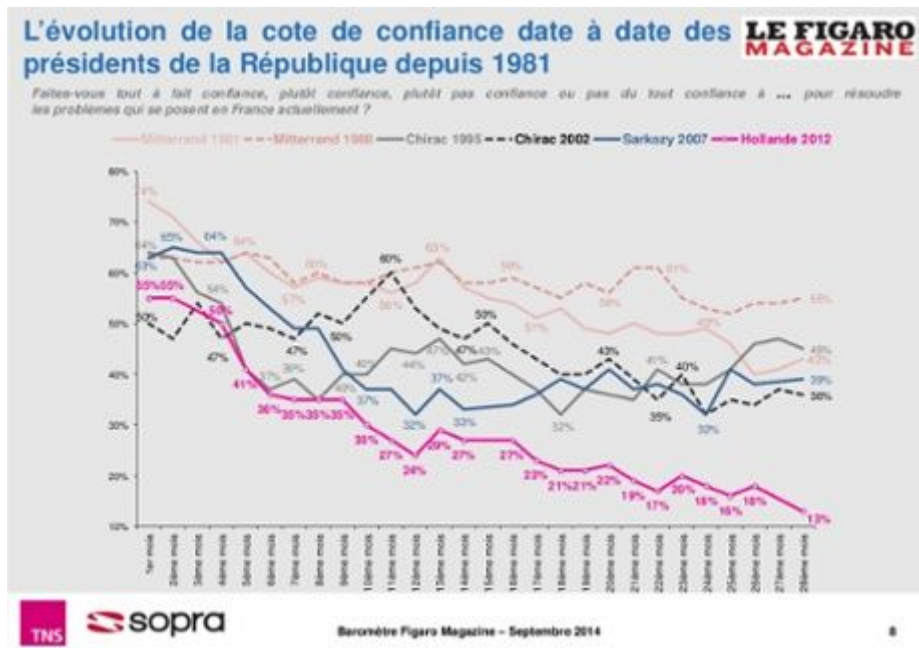


SOURCE: CSA, IPSOS, IFOP, TNS, BVA, OPINIONWAY
[GET THE DATA](#) [EMBED](#) [FULLSCREEN](#)

theguardian

Since taking office in May 2012, President Hollande's popularity has collapsed.

The president has been unable to get economic growth up and unemployment down, a pledge on which he bet his presidency. According to TNS polls, Hollande is the most unpopular president of the Fifth Republic.



Hollande is the most unpopular French president ever. Image: TNS Photograph: TNS Sofres

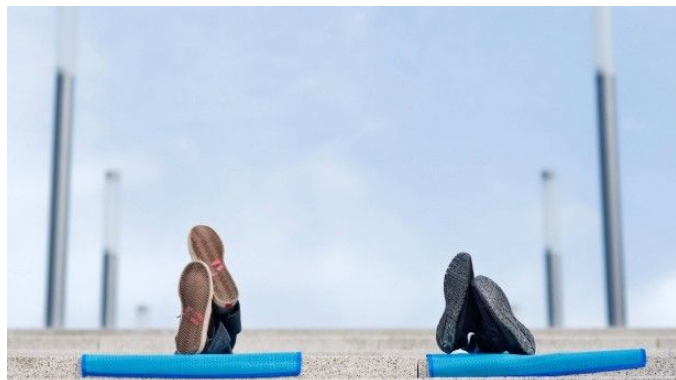
Even more worryingly for the Hollande camp is the loss of support among socialist voters. According to recent polls, nearly one-in-two no longer approve of the president. Figures released by the *Journal du Dimanche* on Sunday found that [85% of French voters don't think Hollande should seek a second term](#) - Georges Pompidou (who died in office) aside, this is unprecedented.

Der Mythos vom hart arbeitenden Deutschen 105,70

Eine Untersuchung der EU scheint das alte Vorurteil zu bestätigen: Die Deutschen leisten die meisten Überstunden. Doch viele

Feiertage und langer Urlaub gleichen manches wieder aus.

09.09.2014, von **HENDRIK KAFSACK** UND **DIETRICH CREUTZBURG**



© DPA  Pause

Der hart arbeitende Deutsche ist einer der Gründungsmythen der Bundesrepublik. Und die Statistik scheint es auf den ersten Blick zu bestätigen: **In keinem Land der EU außer Großbritannien werden mehr Überstunden „geschoben“ als hierzulande.** Das meldet die EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Dublin. Einschlägige Interessenvertreter, etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), griffen diese Meldung zu Wochenbeginn denn auch dankbar auf, um die Forderung nach einem Anti-Stress-Gesetz zum Schutz deutscher Arbeitnehmer zu untermauern.



Autor: Hendrik Kafsack, Jahrgang 1972, Wirtschaftskorrespondent in Brüssel. Folgen: Wirtschaftskorrespondent in Berlin. Folgen:



Autor: Dietrich Creutzburg, Jahrgang 1969.

Tatsächlich allerdings sagt die Zahl gemessener Überstunden nicht allzu viel darüber aus, wie viel und hart Menschen wirklich arbeiten. Denn ebenso richtig ist, dass kaum ein Arbeitnehmer in Europa so viele Urlaubs- und Feiertage hat wie die Deutschen. Aufs Jahr betrachtet, arbeiten nur Franzosen und Dänen weniger. Auch das zeigen die Daten.

Deutsche arbeiten nicht sehr lange

In der Tat sind die Wochenarbeitszeiten der Deutschen im Vergleich recht hoch. Sie kamen den durch Umfragen ermittelten Erkenntnissen zufolge 2013 auf durchschnittlich 40,4 Stunden je Woche. Das waren knapp drei Stunden mehr als der Durchschnitt der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeiten; dieser lag bei 37,7 Stunden. Ähnlich hoch sind die Abweichungen nur in Großbritannien (40,8 zu 37,7 Stunden), den Niederlanden (39,8 zu 37,5) und Zypern (40 zu 38).

Auf der anderen Seite haben deutsche Arbeitnehmer besonders viele freie Tage. Die Stiftung beziffert die tariflichen Jahresarbeiten hierzulande mit durchschnittlich 1659 Stunden; das sind gut 30 Stunden weniger als der EU-Durchschnitt. Am meisten arbeiten Osteuropäer: In Estland, Ungarn, Rumänien und Polen liegt die Jahresarbeitszeit bei 1840 Stunden. Sie arbeiten also jedes Jahr fast 180 Stunden oder etwa viereinhalb Wochen länger als die Deutschen. Auch die Griechen arbeiten mit 1808 Stunden den Daten zufolge sehr viel. Dänen hingegen arbeiten mit 1635 Stunden etwas weniger und Franzosen mit 1566 Stunden deutlich weniger.

Hauptgrund sind die Urlaubs- und Feiertage. Während französische und deutsche Arbeitnehmer 40 Tage und dänische 39 Tage im Jahr frei haben, müssen sich etwa Belgier mit nur 29 Tagen begnügen. Auch mit Überstunden verschiebt sich das Gesamtbild nur leicht. So leisten Italiener und Finnen zwar kaum Überstunden und dürften zwar wie die Schweden aufs Jahr gerechnet weniger arbeiten als die Deutschen. Ansonsten aber ändert sich die Rangfolge kaum, übermäßig lange arbeiten die Deutschen nicht.

Die Gewerkschaften führen die reine Arbeitszeit nicht als einziges Argument für ihre Gesetzesforderungen an. Aus gutem Grund: Die Bundesagentur für Arbeit hat gerade dargelegt, dass die Zahl der Überstunden hierzulande eher sinkt. Gewerkschafter verweisen auch auf eine Arbeitsverdichtung, die durch Internet und Smartphones zugenommen habe. Die Bundesregierung hat die Rufe nach gesetzlichen Regulierungen indes vorerst abgewehrt, sie will das gesamte Thema zunächst näher erforschen lassen.

Quelle: F.A.Z.

Les musulmans de France prennent la défense des chrétiens d'Orient 105,71

Publiée 08/09/2014 à 22:00



Dans un appel solennel, le Conseil français du culte musulman dénonce la « barbarie » des djihadistes.

C'est une première: les musulmans de France prennent officiellement la défense des chrétiens d'Orient. Toutes les fédérations musulmanes avaient déjà plus ou moins condamné cet été la chasse systématique aux chrétiens d'Irak organisée au nom de l'islam par le califat autoproclamé mais jamais encore une prise de position commune n'a été aussi clairement formulée.

Il s'agit de «l'Appel de Paris» dont *Le Figaro* a pu se procurer le texte (*lire ci-dessous*). Il sera solennellement proclamé, mardi matin, à la grande mosquée de Paris, par le recteur et [président du Conseil français du culte musulman \(CFCM\)](#), Dalil Boubakeur, Patrick Karam, président de la coordination «Chrétiens d'Orient en danger», et plusieurs autres signataires. Dont Abderrahmane Dahmane, président du Conseil des démocrates musulmans de France, et deux vice-présidents du CFCM: Anouar Kbibech, président du Rassemblement des musulmans de France (RMF) représentant une partie des mosquées marocaines, et Ahmet Ogras, président de la Coordination des musulmans turcs de France (CCMTF).

Est posé sans ambiguïté le «soutien aux frères chrétiens d'Orient, pour la plupart arabes» de la part des musulmans qui rappellent le «droit inaliénable» des chrétiens à «rester et à vivre sur leur terre» dans «la liberté» de «pratiquer leur foi»

Manque l'Union des organisations islamiques de France (UOIF). Injoignable à ce sujet, elle boude effectivement le CFCM, mais elle avait condamné l'État islamique par un communiqué sans ambiguïté le 25 juillet intitulé «Déportation de chrétiens en Irak».

Cet «Appel» sera certes considéré comme une invocation de plus et sera méprisé par les djihadistes confirmés ou apprentis, mais les mots qu'il contient sont clairs: «barbares», «crime contre l'humanité», «actes terroristes», «agissements d'un autre âge», «menées subversives qui ciblent les jeunes musulmans d'Europe».

De même est posé sans ambiguïté le «soutien aux frères chrétiens d'Orient, pour la plupart arabes» de la part des musulmans qui rappellent le «droit inaliénable» des chrétiens à «rester et à vivre sur leur terre» dans «la liberté» de «pratiquer leur foi».

Les organisateurs entendent également lancer une grande conférence internationale sur ce thème à Paris d'ici à la fin de l'année et demandent que la prière du vendredi 12 septembre, dans toutes les mosquées de France et d'Europe soit dédiée [«à la mémoire de nos frères chrétiens d'Orient victimes de l'intolérance et de la barbarie»](#).

«Je vois déjà les moues cyniques devant la soi-disant impuissance de ce genre d'appel, mais nous sommes ici dans une guerre culturelle : à la force des armes, nous opposons la force spirituelle et la force de l'esprit»

Dalil Boubakeur, recteur de la grande mosquée de Paris et président du Conseil français du culte musulman

C'est un «cri d'urgence» confié au *Figaro*, Dalil Boubakeur contre «une violence absolument intolérable et incompatible avec l'islam» formellement «condamnée par l'Arabie saoudite et [par la Ligue arabe](#)». Celui qui est à l'initiative de cette action anticipe les critiques: «Je vois déjà les moues cyniques devant la soi-disant impuissance de ce genre d'appel, mais nous sommes ici dans une guerre culturelle: à la force des armes, nous opposons la force spirituelle et la force de l'esprit.» L'enjeu, pour lui, concerne aussi la France: «Je suis extrêmement inquiet de voir la montée de la rancœur contre l'islam, visant les musulmans du silence, ceux que l'on entend jamais. Alors que ce sont les musulmans radicaux qui sont en cause», tonne Dalil Boubakeur. Patrice Karam résume d'un trait cet enjeu: «Les chrétiens d'Orient défendent paradoxalement la présence des musulmans en France. L'avenir n'est pas que les chrétiens d'Orient soient en France et les musulmans en Orient.»

L'Appel de Paris

«Les signataires de l'Appel de Paris se sont retrouvés en ce moment particulier de l'histoire de l'humanité où le monde assiste à une flambée inégalée d'extrémisme et de violence au Moyen-Orient instrumentalisant l'islam comme étendard.

Des barbares sont en train de perpétrer les pires crimes contre l'humanité et menacent actuellement les populations mais aussi la stabilité et la paix entre les peuples de toute la région.

Les signataires dénoncent sans ambiguïté les actes terroristes qui constituent des crimes contre l'humanité et déclarent solennellement que ces groupes, leurs soutiens et leurs recrues ne peuvent se prévaloir de l'islam. Ces agissements d'un autre âge, tout comme les appels inconsidérés au djihad et les campagnes d'endoctrinement des jeunes ne sont fidèles ni aux enseignements ni aux valeurs de l'islam.

Les signataires prennent à témoin la communauté musulmane pour demander à tous les responsables politiques de redoubler de vigilance face aux menées subversives qui ciblent les jeunes musulmans d'Europe, particulièrement les plus fragiles d'entre eux.

Les signataires tiennent à réaffirmer leur soutien aux frères chrétiens d'Orient, pour la plupart arabes, ainsi que pour toutes les autres minorités de la région, qui sont victimes actuellement d'une grave campagne destructrice menée par ces groupes terroristes menaçant leur existence même.

Ils affirment sans ambiguïté le droit inaliénable de leurs frères chrétiens d'Orient, une des plus anciennes composantes de cette région, à rester et à vivre sur leur terre dans la dignité et la sécurité et pratiquer leur foi en toute liberté, comme cela a toujours été. Cette Terre Sainte, berceau de civilisation, où les trois religions monothéistes ont coexisté depuis des siècles. Il y va de l'avenir de la région.

Comment imaginer un Moyen-Orient amputé d'une partie de son identité qui a contribué à son épanouissement civilisationnel? C'est pourquoi les signataires appellent à la prise de conscience du drame vécu actuellement par les chrétiens en Orient.»

Libye : Paris redoute un scénario «à la malienne» et appelle à l'action 105,73

Par Isabelle Lasserre

Mis à jour le 08/09/2014 à 23:10



Si l'objectif de la France en intervenant en Libye était la chute de Kadhafi et qu'il a été tenu, de nombreuses milices à l'origine de la révolution refusent aujourd'hui de rendre les armes et sèment le chaos dans le pays.

Un «scénario à la malienne» pour la Libye. En septembre 2012, les autorités françaises avaient arpenté les capitales européennes pour convaincre leurs partenaires de la nécessité de frapper les [islamistes](#) qui menaçaient Bamako et toute la région. Depuis la rentrée, elles ont entamé un «énorme travail de mobilisation» pour entraîner alliés occidentaux et puissances voisines dans une intervention en [Libye](#). «Aujourd'hui, c'est ma plus grande préoccupation», a récemment dit François Hollande. Pendant la conférence des ambassadeurs, il a exhorté l'ONU à agir vite pour éviter [l'effondrement complet de la Libye](#). Et comme il l'avait fait il y a deux ans, il compte évoquer le sujet à l'Assemblée générale des Nations unies à New York.

Trois ans après l'opération franco-britannique «Harmattan», qui a conduit à la chute de [Kadhafi](#), le pays est en effet au bord de l'implosion, déchiqueté par des conflits religieux, tribaux et régionaux. Au Nord, de violents combats opposent depuis le début de l'été les forces gouvernementales alliées aux partisans du général pro-américain Khalifa Haftar aux milices islamistes, qui ont pris le contrôle de [Tripoli](#) et forcé le gouvernement à s'exiler à Tobrouk, à l'est.

Un pays en voie de fragmentation

Deux gouvernements, deux Assemblées et le sud du pays transformé en nouveau sanctuaire pour les [djihadistes](#) chassés du [Mali](#) par l'opération «Serval». Dans cette zone grise échappant à tout contrôle de l'État, où circuleraient selon les services de renseignement de Londres davantage d'armes que n'en compte l'arsenal britannique, dont des missiles sol-air, l'Algérien Mokhtar Belmokhtar et de nombreux terroristes islamistes auraient aussi trouvé refuge.

Le processus de «somalisation», c'est-à-dire la fragmentation du pays, irradie d'ores et déjà au-delà des frontières nationales. Il menace aussi le continent européen, dont la Libye, au bord de la Méditerranée, est l'une des portes. À moins d'accepter de remettre en cause les succès militaires de l'opération «Serval» au Mali, de fermer les yeux sur les risques d'attaques contre les intérêts occidentaux dans la région, la France ne peut pas ignorer le chaos libyen, auquel elle a involontairement contribué par son intervention aérienne en 2011. «Nous avons cru à tort que des élections seraient suffisantes pour stabiliser la situation. Comme nous ne sommes pas intervenus au sol, nous avons surarmé les groupes», reconnaît aujourd'hui un haut responsable français. De nombreuses milices à l'origine de la révolution ont refusé de rendre les armes. «L'objectif était la chute de Kadhafi et il a été tenu. Mais il aurait fallu reconstruire l'État, rebâtir les outils régaliens, comme la police et la justice», explique Étienne de Durand, directeur du centre des études de sécurité de l'Ifri. En bref, «penser le jour d'après» résume Camille Grand, le directeur de la Fondation pour la recherche stratégique (FRS).

Depuis plusieurs mois, la presse algérienne se fait l'écho d'opérations qui seraient menées au sud de la Libye contre [Aqmi](#) (al-Qaida au Maghreb islamique) par des forces spéciales américaines, françaises et algériennes. Qu'elles soient ou non avérées, ces actions ponctuelles n'ont en tout cas pas eu d'impact décisif sur le terrain, où la situation se dégrade chaque semaine davantage. Au point que la France est convaincue de la nécessité d'agir. Jusque-là, les autorités libyennes avaient refusé toute ingérence étrangère. Mais depuis qu'elles ont été chassées de la capitale par les islamistes le mois dernier, le Parlement a publiquement demandé une intervention occidentale.

«Il faut une coalition»

Le brusque effondrement de l'État comme la perspective de voir se créer un califat en Libye inquiète aussi les pays voisins. «Ils considèrent que le risque terroriste est plus important qu'il ne l'était du temps de Kadhafi et que la France en porte en partie la responsabilité», explique une source au ministère de la Défense. Le président tunisien, [Moncef Marzouki](#), et son homologue tchadien, [Idriss Déby](#), auraient «appelé la France au secours». Le sujet a aussi été abordé avec l'Algérie et l'Égypte.

Étendre la lutte antiterroriste à l'ensemble des pays de la région: c'était l'un des objectifs du redéploiement militaire français dans le Sahel et de la création du dispositif «[Barkhane](#)», basé au Tchad et qui pourrait servir de base pour intervenir en Libye. Mais si le diagnostic est identique à celui qui avait été fait au Mali, pas question cette fois d'intervenir seuls. «La situation est trop compliquée. Pour affronter en même temps les fronts nord et sud, [il faut une coalition internationale. Il faut aussi inclure les voisins dans le règlement du problème](#)», poursuit la source du ministère de la Défense. Car si le chaos libyen est une bombe à retardement pour l'Occident, il est une question de sécurité nationale pour les pays voisins.

Et pourtant, le projet d'une intervention politique et militaire de grande envergure, qui détruirait les sanctuaires terroristes tout en facilitant le retour de l'État et des institutions, peine à mobiliser les alliés européens et américains. Un responsable français le déplore: «C'est l'un des problèmes les plus graves que nous ayons à affronter aujourd'hui, mais tout le monde regarde ailleurs.»

Schäuble: Die Schwarze Null ist kein Selbstzweck 105,75

Zum ersten Mal seit 1969 will der Bund ohne neue Kredite auskommen. Es gehe darum, Vertrauen in Deutschland zu erhalten, sagt der Finanzminister. Die Grünen sehen das anders.

09.09.2014

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble pocht angesichts der zahlreichen internationalen Krisen auf die Fortsetzung seines politischen Kurses. Gerade jetzt müsse man stabilitätsorientiert „entschlossen und unaufgeregt“ weiter vorgehen, sagte er zu Beginn der Haushaltsberatungen im Bundestag. „Alles andere würde zu einer neuen Vertrauenskrise führen“, fügte der CDU-Politiker hinzu: „Das wäre das Letzte, was wir in Europa in der jetzigen Lage gebrauchen könnten.“ Schäuble verwies auf den Krieg in Syrien, die Krisen in der Ukraine und Irak sowie die Ebola-Seuche in Afrika.

Das alles wirke sich auch auf Deutschland aus. Die Konjunktur sei zwar insgesamt robust. Auch gebe es keinen Grund, „in voreiligen Defätismus“ zu verfallen. Das wirtschaftliche Umfeld habe sich allerdings eingetrübt. Daher sei es wichtig, dass die Bundesregierung Kurs halte und ihre Versprechen einlöse. Künftig sollten Bundeshaushalte ohne neue Kredite Normalität werden. Die „Schwarze Null ist kein Selbstzweck“, sagte der Minister. Es gehe darum, Vertrauen in den Standort Deutschland zu erhalten.

Der Bund will im kommenden Jahr 2015 erstmals seit dem Jahr 1969 ohne neue Kredite auskommen. Ausgaben und Einnahmen sollen jeweils 299,5 Milliarden Euro betragen und sich die Waage halten.

Kritik von den Grünen

Schon vor der aktuellen Bundestags-Sitzung kritisierten Politiker der Oppositionsparteien das. Die Grünen zum Beispiel warfen der schwarz-roten Koalition vor, eine mut- und ideenlose Haushaltspolitik zulasten künftiger Generationen zu betreiben. Schäuble vergesse wichtige Investitionen, sagte Grünen-Haushaltspolitiker Sven-Christian Kindler. Vordergründig würden zwar keine neuen Schulden aufgenommen: „Aber die versteckte Verschuldung, die durch den Verfall der Infrastruktur aufläuft, steigt weiter.“

Angesichts eines „gewaltigen Investitionsstaus“ im Bereich der Infrastruktur lebe der deutsche Staat von seiner Substanz, sagte Kindler weiter: „Die ehrliche Bilanz im Haushalt ist negativ.“ Mit einer derart kurzfristigen Geschäftspolitik, die Vermögen abbaue, Anlagen verschleiß lassen und Investitionen bremse, könnte kein Unternehmen überleben.

Ein ausgeglichener Haushalt ist nach den Worten Kindlers nicht per se generationengerecht: „Ohne Investitionen in die Zukunft bleibt die Generationengerechtigkeit auf der Strecke.“

In seiner Rede zum Haushalt für das kommende Jahr warnte Schäuble auch schon einmal davor, in der angestrebten Neuordnung der Finanzbeziehungen mit den Ländern den Bund einseitig zu belasten. „Nur auf Mittel des Bundes zu schießen, greift zu kurz.“ Die Länder sollten sich ernsthaft an entsprechenden Überlegungen beteiligen.

Insgesamt sei der Spielraum für die ab dem Jahr 2019 geplante Neuordnung begrenzt. Die Finanzlage des Bundes sei schlechter als die der Länder und Kommunen insgesamt. Schäuble sprach sich gegen bloße Finanzverschiebungen aus. Nötig seien klare Verantwortlichkeiten.

EZB hat ihre Instrumente ausgereizt

Den jüngsten Beschluss der Europäischen Zentralbank (EZB), die Zinsen nochmals zu senken und außerdem ein Kredit-Kaufprogramm zu starten, kommentierte der Finanzminister mit den Worten: „Die EZB tut, was sie kann.“ Allerdings hat die Notenbank ihr Instrumentarium aus seiner Sicht im Wesentlichen ausgereizt. „Die entscheidende Frage ist, warum gelingt es nicht stärker, diese reichlich vorhandene Liquidität in die unternehmerischen Investitionen zu leiten?“

Die Kreditklemme in einigen Euro-Ländern lasse sich durch mehr Liquidität nicht beseitigen. Wichtig seien vielmehr Strukturreformen, um nachhaltiges Wachstum zu erzeugen. Dazu wolle er mit seinem französischen Kollegen Michel Sapin Ende der Woche Vorschläge vorlegen, wie man bessere Rahmenbedingungen für Investitionen schaffe, sagte Schäuble.

L'éducation progresse en France, sans préserver du chômage 105,76

Le Point - Publié le 09/09/2014 à 11:37

Près de 40 % des 25-34 ans sont désormais diplômés du supérieur contre 25 % chez les 55-64 ans et dans de nombreux pays.



La crise économique de 2008 "n'a pas ralenti ce processus d'expansion" et dans les pays

émergents, "les taux de scolarisation - qui étaient relativement faibles - augmentent à un rythme plus soutenu que dans les pays industrialisés". © BORIS HORVAT / AFP

SOURCE AFP

L'accès à l'éducation progresse en France malgré la crise économique, mais le chômage augmente chez les diplômés et frappe le plus durement les jeunes peu instruits, faisant planer une menace sur "la cohésion sociale", selon un rapport de l'OCDE dévoilé mardi. Près de 40 % des 25-34 ans sont désormais diplômés du supérieur contre 25 % chez les 55-64 ans et dans de nombreux pays, l'écart est supérieur à 20 points, souligne le rapport *Regards sur l'éducation 2014* de l'Organisation de coopération et de développement économiques.

La crise économique de 2008 "n'a pas ralenti ce processus d'expansion" et dans les pays émergents, "les taux de scolarisation - qui étaient relativement faibles - augmentent à un rythme plus soutenu que dans les pays industrialisés", relève Angel Gurría, secrétaire général de l'OCDE, cité dans un communiqué. Cependant, l'accroissement du niveau de compétence de la population n'est pas toujours un rempart contre le chômage qui touche les diplômés du supérieur, "en particulier les jeunes". Et de nombreux gouvernements "s'inquiètent de la hausse du chômage parmi les individus plus instruits".

Écarts de salaires

Dans les pays de l'OCDE, le taux de chômage des diplômés du supérieur s'établissait, en moyenne, à 5 % en 2012 (contre 3,3 % en 2008), mais à 7,4 % chez les 25-34 ans (contre 4,6 % en 2008). Par comparaison, le taux de chômage des personnes âgées de 25 à 34 ans dont le niveau de formation est inférieur au lycée a atteint 19,8 % en 2012 (et les chiffres sont plus élevés encore dans de nombreux pays), alors qu'il était de 13,6 % en 2008. Ces chiffres confirment que ce sont les jeunes peu instruits que la crise économique "frappe le plus durement".

En matière de salaires, les écarts "continuent de se creuser" entre les adultes qui sont très instruits et ceux qui le sont moins. En outre, en valeur relative, les revenus du travail des adultes moyennement instruits se rapprochent de ceux des adultes peu instruits, ce qui confirme la thèse de l'"érosion de la classe moyenne".

Inégalité sociale

Par ailleurs, un niveau peu élevé de formation et de compétences a également de "nombreuses retombées sociales", dont "la perception de l'état de santé, le bénévolat, la confiance interpersonnelle et l'efficacité politique", souligne l'OCDE, qui met en garde contre les risques d'une "détérioration de la cohésion sociale et du bien-être". Le pourcentage d'adultes qui se disent en bonne santé varie de 23 points selon que le niveau de formation est élevé ou peu élevé. Cette différence est particulièrement importante en Pologne (38 points). Dans la confiance à autrui, l'écart est de 16 points selon que le niveau de formation est élevé ou pas. Les femmes font plus confiance que les hommes. L'écart est particulièrement important au Danemark (31 points). Sur la participation aux activités de bénévolat, l'écart varie de 10 points en moyenne, mais la palme revient aux États-Unis (écart de 26 points). Enfin, sur l'efficacité politique, le pourcentage d'adultes s'estimant "consultés au sujet de mesures prises par le gouvernement" varie de 20 points en moyenne. Cette différence est forte en Norvège (33 points).

L'éducation et les compétences sont des "dimensions de plus en plus importantes de l'inégalité sociale, mais elles constituent aussi une partie de la solution au problème", note M. Gurría qui souhaite que le niveau de formation se traduise par "une mobilité sociale". Commentant les résultats d'une étude menée en 2012, M. Gurría relève que "les enfants nés de parents peu instruits ont été de plus en plus exclus des avantages découlant de l'expansion de l'éducation dont bénéficie la majeure partie de la population".

"Et même lorsque ces individus ont accédé à l'éducation, leur milieu défavorisé s'est conjugué à l'éducation de qualité moindre qui leur était le plus souvent réservée, de sorte que leurs acquis scolaires ne les ont pas aidés à grimper dans l'échelle sociale", écrit-il. L'OCDE compte 34 pays membres, pour la plupart développés (États-Unis, Union européenne, Australie, Japon...), et émergents.

OECD-Bildungsbericht: Die Mittelschicht droht abzurutschen 105,77

Von *Armin Himmelrath*

Auf den ersten Blick gut, auf den zweiten bedenklich: Ein neuer OECD-Bericht lobt das deutsche Bildungssystem. Doch er warnt vor dem Abrutschen der Mittelschicht. Junge Erwachsene fallen bei den Abschlüssen hinter ihre Eltern zurück.

Sag mir, was deine Eltern sind, und ich sag dir, was du bist: Akademikereltern haben studierende Kinder, Arbeitereltern eher Nachwuchs, der eine Ausbildung macht - fast 60 Prozent aller Erwachsenen in Deutschland kommen auf den gleichen Bildungsstand wie ihre Eltern. Das war in Deutschland immer so und ist für Nicht-Akademikerkinder von jeher ein Ärgernis. Jetzt scheint sich dieses Gefüge zu ändern - und zwar zum Schlechteren.

Diese Analyse erlaubt der Bericht "Bildung auf einen Blick" der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), einer jährlichen Leistungsschau der nationalen Bildungssysteme in 34 Industrienationen. Die Gesamtbilanz der Forscher ist zwar - wie jedes Jahr - verhalten positiv: Deutschland erziele "bei vielen Indikatoren gute Ergebnisse", sagt Heino von Meyer, Leiter der deutschen OECD-Niederlassung in Berlin, über die Ergebnisse. Aktuell schafften zwar so viele Deutsche eine Hochschulabschluss wie nie. Ein genaues Studium der Daten zeige aber, "dass die schönen Durchschnittswerte nur die halbe Wahrheit erzählen", warnt von Meyer. "Gerade für Schüler aus sozial schwachen Familien bleibt das Versprechen 'Aufstieg durch Bildung' häufig in weiter Ferne."

Besonders dramatisch aus Sicht der OECD: Je jünger die Deutschen sind, desto größer ist die Gefahr, dass sie den Bildungsabschluss ihrer Eltern nicht mehr erreichen. "Abwärtsmobilität" nennen es die Bildungsforscher, wenn etwa die Eltern studiert haben, der Sohn oder die Tochter dann aber eine berufliche Ausbildung absolviert.

International steigen Jüngere auf, in Deutschland ab

Über alle Erwachsenen in Deutschland hinweg betrachtet, steigen zwar nur 18 Prozent verglichen mit ihren Eltern ab, 24 Prozent auf. Die Jüngeren aber bereiten Sorge, hier kehrt sich das Verhältnis um: "Bei den 25- bis 34-Jährigen in Deutschland ist Bildungsmobilität nach oben weniger häufig als Bildungsmobilität nach unten." Hier haben nur 19 Prozent der jüngeren Deutschen einen höheren, 24 Prozent dagegen einen niedrigeren Bildungsstand als ihre Eltern. Ganz anders sieht es in vielen OECD-Mitgliedstaaten aus, wo 32 Prozent der jungen Erwachsenen ihre Eltern beim Bildungsabschluss überflügeln und nur 16 Prozent hinter ihren Eltern zurückbleiben.

"Angesichts des soliden beruflichen Bildungssystems in Deutschland besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sich selbst Kinder, deren Eltern über Tertiärbildung verfügen, freiwillig für berufliche Bildungsgänge entscheiden", schreiben die Forscher. Eine solche Entscheidung "zeugt auch von der Wertschätzung, die die berufliche Bildung im Hinblick auf ihre Erfolgchancen am Arbeitsmarkt genießt".

Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Alleinstellungsmerkmal - und relativiert ein wenig den OECD-Leistungsvergleich. Die Definition der tertiären Bildung ist nicht immer einheitlich: Während in manchen Ländern etwa eine Krankenpflegerausbildung ein akademischer und damit tertiärer Abschluss ist, machen Krankenpfleger in Deutschland meist eine berufliche Ausbildung und damit einen Sekundarabschluss. Im OECD-Raster steht dieser auf einer Stufe mit dem Abitur. So erreicht Deutschland bei der Quote der Sekundarabschlüsse einen internationalen Rekordwert, im tertiären Bildungsbereich läuft die Bundesrepublik vielen Ländern hinterher.

Trotzdem liefert der Bericht gleich mehrfach Ergebnisse, die aus deutscher Sicht sehr ambivalent sind:

Ein Hochschulabschluss bringt, statistisch gesehen, einen deutlichen Einkommensvorteil - und der Verdienstvorsprung zu den gering gebildeten Berufsgruppen wird immer größer. Das liegt vor allem an einem Absinken der Löhne bei "mittelgut Qualifizierten", die keinen Meister- oder Hochschulabschluss vorweisen können. Die Forscher warnen vor einer "Aushöhlung der Mitte".

"Trotz des Anstiegs der Studienanfängerquoten liegen die Abschlussquoten im Tertiärbereich noch immer unter dem OECD-Durchschnitt", schreiben die Forscher. In anderen Ländern steigen sowohl Erstsemester- als auch Abschlussquote "in rascherem Tempo".

In fast allen OECD-Ländern sind jüngere Generationen besser gebildet als ältere. Doch "Deutschland ist neben Israel und den Vereinigten Staaten eines von nur drei Ländern, bei denen im Laufe einer Generation kein wesentlicher Zuwachs zu erkennen ist".

Deutschland hat zwischen 2008 und 2011 seine Bildungsausgaben um 12 Prozent erhöht - "insgesamt investiert Deutschland aber immer noch einen geringeren Anteil seines Volksvermögens in Bildung als andere Länder", stellen die Studienautoren fest. Außer bei der frühkindlichen Bildung lasse sich Deutschland alle Bildungsbereiche nur einen unterdurchschnittlichen Betrag des Bruttoinlandsprodukts kosten.

Auch wenn viele Kennzahlen in den vergangenen Jahren nach oben gegangen seien, müsse das deutsche Bildungssystem dennoch viel stärker gefördert und ausgebaut werden, fordert OECD-Repräsentant Heino von Meyer. Kaum etwas könne Menschen besser gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung helfen als Bildung. "Für eine Gesellschaft ist das vielleicht die größte Herausforderung: durch Bildung soziale Mobilität zu fördern."

Umstrittene EZB-Politik: Der Eurobond kommt durch die Hintertür 105,79

8. September 2014 Eine Kolumne von Wolfgang Münchau



AP

EZB-Präsident Draghi: Griff zu immer aggressiveren Methoden

Angela Merkel lehnt Eurobonds strikt ab. Doch wenn die Europäische Zentralbank jetzt massenhaft Wertpapiere ankauft, sorgt sie ebenfalls für eine gemeinsame Schuldenhaftung - mit zusätzlichen Risiken.

Ob der Euro am Ende überlebt oder nicht, wird von einer einzigen Sache abhängen - den Eurobonds, oder allgemeiner ausgedrückt, der Vergemeinschaftung der Schulden im Euroraum. Wie Mathematiker sagen würden: Eurobonds sind notwendig und hinreichend.

Das mag jetzt für den einen oder anderen Leser überraschend klingen, schließlich lehnt doch Angela Merkel die [Eurobonds](#) ab, und das Bundesverfassungsgericht hält solche Gemeinschaftsanleihen aller Euro-Staaten gar für verfassungswidrig.

Deshalb wird es auch kein Papier geben, auf dem "Eurobond" draufsteht. Schon gar kein Eurobond-Gesetz, das man in den Bundestag einbringt. Mit den Beschlüssen der [Europäischen Zentralbank](#) von vergangener Woche kommt der Eurobond dennoch, und zwar durch die Hintertür.

Konkret geht es um das am Donnerstag verkündete [Aufkaufprogramm für Pfandbriefe](#) und besicherte Wertpapiere. Als Befürworter dieser Politik bin ich der erste, der zugibt, dass es sich hierbei um eine Form der Schuldenvergemeinschaftung handelt - auch wenn dieses Unwort offiziell natürlich nicht fallen darf.

Wie EZB-Präsident [Mario Draghi](#) am Donnerstag ankündigte, wird die EZB in den kommenden Monaten und Jahren sogenannte besicherte Kredite aufkaufen. Hierbei handelt es sich formal um ähnliche Instrumente, wie sie im Jahre 2007 die amerikanische Hypothekenkrise auslösten. Das Problem lag damals nicht an den Instrumenten an sich. Sondern daran, dass man diese Instrumente derart kompliziert gemacht hat, dass sie keiner mehr verstanden hat.

Die EZB will vernünftigerweise nur einfache Wertpapiere aufkaufen, aber auch die haben es in sich. Eine Bank könnte zum Beispiel ihre Hypothekenkredite, die sie an Privatleute vergeben hat, in ein Wertpapier umformen. Dieses Wertpapier hat in der Regel drei Tranchen mit unterschiedlichem Risiko. Wenn einige der Kredite faul werden, dann treten natürlich Verluste auf. Die ersten Verluste gehen zu Lasten der Eigentümer der untersten Tranche. Die oberste Tranche ist die sicherste. Es müssen schon enorme Verluste anfallen, eh die oberste Tranche Verluste erleidet. Genau das aber passierte in der Finanzkrise 2007 und 2008.

Der Eurobond kommt als Wertpapier mit verdeckten Risiken

Die EZB wird nur die oberste Tranche kaufen. Die ist relativ sicher. Aber wer kauft die unteren? Der europäische Verbriefungsmarkt ist gegenwärtig klein. Er gibt nicht genug her, schon gar nicht das angepeilte Volumen von 800 Milliarden Euro, [wie der SPIEGEL heute berichtete](#). Dazu bedarf es der direkten Hilfe öffentlicher Investitionsbanken, wie etwa der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg oder der deutschen KfW. Die zögern natürlich, aus verständlichen Gründen. Wer will schon freiwillig diese schwer kalkulierbaren Risiken in seine Bilanz schieben.

Kommt der Aufschwung in den nächsten Monaten, dann ist alles gut. Wenn Europa aber in Dauerrezession und Deflation verfällt, dann werden bei solchen Wertpapieren hohe Verluste anfallen. Der Steuerzahler wäre an allen Tranchen beteiligt - an den unteren durch die öffentlichen Investitionsbanken, an der oberen durch die EZB.

Die Europäische Zentralbank ist hierbei keineswegs der Bösewicht. Durch die fehlgeleitete Krisenpolitik der Euro-Staaten ist sie nicht mehr in der Lage, ihr Inflationsziel allein mit Zinssenkungen zu erreichen. Sie muss daher zu immer aggressiveren Methoden greifen. Sie kauft zunächst die sicheren Tranchen riskanter Wertpapiere und wird demnächst wohl auch Staatsanleihen direkt kaufen. Und die Mitgliedstaaten werden indirekt das Restrisiko gemeinsam tragen.

Das ist die denkbar teuerste Variante des Eurobonds, weil es hier keine vertraglich zugesicherte Gegenleistung gibt. Einen echten Eurobond hätte man mit klaren Abgrenzungen zwischen gemeinsamer und einzelstaatlicher Haftung sorgfältig konstruieren können. Der Eurobond, der jetzt kommt, kommt ohne lästiges Kleingedrucktes.

Wer studiert, bekommt 74 Prozent mehr Geld 105,81

Akademiker verdienen in Deutschland deutlich mehr Geld als Menschen ohne Studium. Der Bildungserfolg junger Menschen bleibt zudem eng an die soziale Herkunft gekoppelt.

09.09.2014



© DPA  Hut ab - wer studiert, hat ein viel höheres Einkommen als jemand ohne Universitäts-Abschluss.

Die Einkommenskluft zwischen Akademikern und ausschließlich beruflich ausgebildeten Fachkräften ist in den vergangenen Jahren weltweit gewachsen - besonders drastisch aber in Deutschland. Dies geht aus dem neuen [Bildungsbericht der Industrieländer-Organisation OECD](#) hervor. Verglichen werden darin die Bildungssysteme der 30 wichtigsten Industriestaaten sowie einiger Partnerländer mit Blick auf den wachsenden Fachkräftebedarf der Wirtschaft.

Akademiker in Deutschland verdienen laut Bericht im Schnitt 74 Prozent mehr als Erwerbstätige, die weder zur Universität noch zur Fachhochschule gegangen sind oder einen Meisterkurs besucht haben. Im Jahr 2000 betrug der Einkommens-Vorsprung der Akademiker in Deutschland erst 45 Prozent. Im Schnitt der anderen Industrienationen beträgt der Lohnvorteil von Studierten 59 Prozent.

So viele junge Leute wie nie zuvor streben derzeit in Deutschland einen Hochschulabschluss an. Dies wird von den Bildungsexperten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auch als besonders positiv herausgestellt. Gleichwohl wachse in Deutschland der Anteil der Hochgebildeten mit akademischen Abschluss so langsam wie in kaum einem anderen Industriestaat. Während in Deutschland inzwischen 28 Prozent der Menschen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren einen Studienabschluss haben, sind dies im OECD-Schnitt 33 Prozent.

Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) hielt dagegen, dass in Deutschland den jungen Menschen mit dem Studium wie der beruflichen Bildung „zwei gleichwertige Alternativen zu Verfügung stehen“. Beide böten optimale Möglichkeiten für die berufliche Zukunft.

Die OECD verweist allerdings darauf, dass in Deutschland der Bildungserfolg eines jungen Menschen nach wie vor eng an seine soziale Herkunft gekoppelt ist, so stark wie in kaum einem anderen Industriestaat. Gerade für Schüler aus ärmeren Familien bleibe das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ häufig in weiter Ferne, kritisierte der Leiter des Berliner OECD-Center, Heino von Meyer.

Der OECD-Bericht macht abermals deutlich, dass eine qualifizierte Bildung der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist, selbst in Ländern mit Finanzschwierigkeiten wie Spanien und Griechenland. Weltweit ist danach in den vergangenen Jahren vor allem die Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten gewachsen.

In Deutschland hingegen sind die Erwerbslosenquoten für alle Bildungsstufen zurückgegangen. Mit 12,8 Prozent sind aber noch immer weit mehr Menschen mit geringer Qualifikation ohne Job als in höheren Bildungsstufen. Bei Personen mit Abitur oder Lehre beträgt die Arbeitslosenquote 5,3 Prozent, bei Akademikern etwas mehr als zwei Prozent.

Die OECD-Autoren beklagen zudem „eine geringe Bildungsmobilität“ zwischen den sozialen Schichten in der deutschen Gesellschaft. 58 Prozent der Erwachsenen erreichen den gleichen formalen Bildungsstand wie ihre Eltern. 24 Prozent sind besser ausgebildet. 18 Prozent fallen hingegen hinter die Qualifikationen ihrer Eltern zurück. Das Bundesbildungsministerium bezeichnet diese Zahlen als „nur sehr eingeschränkt“ verwertbar. Wenn ein Akademikerkind eine praktische Berufsausbildung vorziehe, könne dies nicht als Abstieg bezeichnet werden.

How Europe's low inflation impedes fiscal and structural reform 105,82

ECB, heal thyself

Sep 8th 2014, 16:22 by G.I. | WASHINGTON, D.C.

Europe does not yet have its equivalent of Japan's Abenomics, but Mario Draghi, president of the European Central Bank, pretty much advocated it in his press conference last week. Europe, he said, needs fiscal, monetary and structural policy working together, the three arrows of Abenomics. He acknowledged the ECB's duty of getting inflation, now 0.3%, back up to its target of near 2%. But the ECB, he said, can't rescue Europe alone: it needs help from fiscal and structural reforms.

Of course, he's right that monetary policy can't initiate fiscal consolidation or liberalize product and labour markets, and that both those things are essential to Europe's long term health. But the ECB can help determine whether either of those things succeeds. For Europe's fiscal and regulatory policy makers to do their jobs, it will help immensely if the ECB does its own.

Let's start with fiscal consolidation. Mr Draghi's predecessor, Jean-Claude Trichet, used to extoll the stimulative benefits of fiscal consolidation; the confidence of investors and business would soar when they saw government finances put on a stable path. But in practice, fiscal consolidation was equated with austerity: near term cuts to spending or increases in taxes that pummeled demand at a time when the ECB, with interest rates close to zero, couldn't compensate. The result was to add to the disinflationary pressure on the region, making it harder for the ECB to do its job (as Mr Draghi now points out).

But the reverse is also true: low inflation makes fiscal consolidation harder. It automatically reduces the growth in nominal GDP and all else equal, raises the debt to GDP ratio. Debt dynamics would be left unchanged if nominal interest rates fall by the same magnitude as inflation. But that won't happen if interest rates are jammed against the zero nominal bound as they are in the euro zone, and pretty much the entire rich world. In that situation, falling inflation or deflation leads to rising real interest rates in the periphery, and makes it ever harder to reduce debt ratios. Indeed, if falling inflation causes investors to question the sustainability of the debt, it could lead to higher, not lower, nominal interest rates. In 2012 the International Monetary Fund examined six case studies over the last century of fiscal consolidation efforts when debt topped 100% of GDP. It concluded that a crucial element of successful consolidation was easy monetary policy. Lower real interest rates made it much easier to lower debt to GDP ratios. The most poignant example of the opposite was Britain in the 1920s which implemented both fiscal and monetary austerity in an effort to return sterling to its pre-war gold parity. The result was that nominal reductions in debt were frustrated by falling prices and high real interest rates. Britain ended the period with debt to GDP much higher than it started. The lesson for Europe is that if the ECB could get inflation back to 2%, fiscal consolidation would be easier.

Mr Draghi has tacked away from Mr Trichet's embrace of austerity. "It would be helpful for the overall stance of policy if fiscal policy could play a greater role alongside monetary policy," he said in Jackson Hole. "The existing flexibility within the rules could be used to better address the weak recovery and to make room for the cost of needed structural reforms." He is not calling for the abandonment of debt stabilization; only that it be done in way that spares near-term demand.

But Mr Draghi has replaced Mr Trichet's preoccupation with austerity with an obsession of his own over structural reform. He said after last week's meeting of the governing council: "There is no fiscal or monetary stimulus that will produce any effect without ambitious and important and strong structural reforms." Yet, as with fiscal consolidation, the ECB needs to recognize its own role: getting inflation back to target would make structural reform much easier.

Structural reform is a catch-all phrase for a wide variety of policies, from reducing judicial backlogs to increased competition for professional services. But where it matters most is labour markets. High nominal wages and poor productivity caused peripheral countries to lose competitiveness vis a vis Germany during the 2000s, leading to large current account deficits. Restoring competitiveness requires reducing wages relative to Germany. But in most of peripheral Europe, wages are difficult to cut and permanent workers difficult to fire. This is due both to institutions such as collective bargaining and to the fact that nominal wages are downward sticky. Even in flexible labour markets like America's, workers resist nominal wage cuts and firms are reluctant to impose them. Positive inflation makes it possible for firms to reduce real wages by simply holding nominal wages constant. In the absence of real wage declines, the alternative is fire workers instead, which of course raises unemployment and squeezes demand. Mr Draghi has contrasted the experience of Ireland, where real wages fell, with Spain, where they rose, in the wake of their respective debt busts. This, he explains, is why unemployment rose less in Ireland.

So peripheral countries face a dilemma: they need lower real wages to regain competitiveness, but lower wages reduce nominal GDP which makes fiscal consolidation harder. That's why getting inflation higher throughout the euro zone is critical. If the region's inflation rate were to return to 2%, or even a bit higher, it would imply prices and wages running well ahead of 2% in Germany, and behind it in the periphery, making real wage adjustment far easier, but without outright deflation or job cuts, which undermine nominal output and thus fiscal consolidation. Zsolt Darvas of Bruegel, a think tank, calculated a year ago that if Italy and Spain must reduce inflation by 1 percentage point because euro-area inflation has undershot the ECB's 2% target, their primary surpluses must be higher, by 1.3% and 1% of GDP, respectively, to achieve the same fiscal consolidation.

Of course, even if the ECB were to undertake quantitative easing by buying government bonds to get inflation back to target, that is no guarantee that governments would do their part by implementing long-run fiscal consolidation or structural reforms. That is why many in Germany would like any QE to be contingent on France and Italy committing to reforms. Without that quid pro quo, the ECB simply takes the pressure off recalcitrant governments to act, much as they frittered away the time bought with Mr Draghi's pledge to "do whatever it takes" to save the euro.

Despite the appeal of that logic, it's the wrong course to take. Structural reforms will never be politically popular. For governments nonetheless that wish to pursue them, as Italy and France claim to, higher inflation and thus higher nominal growth will lessen the pain, and thus the political price, making it likelier the reforms can pass, and will stick. And when governments won't do their job? That's unfortunate, but it can't be a reason for the ECB to fail at its own.

Nouailhac : Arnaud Montebourg, l'homme qui valait 3 milliards ! 105,84

Le Point - Publié le 10/09/2014 à 06:08

En plus de ses investissements étatistes et utopiques dans Peugeot et Alstom, on peut lui attribuer quelques casseroles moins visibles, mais qui méritent d'être soulignées.



La fonderie

Il y a un an, durant l'été 2013, le chaud bouillant ministre du "Redressement productif" convoque le ban et l'arrière-ban de la presse et de l'audiovisuel à Dreux pour fêter un grand événement : le retour en France d'une PME qui a fermé son usine chinoise et rapatrié sa production dans l'Eure-et-Loir. La fonderie Loiselet, fondée en 1850, a décidé de revenir dans l'Hexagone après une expérience de dix années en Chine. Il est vrai qu'elle y a été fortement incitée par des aides importantes de l'État, qui a pris en passant - c'était une marotte du ministre - 22 % du capital de l'entreprise. Notre "mon tambour" national, qui n'a peur de rien, célèbre cette "résurrection", cette *success-story* française, avec éclat. Selon lui, l'exemple Loiselet le prouve : "Après la fuite des usines vers le reste du monde, sonne l'heure de leur retour sur le sol national." Ou comment prendre ses délires pour des réalités... Un an plus tard et malgré les aides de l'État actionnaire, la fonderie Loiselet est en faillite et cette entreprise familiale plus que centenaire se fait racheter à la barre du tribunal de commerce et à la casse par des investisseurs étrangers. Que s'est-il passé ? Apparemment, la relocalisation de la nouvelle usine aurait duré plus longtemps et coûté plus cher que prévu. On est en France, que diable, le pays des complications, des RTT, de la paperasse et des grèves ! Le patron de la fonderie avait sans doute oublié où il (re)mettait les pieds. Bilan : un passif de 20 millions d'euros, dont près de la moitié dus à l'État.

Robin des Bois de pacotille

Conséquences des gesticulations financières du ministre, il faut s'attendre à d'autres casseroles, comme la faillite du groupe Altia dont une filiale, fortement soutenue par Arnaud Montebourg, fabrique les chariots Caddie. Avec Loiselet ou Altia, les enjeux financiers pour l'État sont évidemment beaucoup plus faibles que ceux de Peugeot ou d'Alstom, mais le coup est rude sur le CV du trublion de la République. Ne manquant jamais de culot, il n'a pas hésité, lors de sa révocation du gouvernement, et parlant de lui à la troisième personne ("les hommes d'État n'ont pas toujours vocation à se taire [...], c'est parfois même leur destin de se faire congédier quand ils ont raison"), à se comparer à Cincinnatus, "ce général romain qui préféra quitter le pouvoir pour retourner à ses champs et ses charrues". L'ancien député de Saône-et-Loire, le pays du poulet de Bresse, retournant à ses champs, ses charrues et ses poulets, l'image est bucolique, mais ne suffira pas à faire oublier à ses admirateurs, s'il en reste, le prix énorme qu'il aura coûté à la France, près de trois milliards d'euros, un milliard environ pour détenir le tiers du capital de Peugeot et deux milliards pour avoir le droit d'acquérir 20 % de celui d'Alstom.

François Hollande, de peur de se fâcher avec un tel "homme d'État", l'a laissé investir trois milliards de l'argent des Français pour satisfaire l'ego dilaté et la mégalomanie tapageuse de son ministre. Un lourd passif pour ce Robin des Bois de pacotille et une mauvaise pioche pour le président, qui ne comprend toujours rien à l'économie de marché. Trois milliards d'euros et trois milliards d'erreurs...

PowerPoint Is Evil 105,85

**Power Corrupts.
PowerPoint Corrupts Absolutely.**

By Edward Tufte



Genevieve Liang

Imagine a widely used and expensive prescription drug that promised to make us beautiful but didn't. Instead the drug had frequent, serious side effects: It induced stupidity, turned everyone into bores, wasted time, and degraded the quality and credibility of communication. These side effects would rightly lead to a worldwide product recall.

Yet slideware -computer programs for presentations -is everywhere: in corporate America, in government bureaucracies, even in our schools. Several hundred million copies of Microsoft PowerPoint are churning out trillions of slides each year. Slideware may help speakers outline their talks, but convenience for the speaker can be punishing to both content and audience. The standard PowerPoint presentation elevates format over content, betraying an attitude of commercialism that turns everything into a sales pitch.

Of course, data-driven meetings are nothing new. Years before today's slideware, presentations at companies such as IBM and in the military used bullet lists shown by overhead projectors. But the format has become ubiquitous under PowerPoint, which was created in 1984 and later acquired by Microsoft. PowerPoint's pushy style seeks to set up a speaker's dominance over the audience. The speaker, after all, is making power points with bullets to followers. Could any metaphor be worse? Voicemail menu systems? Billboards? Television? Stalin?



AP/Wide World Photos

Tufte satirizes the totalitarian impact of presentation slideware.

Particularly disturbing is the adoption of the PowerPoint cognitive style in our schools. Rather than learning to write a report using sentences, children are being taught how to formulate client pitches and infomercials. Elementary school PowerPoint exercises (as seen in teacher guides and in student work posted on the Internet) typically consist of 10 to 20 words and a piece of clip art on each slide in a presentation of three to six slides -a total of perhaps 80 words (15 seconds of silent reading) for a week of work. Students would be better off if the schools simply closed down on those days and everyone went to the Exploratorium or wrote an illustrated essay explaining something.

In a business setting, a PowerPoint slide typically shows 40 words, which is about eight seconds' worth of silent reading material. With so little information per slide, many, many slides are needed. Audiences consequently endure a relentless sequentiality, one damn slide after another. When information is stacked in time, it is difficult to understand context and evaluate relationships. Visual reasoning usually works more effectively when relevant information is shown side by side. Often, the more intense the detail, the greater the clarity and understanding. This is especially so for statistical data, where the fundamental analytical act is to make comparisons.

GOOD

Numbers of relative rates, by cancer site

1. Survival 1969 and 1970-1979

	5-year	10-year	25-year	50-year
Prostate	88.8 0.8	85.2 0.9	87.3 1.0	82.3 1.0
Thyroid	96.0 0.0	95.8 0.2	94.0 1.8	95.4 2.1
Cervix	94.7 1.1	94.0 1.3	93.3 1.8	88.2 2.3
Melanoma	89.0 0.8	86.7 1.1	87.0 1.5	82.0 1.8
Testis	95.4 0.4	79.3 0.6	71.3 0.7	68.0 1.0
Bladder & prostate	85.1 1.3	79.8 1.0	75.8 1.4	67.1 1.9
Other Uter. sites	84.3 1.8	83.2 1.2	80.8 1.7	79.2 2.0
Stomach, bladder	80.3 1.8	75.2 1.4	70.3 1.9	67.5 2.4
Other sites	70.5 1.6	64.3 1.6	62.8 2.3	60.4 2.4

Graphics Press

A traditional table: rich, informative, clear.

BAD



Graphics Press

PowerPoint chartjunk: smarmy, chaotic, incoherent.

Consider an important and intriguing table of survival rates for those with cancer relative to those without cancer for the same time period. Some 196 numbers and 57 words describe survival rates and their standard errors for 24 cancers.

Applying the PowerPoint templates to this nice, straightforward table yields an analytical disaster. The data explodes into six separate chaotic slides, consuming 2.9 times the area of the table. Everything is wrong with these smarmy, incoherent graphs: the encoded legends, the meaningless color, the logo-type branding. They are uncomparative, indifferent to content and evidence, and so data-starved as to be almost pointless. Chartjunk is a clear sign of statistical stupidity. Poking a finger into the eye of thought, these data graphics would turn into a nasty travesty if used for a serious purpose, such as helping cancer patients assess their survival chances. To sell a product that messes up data with such systematic intensity, Microsoft abandons any pretense of statistical integrity and reasoning.

Presentations largely stand or fall on the quality, relevance, and integrity of the content. If your numbers are boring, then you've got the wrong numbers. If your words or images are not on point, making them dance in color won't make them relevant. Audience boredom is usually a content failure, not a decoration failure.

At a minimum, a presentation format should do no harm. Yet the PowerPoint style routinely disrupts, dominates, and trivializes content. Thus PowerPoint presentations too often resemble a school play -very loud, very slow, and very simple.

The practical conclusions are clear. PowerPoint is a competent slide manager and projector. But rather than supplementing a presentation, it has become a substitute for it. Such misuse ignores the most important rule of speaking: Respect your audience.

*Edward R. Tufte is professor emeritus of political science, computer science and statistics, and graphic design at Yale. His new monograph, *The Cognitive Style of PowerPoint*, is available from Graphics Press (www.edwardtufte.com).*

Croissance, déficit : le gouvernement revoit encore sa copie 105,87

Publié le 10/09/2014 à 10:00



INFOGRAPHIE - Le ministre des Finances, Michel Sapin, a annoncé que la croissance sera encore plus faible que prévu en 2014 et le déficit plus élevé, brisant la promesse faite à Bruxelles en février dernier. Il a également confirmé que le budget 2015 sera bien présenté le 1er octobre.

C'est [Angela Merkel](#) et Bruxelles qui vont être contents. Pour financer les allègements de cotisations et d'impôts, le gouvernement a choisi de laisser filer son déficit public. Plutôt que 4%, ce dernier devrait atteindre 4,4% cette année, comme l'a annoncé, ce mercredi, lors d'une conférence de presse, le ministre des Finances [Michel Sapin](#).

Et ce n'est pas en 2015 qu'il va vraiment s'améliorer puisqu'il sera toujours supérieur à 4% et n'atteindra le seuil de 3%, maximum toléré par les traités européens, qu'en...2017, au lieu de 2015 [comme il l'avait promis à Bruxelles en février dernier](#). Idem côté croissance: après avoir visé 1% [puis 0,5% en août dernier](#), le ministre des Finances anticipe 0,4%, en 2014. Estimant que la zone euro toute entière était confrontée à une «situation exceptionnelle» en termes économiques, à savoir une [croissance nulle](#) et un [ralentissement de l'inflation](#) -, il a également précisé que la faible inflation devrait perdurer en France, avec un taux prévu à 0,5% en 2014 puis 0,9% en 2015. Un message non dissimulé à la Commission européenne. «Nous ne demandons pas la modification des règles européennes, nous ne demandons pas leur suspension, ni aucune exception», relativise-t-il.

N.B: le chiffre du déficit pour l'année 2014 est une prévision

Déficit : les illusions perdues 105,88

Le Point - Publié le 10/09/2014 à 12:52 - Modifié le 10/09/2014 à 13:17

Paris reporte l'objectif de 3 % de déficit à 2017 et invoque des "circonstances exceptionnelles" pour obtenir l'approbation de ses partenaires.



Michel Sapin et son secrétaire d'État au Budget Christian Eckert lors de leur opération

"vérité" sur les finances publiques. © ERIC FEFERBERG / AFP

Par **MARC VIGNAUD**

L'affichage est désastreux et l'UMP ne manquera pas de s'en emparer pour instruire le procès en incompétence de la gauche au pouvoir : à la fin de l'année, le déficit public de la France sera supérieur à celui de 2013. Dans une opération "vérité", le ministre des Finances Michel Sapin a révélé que le trou budgétaire atteindrait 4,4 % du PIB en 2014 contre 4,2 % en 2013.

Pour la première fois depuis des années, la consolidation budgétaire est donc interrompue, malgré toutes les hausses d'impôts et toutes les promesses de baisse des dépenses annoncées. Mais il y a pire. Fin 2015, le déficit ne sera pas plus réduit. Il redescendra tout juste à 4,3 %. Si le gouvernement avait déjà annoncé qu'il ne reviendrait pas à 3 % à la fin de l'année prochaine comme il l'avait pourtant à nouveau promis à ses partenaires en avril dernier, l'écart surprend par son ampleur. Paris ne prévoit même plus de revenir à 3 % de déficit avant... 2017 ! Ce qui revient à réclamer un nouveau délai de deux ans à nos partenaires européens, après celui accordé en 2013.

Fiable croissance et faible inflation

"Le cap qui est le nôtre, c'est celui de la réduction du déficit budgétaire compatible avec la croissance", a martelé Michel Sapin qui refuse d'enfoncer la France dans une austérité caractérisée. Voilà qui devrait ravir Arnaud Montebourg, lui qui avait pris le risque de se faire sortir du gouvernement au moment où sa demande d'un ajustement budgétaire raisonnable allait être entendue...

Pour sa défense, Michel Sapin a - une nouvelle fois - brandi la faiblesse de la croissance, ce qui réduit mécaniquement les rentrées fiscales. Attendue à 1 % cette année, elle ne sera finalement plus que de 0,4 %. Pour 2015, le gouvernement dégrade sa prévision de 1,7 % à 1 %.

Le ministre a également invoqué la faiblesse de l'inflation. Bercy prévoyait 1,5 % de hausse des prix en 2015, elle ne devrait finalement atteindre que 0,9 %, après un tout petit 0,5 % en 2014. Or une inflation faible réduit mécaniquement les recettes fiscales, mais aussi les efforts d'économies de dépenses. Si la faible inflation empêche les Français de perdre en pouvoir d'achat, les gels de prestations, normalement indexées sur la hausse des prix, ne rapportent pas autant qu'espéré. "C'est exactement ce qui vient d'arriver cette année aux partenaires sociaux avec le gel des retraites complémentaires", a souligné le ministre pour bien montrer que l'État n'était pas la seule victime de la faiblesse des prix. Au total, leur atonie va diminuer de 2 milliards l'effort d'économies sur les dépenses de 2015, qui devait atteindre 21 milliards, grâce notamment au gel des retraites de base supérieures à 1 200 euros par mois.

Reviement sur les économies

Mais les 21 milliards seront finalement tenus. La semaine dernière, Michel Sapin avait annoncé qu'il ne compenserait pas le manque à gagner par de nouvelles mesures de baisses de dépenses. "Rajouter des économies ne me paraîtrait pas adapté à la situation", déclarait-il à l'AFP. Visiblement, il a changé d'avis. Et pour cause, mardi, le tout nouveau commissaire européen aux affaires économiques - un certain Pierre Moscovici - avait exhorté la France à tenir ses engagements de baisse de dépenses dans des propos rapportés par Le Point.

Si Paris peut espérer obtenir son nouveau délai pour ramener son déficit à 3 % comme les règles européennes l'autorisent, il faut en effet que l'obligation de moyens demandée par ses pairs pour diminuer le déficit structurel - celui qui ne dépend pas des effets de la conjoncture économique sur les comptes publics - soit respectée. Or, Paris s'est engagé à réduire son déficit structurel de 0,8 % en 2015. Ce qui signifie concrètement qu'il doit compresser énormément ses dépenses pour compenser les 6 milliards de baisses nettes de prélèvements obligatoires qu'il a prévus en 2015 dans le cadre du pacte de responsabilité et de solidarité. En dernier ressort, la Commission juge en effet l'effort réalisé pour contenir la progression des dépenses publiques ainsi que les recettes supplémentaires éventuelles.

Sans cet effort minimal, difficile en effet d'imaginer la Commission européenne et les partenaires européens de la France reporter l'objectif de réduction du déficit à 3 % en 2017, fût-ce à cause de "circonstances exceptionnelles" prévues par les traités, ainsi que le réclame ouvertement François Hollande. Pierre Moscovici l'a affirmé mardi au Point : "La France ne peut se dérober. Au boulot."

Pourquoi des Français sont attirés par le djihad 105,89

Le Point - Publié le 09/09/2014 à 15:42 - Modifié le 09/09/2014 à 16:25

Jeunes hommes radicalisés, femmes mais aussi familles, près d'un millier de Français ont rejoint les rangs de l'État islamique. Explications.



Des membres

de l'État islamique, incluant son chef militaire, Abu Omar al-Shihani (à gauche) et le cheikh Abu Mohammed al-Adnani (à droite). © HO / Al-Itisam Media / AFP

Par [ARMIN AREFI](#)

Un véritable "cancer". C'est ainsi que [Barack Obama](#) décrit l'État islamique (EI), organisation allant "au-delà de tout autre groupe terroriste" connu à ce jour, selon le Pentagone. Depuis l'instauration d'un "califat" à cheval entre la [Syrie](#) et l'[Irak](#), l'EI sème la terreur auprès des minorités religieuses des territoires conquis. Or, l'organisation compterait dans ses rangs près d'un millier de Français, sur les 25 000 combattants au total. De jeunes hommes récemment radicalisés, des femmes, mais aussi de plus en plus de familles, quittant la France pour s'installer dans cet "État" en pleine guerre, où est pratiquée la charia. Le Point.fr vous explique pourquoi.

Qui sont ces djihadistes français ?

Trois types de profils se dégagent. Tout d'abord celui "classique" des djihadistes purs et durs, qui ont déjà mené leur "guerre sainte" à travers le globe (Balkans, Tchétchénie, Afghanistan) au cours des années 1990 et 2000. Connus des services secrets français, ces islamistes qui ne sont pas passés à l'acte en France, ont profité de la militarisation du conflit syrien pour poursuivre leur combat "en terre d'Islam". "Leur seul mode d'action politique est la lutte armée contre l'Occident", explique Romain Caillet, chercheur et consultant sur les questions islamistes au cabinet NGC Consulting. "Ne contrôlant aucun lieu de prière en France, ils se rencontrent dans divers lieux fréquentés par les sympathisants de la mouvance djihadiste : mosquées, sandwicheries grecques, Internet."

Ces radicaux "de la première heure" ne sont toutefois plus majoritaires. Le conflit syrien a vu "éclore" un nouveau type de jeunes djihadistes communément appelés "loups solitaires" en France, dont le plus célèbre est Mehdi Nemmouche. "Pour la plupart, il s'agit de jeunes sans expérience, radicalisés depuis peu de temps", affirme Romain Caillet. Et qui sont très durs à repérer par les services secrets. Certains de ces jeunes ont été embrigadés en prison, où ils étaient incarcérés pour des faits de délinquance. "L'état psychologique de ces prisonniers les rend beaucoup plus vulnérables face aux "groupes de détenus supposément chargés de les protéger", explique Wassim Nasr, journaliste spécialiste des questions djihadistes à France 24. "Ainsi, ces jeunes se font convaincre que le djihad est la voie la plus courte pour se racheter." Or, à en croire Jean-Charles Brisard, consultant international spécialiste du terrorisme, "la plupart d'entre eux ne connaissent rien à la religion, qui n'est qu'un prétexte".

Nouveau phénomène, un nombre croissant de djihadistes partent en famille. Lundi, le procureur de la République de Vienne a révélé qu'[un couple isérois avait quitté la France en août pour la Syrie, en compagnie de ses quatre enfants](#), un cas loin d'être isolé. Ce "djihad familial", ainsi que l'appelle Wassim Nasr, n'a pas pour but de tuer, mais de "construire un État". "Amener ses enfants avec soi signifie que l'on part en Syrie pour y rester, et y installer ses générations futures", indique le journaliste. Autre phénomène, le départ pour la Syrie de jeunes femmes, parfois mineures, dans le but d'épouser des combattants. Une motivation idéologique sans faille, peu importe les risques dus à la guerre.

Quelles sont leurs filières ?

Tandis que les djihadistes expérimentés possèdent déjà leurs propres réseaux efficaces, les apprentis djihadistes (jeunes combattants, femmes, et familles) entreprennent des démarches le plus souvent individuelles et peu structurées. Aucun besoin de prêcheur radical, Internet met ces jeunes en contact avec des djihadistes sur le terrain. "En quelques clics, vous accédez depuis Youtube au profil de personnes spécialisées, qui vous expliquent comment vous y rendre", affirme Jean-Charles Brisard.

Pour ce qui est du voyage, il est aujourd'hui très facile de se rendre en Syrie. En passant par la Turquie, les citoyens français n'ont pas besoin de visa. Sur place, "rien de plus simple que de se rendre à Gaziantep, acheter des armes et des munitions, et trouver une puce de téléphone afin de contacter quelqu'un de l'autre côté de la frontière", explique Romain Caillet. Le financement est lui aussi individuel. "Parfois, les djihadistes contractent même des prêts, et mettent leur argent au service de l'État islamique", souligne le journaliste Wassim Nasr.

Pourquoi le djihad ?

L'inaction occidentale face aux massacres perpétrés par Bachar el-Assad contre sa propre population a favorisé le départ de djihadistes français pour la Syrie. Une guerre "juste" selon ces derniers, d'autant que François Hollande a toujours appelé à la chute du "dictateur syrien". "Ces djihadistes ressentent à ce sujet un profond sentiment d'injustice", pointe Wassim Nasr. "La majorité des personnes qui sont parties en Syrie étaient convaincues de s'y rendre pour protéger femmes et enfants." Or, de retour en France, ces opposants à Bachar el-Assad sont arrêtés pour "terrorisme"... lorsqu'ils sont repérés. Un débat que récuse l'expert Jean-Charles Brisard. "La question a été tranchée par les services judiciaires français", souligne-t-il. "Nous avons des informations précises sur les jeunes qui partent en Syrie. Combattre pour l'armée syrienne libre (opposition modérée) n'est pas la même chose que combattre dans des organisations classées comme terroristes, comme l'État islamique."

Le départ pour la Syrie s'explique également par la confessionnalisation du conflit entre chiites et sunnites, une "guerre de religion" savamment entretenue par Bachar el-Assad et son allié iranien - chiites - tout autant que par les États du Golfe, parrains de l'opposition - sunnite. "Pour les candidats au djihad, la Syrie est devenue un terrain on ne peut plus attrayant au niveau idéologique", explique Wassim Nasr. "Selon un hadith du prophète, c'est dans la plaine de Dabiq (nord d'Alep, dont s'est emparé l'État islamique en Syrie, NDLR), qu'a eu lieu la bataille finale entre les armées romaines (donc occidentales aux yeux des djihadistes, NDLR) et musulmanes. De la même manière, le village de Jalalwa (qu'a conquis l'EI à la frontière irako-iranienne, NDLR), est le théâtre de la dernière bataille entre les armées musulmane et perse, qui a conduit à la conversion à l'islam de ces derniers", poursuit le spécialiste. "Ainsi, en participant à la construction de l'État islamique, ses membres pensent accomplir une prophétie." Revenir aux préceptes originels de l'Islam, telle est l'ambition des familles et quelques femmes françaises ayant rejoint l'EI. "Estimant ne plus pouvoir rester en France (en raison notamment des lois sur le port du voile et de la burqa, NDLR), ces Français partent là où ils pensent pouvoir vivre en paix sous la charia", explique Romain Caillet. "Ces personnes souffrent du vide idéologique régnant au sein des sociétés occidentales, et choisissent par conséquent l'exode", ajoute Wassim Nasr. Au contraire, certains jeunes combattants partent en Syrie avec la seule idée de frapper l'Occident. "Ils rejoignent l'EI car ils le considèrent comme le groupe le plus violent et le plus pur idéologiquement", explique Romain Caillet. "Or, au départ, une grande partie d'entre eux ne faisait même pas la distinction entre al-Qaida et l'État islamique, deux groupes dont les objectifs divergent totalement."

LIRE aussi notre interview du juge Trévidic : "Ceux qui rentrent sont dégoûtés par ce qu'ils ont vu"

Peuvent-ils frapper en Occident ?

Contrairement à al-Qaida, dont le but premier est de frapper l'Occident, les intentions de l'État islamique sont avant tout locales. "L'EI souhaite se débarrasser des monarchies arabes, ainsi que des chiites (Iran) afin de regagner les lieux saints de l'Islam et construire un État", explique Wassim Nasr. À la proclamation de son "califat", Abou Bakr al-Baghdadi, "calife Ibrahim" autodésigné, a exhorté les musulmans du monde entier à lui obéir et venir le rejoindre au coeur de son État. "Il est vrai que le djihad prôné par l'EI est régional, admet l'expert Jean-Charles Brisard. Mais avec un tel vivier de combattants étrangers en son sein, l'État islamique possède une immense capacité de projection s'il décidait d'attaquer l'Occident." Dans aucun discours, le chef de l'EI, Abou Bakr al-Baghdadi, n'appelle ses combattants à attaquer l'Occident. "Pour le moment, l'EI ne dispose pas des moyens logistiques et techniques pour frapper efficacement l'Europe", ajoute Wassim Nasr. Néanmoins, le cas Mehdi Nemmouche est là pour rappeler le danger représenté par ses djihadistes de retour en Europe. "L'attaque du Musée juif de Bruxelles était une action déconnectée de l'organisation", note Jean-Charles Brisard, qui rappelle toutefois que, par le passé, 50 % des Français de retour du djihad se sont ensuite engagés dans des entreprises terroristes en Europe.

Comment lutter contre le fléau djihadiste ?

La nouvelle nature de la menace terroriste rend difficile tout contrôle préalable des apprentis djihadistes, d'autant qu'aucun chiffre exact n'existe sur leur nombre. "Ces jeunes étant majoritairement inconnus des services, il s'agit essentiellement de renseignements locaux des services déconcentrés de la DGSI (Direction générale de la sécurité intérieure) et du SCRT (Service central du renseignement territorial) visant à appréhender des profils jugés "à risque"", explique Jean-Charles Brisard.

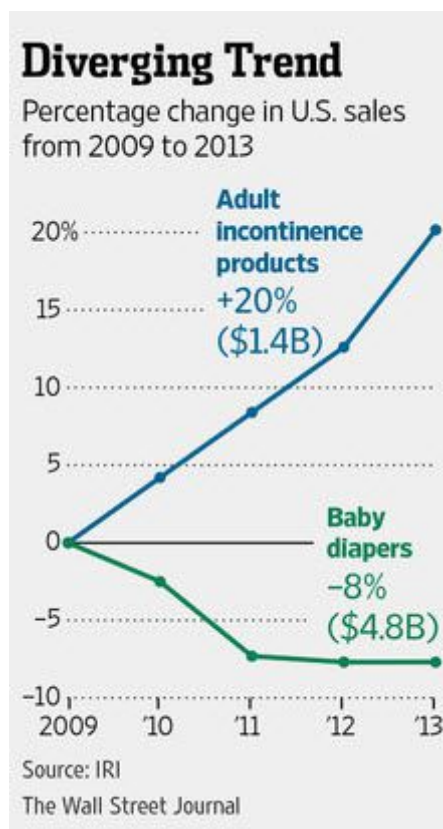
Pour mieux appréhender les départs vers la Syrie, le ministre de l'Intérieur Bernard Cazeneuve a présenté un plan anti-djihad et un projet de loi visant notamment à criminaliser le projet individuel de djihad. L'initiative, qui doit être discutée à l'Assemblée nationale à la mi-septembre, prévoit une dizaine de mesures comprenant l'interdiction de sortie du territoire pour les candidats au djihad, la privation de passeports de djihadistes avérés et le blocage administratif des contenus faisant l'apologie du terrorisme sur Internet. "L'essentiel est d'interpeller ces personnes dès qu'elles émettent le souhait de partir", poursuit l'expert. "Car, au retour en France, il est déjà trop tard. Ces personnes sont déjà formées au maniement des armes et des explosifs."

America's Demographic Crash In One Chart 105,91



Submitted by [Tyler Durden](#) on 09/09/2014 22:46 -0400

While the [Japanification of markets](#) has been a much-discussed topic in recent years, the two nations share another disturbing trend. In 2012, the land of the rising sun saw **sales of adult diapers exceed those of baby diapers...** and as the following chart from [The Wall Street Journal](#) shows, that trend is rapidly occurring in the land of the free...



As *The Wall Street Journal* notes,

"Procter & Gamble Co. is getting back into a business it exited more than a decade ago—making products for adults suffering from incontinence—as it takes aim at the growing ranks of aging Americans.

Births peaked in the U.S. at 4.32 million in 2007 and declined for five years before leveling off recently. Some 3.96 million babies were born in the U.S. last year, according to preliminary data from the Centers for Diseases Control and Prevention.

The number was up slightly from 2012, but the **country's fertility rate dropped to a record low of 62.9 births per 1,000 women of**

Meanwhile, **over 3 million Americans are now turning 65 each year**, according to the Pew Research Center."

Studie zu Jugendarbeitslosigkeit

Junge Menschen falsch ausgebildet 105,92

Stuttgarter Zeitung, 27.08.2014



In Spanien müssen auch viele Jugendliche den Gang zum Arbeitsamt antreten, weil sie keine Stelle finden. *Foto: dpa*
Berlin - Im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit setzen südeuropäische Länder auf falsche Instrumente. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Robert-Bosch-Stiftung, die in Berlin vorgestellt worden ist. Kritik übten die Wissenschaftler an der von der EU beschlossenen Jugendgarantie: Danach verpflichten sich die EU-Staaten, allen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Schule oder nach Beginn der Arbeitslosigkeit einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz anzubieten. Dafür stehen insgesamt sechs Milliarden Euro zur Verfügung. Dieser Ansatz sei problematisch, sagte Professor Clemens Fuest, Präsident des Mannheimer Forschungsinstituts ZEW. Fuest hat Zweifel an der Wirksamkeit. Eine Förderung mit der Gießkanne verbessere die Qualifikation nicht. Die südeuropäischen EU-Länder sollten sich vielmehr auf eine berufsorientierte Ausbildung, die Qualifikation von Jugendlichen ohne Abschluss und eine effektive Arbeitsmarktverwaltung konzentrieren, so die Studie.

Die Robert-Bosch-Stiftung wolle mit ihren Aktivitäten dazu beitragen, dass das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht vergessen werde, sagte die Geschäftsführerin Ingrid Hamm. Laut der Untersuchung sind 5,5 Millionen junge Menschen in der EU arbeitslos. In Südeuropa, wo die Hälfte der jungen Erwachsenen keinen Job hat, wachse eine „verlorene Generation“ heran. Die wichtigste Ursache für Jugendarbeitslosigkeit seien Defizite im Bildungssystem. Europa müsse sich anstrengen, allen Heranwachsenden ein Mindestmaß an Kompetenzen zu vermitteln. Auch die starren Regeln am Arbeitsmarkt, die ältere Erwerbstätige schützen und jungen Menschen den Einstieg erschweren, stellten ein Problem dar. Die Untersuchung kommt außerdem zum Schluss, dass die Arbeitsmarktverwaltung in vielen Ländern Jugendliche nicht erreiche.

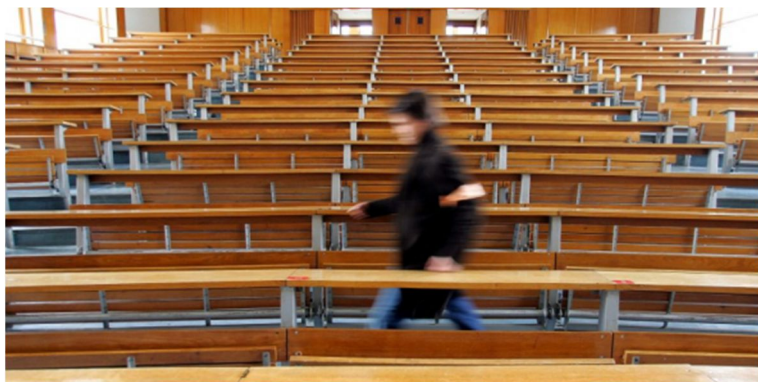
Spanien setzt verstärkt auf die duale Ausbildung

In der Studie setzen sich die Wissenschaftler vor allem mit Erfahrungen in Südeuropa auseinander. Sie bescheinigten Spanien, richtige Reformen am Arbeitsmarkt umgesetzt zu haben. Ein Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien sei darin zu sehen, dass die universitäre Ausbildung dominiere. Die Zahl der Hochschulabsolventen liege in Spanien über dem EU-Durchschnitt. Die berufsnahe Ausbildung sei unterentwickelt. Es fehlten dort betriebliche Qualifikationen. Eine Folge sei, dass es einen hohen Anteil an überqualifizierten Jugendlichen gebe, die praktische Fähigkeiten zu wenig beherrschten. Das spanische Ausbildungssystem solle nach dem deutschen Vorbild stärker auf die duale Ausbildung umgestellt werden, heißt es in der Untersuchung. Lob erhält Spanien dafür, dass zum Beispiel im Baskenland die Einführung der dualen Ausbildung vorangetrieben werde.

Auch in Italien sehen die Forscher Mängel bei der berufspraktischen Ausbildung. Außerdem sei Italien das einzige Land Europas, das seine Ausgaben für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen seit 1995 nicht erhöht habe. Der Anteil der Hochschulabsolventen unter den 25- bis 64-jährigen Italienern liege weit unter dem Durchschnitt der Länder, die Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind. Zudem müssten die italienischen Arbeitsmarktverwaltungen besser werden.

Das Unternehmen Robert Bosch GmbH kündigte vor einigen Monaten an, sich im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zu engagieren. Für Jugendliche aus Südeuropa stellte Bosch 100 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, die Hälfte davon in Deutschland. Der Bosch-Geschäftsführer Christoph Kübel sagte, die Reaktionen anderer Unternehmen auf die Initiative seien sehr positiv. Die Ausbildung südeuropäischer Jugendlicher solle viele Nachahmer finden, sagte Kübel.

Les jeunes ont un meilleur accès à l'éducation, pas à l'emploi (OCDE) 105,94



L'accroissement du niveau de compétence de la population ne s'accompagne pas toujours d'un meilleur accès au marché du travail, "en particulier chez les jeunes", souligne le rapport "Regards sur l'éducation 2014" de l'OCDE

Près de 40% des 25-34 ans sont désormais diplômés du supérieur, contre 25% chez les 55-64 ans. Cet accroissement du niveau de compétence de la population ne s'accompagne pas toujours d'un meilleur accès au marché du travail, selon l'OCDE.

L'accès à l'éducation progresse dans les pays de l'OCDE malgré la crise économique, selon le rapport "Regards sur l'éducation 2014" de l'Organisation de coopération et de développement économiques dévoilé ce mardi 9 septembre. Les diplômés ne sont toutefois pas à l'abri d'une augmentation du taux de chômage, même si les jeunes peu instruits sont les plus touchés, ce qui fait planer une menace sur "la cohésion sociale".

Des jeunes toujours plus éduqués

Près de 40% (39% précisément) des 25-34 ans sont désormais diplômés du supérieur contre 24% chez les 55-64 ans. Dans de nombreux pays, l'écart est supérieur à 20 points. Celui que connaît la France s'explique par la faible instruction de ses seniors (20% seulement sont diplômés de l'enseignement tertiaire) et des bons chiffres chez les jeunes (43% ont obtenu un diplôme). À contrario, les États-Unis connaissent un écart minime, les deux générations affichant un pourcentage très proche de diplômés (entre 40 et 45%)

La crise économique de 2008 *"n'a pas ralenti ce processus d'expansion"* et dans les pays émergents, *"les taux de scolarisation - qui étaient relativement faibles - augmentent à un rythme plus soutenu que dans les pays industrialisés"*, relève Angel Gurría, secrétaire général de l'OCDE, cité dans un communiqué.

Disparités en fonction du niveau de l'éducation

L'accroissement du niveau de compétence de la population ne s'accompagne pas toujours d'un meilleur accès au marché du travail, *"en particulier chez les jeunes"*, souligne le rapport. Dans les pays de l'OCDE, le taux de chômage des diplômés du supérieur s'établissait, en moyenne, à 5% en 2012 (contre 3,3% en 2008), mais à 7,4% chez les 25-34 ans (contre 4,6% en 2008).

Par comparaison, le taux de chômage des personnes âgées de 25 à 34 ans dont le niveau de formation est inférieur au lycée a atteint 19,8% en 2012 (et les chiffres sont plus élevés encore dans de nombreux pays), alors qu'il était de 13,6% en 2008. Ces chiffres confirment que ce sont les jeunes peu instruits que la crise économique *"frappe le plus durement"*.

Sozialer Aufstieg ist in Österreich besonders schwer 105,95

LISA NIMMERVOLL

9. September 2014, 11:00

OECD kritisiert Österreich in der neuen Studie "Education at a Glance 2014" für seine – besonders für Frauen – geringe "Aufwärtsmobilität". Erneut erhält aber Österreichs berufliches Bildungssystem sehr gute Werte

Mehrere besorgniserregende Ergebnisse, aber auch einige gute Nachrichten über das Bildungssystem hat die neueste OECD-Studie "Education at a Glance 2014" ("Bildung auf einen Blick") für Österreich parat. Die "umfassendste internationale Datensammlung zu Bildung und Kompetenzen", wie es in dem 728-Seiten-Kompendium über die Analyse von 34 OECD-Mitgliedstaaten und einer Reihe weiterer Länder, darunter G-20-Staaten (Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) sowie andere Partnerländer, heißt, wird weltweit in neun verschiedenen Städten präsentiert – an diesem Dienstagvormittag in Paris, Brüssel, Berlin, Madrid und Rom.

Die zentralen Aussagen für Österreich auf der Minusseite: In kaum einem anderen Land ist es so schwer, "nach oben zu kommen", also "Aufwärtsmobilität" durch Bildung zu schaffen, wie hierzulande – generell, aber besonders für Frauen. Der familiäre Hintergrund hat einen enormen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder, die Akademikerrate ist nach wie vor sehr niedrig, und um die Lesekompetenzen – sowohl in der jüngeren als auch in der älteren Bevölkerungsgruppe – ist es in Österreich nicht gut bestellt, was in der Folge negative Effekte für die Vermittelbarkeit auf dem [Arbeitsmarkt](#) hat.

Auf der Plusseite stehen aber ebenfalls ein paar Dinge: Erneut sehr gute Noten gibt es für das berufsbildende Schulsystem und den im OECD-Vergleich niedrigen Anteil an jungen Menschen, die weder in eine Schule gehen, noch sonst eine Beschäftigung haben.

[Info zu Tableau](#)

Grafik: Florian Gossy

OECD-Generalsekretär Angel Gurría betont in seinem Vorwort die Bedeutung von Bildung und Kompetenzen als "Schlüssel zu einem Wachstum, von dem alle profitieren". Die neue Ausgabe von "Education at a Glance" zeige "deutlich, wie wichtig Bildung und Kompetenzen für den sozialen Fortschritt sind".

Dementsprechend zieht sich dann auch wie ein gesellschaftspolitisches Menetekel der stete Hinweis auf die soziale Dimension von Bildung bzw. deren Einfluss auf den "sozialen Fortschritt" durch die Studie. So warnt Gurría etwa vor einer "Vertiefung der sozioökonomischen Kluft, denn das Ausbildungs- und das Kompetenzniveau wirken sich in immer stärkerem Maße auf die Lebenschancen der einzelnen Menschen aus".

Nur Deutschland und Tschechien liegen noch weiter hinten

Was also sind die zentralen Botschaften für Österreich? Fangen wir mit den schlechten Nachrichten an. Sie betreffen das Thema Bildungsgerechtigkeit: In nur zwei anderen Ländern, die in die Analyse einbezogen wurden, weil es dafür Vergleichsdaten gab, ist es noch schwieriger, durch Bildung sozialen Aufstieg zu erreichen, als in Österreich – und das ganz besonders, und gegenläufig zu den anderen Vergleichsländern, für Frauen: Beim Indikator "Aufwärtsmobilität" zwischen den Generationen, der den Einfluss des familiären (Bildungs-)Hintergrunds der Eltern misst, rangiert Österreich abgeschlagen auf Rang 21 von 23 Ländern.

Dahinter kommen nur noch Deutschland und Tschechien, wo die Chancen für Kinder, einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern zu erwerben, noch geringer sind.

Spitzenreiter bei der Ermöglichung von sozialem Aufstieg sind Finnland, Flandern (Belgien), Korea und die Russische Föderation, wo mehr als 55 Prozent der Kinder über einen höheren Bildungsstand als ihre Eltern verfügen. Dagegen haben nur 29 Prozent der 25- bis 64-jährigen Österreicherinnen und Österreicher, die nicht mehr in einer Ausbildung sind oder nicht mehr studieren ("Nichtschüler/Nichtstudierende"), einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern.

Und wo im OECD-Durchschnitt zwölf Prozent der Erwachsenen einen niedrigeren Bildungsstand als ihre Eltern haben, sind es in Österreich mehr als 15 Prozent. Österreich sticht – mit Deutschland, Italien, der Slowakei, Spanien, Tschechien und den Vereinigten Staaten – auch negativ heraus beim Anteil der Erwachsenen, die den gleichen Bildungsstand wie ihre Eltern erreicht haben. Hierzulande ist er nämlich höher als der Schnitt aller verglichenen Länder, wo er bei 40 bis 50 Prozent liegt.

Für Frauen ist es besonders schwierig

"Es scheint in Österreich besonders schwierig zu sein, einen Hochschulabschluss zu erlangen, wenn die Eltern weniger als einen Sekundarstufe-II-Abschluss haben", heißt es in der Österreich-Analyse – wenn die Eltern also nur Pflichtschule oder eine mittlere Schule ohne Matura haben. Die Zahlen: Im OECD-Schnitt ist die Chance für Kinder aus solchen Familien doppelt so hoch wie in Österreich (20 vs. 10 Prozent)

Überraschendes Detail beim Mobilitätsindikator: "Ungewöhnlich" sei, dass in Österreich Männer deutlich öfter "aufwärtsmobil" sind als Frauen (33 vs. 25 Prozent). In den meisten anderen OECD-Staaten ist es umgekehrt. Nicht nur ist der Aufstiegswert generell deutlich höher, dort schaffen im Schnitt 40 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern. Für Frauen ist in Österreich der soziale Aufstieg also besonders schwierig.

Achtung, abwärts geht's schnell

Aber nicht genug, dass in Österreich der soziale Aufstieg extrem schwierig ist – es ist auch umgekehrt die Chance überdurchschnittlich groß, dass nicht einmal das Bildungsniveau der Eltern erreicht wird, es also zu sozialem Abstieg kommt. Österreich ist das Land mit der höchsten "Abwärtsmobilität", selbst wenn die Eltern Akademiker sind. Während in allen anderen OECD-Ländern die Hälfte der Erwachsenen mit Akademikereltern ebenfalls Akademiker werden, sind es in Österreich nur 42 Prozent.

Im OECD-Schnitt befinden sich vier von fünf (83 Prozent) 15- bis 19-Jährigen in einer Schule, typischerweise einer höheren Schule, oder auf dem Weg zu einer Ausbildung im Tertiärsektor, also Uni oder Fachhochschule. Österreich liegt hier mit 79 Prozent unter dem OECD-Wert. Das setzt sich dann in einer entsprechend niedrigen Akademikerquote fort. Dazu heißt es in "Education at a Glance": "Der Zugang zum Tertiärbereich wird auch durch Ungleichheiten in vorgelagerten Bildungsbereichen beeinflusst."

Bereits aus der Pisa-Studie sei dieser Zusammenhang hinlänglich bekannt. Im Durchschnitt erzielt ein Schüler mit günstigerem sozioökonomischem Hintergrund 39 Punkte mehr in Mathematik als ein weniger begünstigter Schüler, was fast einem Jahr Unterricht entspricht. OECD-Schlussfolgerung: "Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich ist von essenzieller Bedeutung, um allen Schülern, unabhängig vom Bildungsstand ihrer Eltern, deren Beruf oder Erwerbsstatus, die Chance auf einen Zugang zum Tertiärbereich zu eröffnen."

Aus der Pisa-Studie wisse man auch, "dass sich die Leistungen von Schülern mit sozioökonomisch ungünstigem Hintergrund in mehreren Ländern, in denen stärker auf Chancengerechtigkeit ausgerichtete

Maßnahmen entwickelt und umgesetzt wurden, verbessert haben".

Viel Geld für wenige Akademikerinnen und Akademiker

Insgesamt laboriert Österreich nach wie vor an einer vergleichsweise niedrigen Akademikerrate. Liegt der OECD-Akademikerschnitt für die 25- bis 65-Jährigen bei 33 Prozent, waren es in Österreich im Bezugsjahr 2012 20 Prozent. Damit liegt Österreich noch immer unter dem OECD-Wert des Jahres 2000 (22 Prozent), aber hat doch zugelegt (2000: 14 Prozent). Nimmt man die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen, befindet sich Österreich auf Platz 33 von 36. 23 Prozent Akademiker in dieser Altersklasse liegen doch weit unter den 40 Prozent der OECD-Länder insgesamt.

Dafür lässt sich Österreich die Produktion seiner vergleichsweise wenigen Akademiker einiges, nein: viel, sogar sehr viel kosten. Es zeigt sich einer der höchsten Beträge in der ganzen OECD. Österreich gehört zu den drei Ländern, die den höchsten staatlichen Aufwand für die Ausbildung von Akademikern haben.

So gibt der österreichische Staat für Akademiker um 68.000 US-Dollar mehr öffentliche Gelder aus wie für die Ausbildung eines Absolventen einer Schule im Sekundarbereich. Im OECD-Schnitt kommen Akademiker die Staaten rund 38.000 US-Dollar teurer als die Absolventen auf der nächstniedrigeren Bildungsstufe. Nur Dänemark und die Niederlande geben noch mehr für ihre Akademiker aus als Österreich.

Es lohnt sich aber trotzdem

Diese Investition macht sich allerdings auch bezahlt, nicht nur für die Hochschulabsolventen selbst, sondern auch für den Staat, weil Akademiker später mehr Geld durch Einkommenssteuern und höhere Sozialversicherungsbeiträge einbringen, aber auch niedrigere Kosten in Form von Sozialtransfers verursachen als Steuerzahler mit niedrigerer Bildung und entsprechend niedrigerem oder gar keinem Einkommen.

Laut "Education at a Glance" beläuft sich der staatliche Nettoertrag aus einer Investition in einen Abschluss im Tertiärbereich im OECD-Schnitt bei einem Mann auf mehr als 105.000 US-Dollar (81.060 Euro, mit Sekundarabschluss: 39.000 US-Dollar), bei einer Frau mit Uni-Abschluss auf mehr als 60.000 US-Dollar (mit Sekundarabschluss: 24.000 US-Dollar / 30.107 Euro). Unter Berücksichtigung der direkten Kosten, des entgangenen Einkommens und der öffentlichen Zuschüsse übertrifft der staatliche Nutzen bei einem männlichen Absolventen des Tertiärbereichs den staatlichen Aufwand um das Vierfache, bei einer Absolventin um das 2,5-Fache.

Bildung hilft gegen Arbeitslosigkeit

Dazu kommt, dass eine akademische Ausbildung noch immer ein sehr guter Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist. In Österreich ganz besonders: Insgesamt sind im OECD-Schnitt mehr als 80 Prozent der Erwachsenen mit einem Hochschulabschluss in Beschäftigung, aber weniger als 60 Prozent der Erwachsenen mit einer Ausbildung unterhalb des Sekundarbereichs II, also einer höheren Schule mit Maturaabschluss. In Österreich hingegen ist die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen sogar noch größer, seit dem Jahr 2000 liegt sie konstant bei 30 Prozentpunkten.

Altersübergreifende Leseschwäche

Einigermaßen trist ist der Befund zur Lesekompetenzen, bei denen es in Österreich quasi an allen Ecken und Enden mangelt. "Unbefriedigend" seien die Lesekenntnisse sowohl bei jüngeren als auch bei älteren Menschen, heißt es in der OECD-Analyse. Nur 13 Prozent der 25- bis 34-Jährigen schafft die höchsten Kompetenzlevels 4 und 5 beim Lesen, im OECD-Schnitt sind es 18 Prozent. Ähnlich das Bild in der älteren Generation: Von den 55- bis 64-Jährigen sind nur zwei Prozent unter den Besten, OECD-weit ist der Wert in dieser Altersgruppe mehr als doppelt so hoch (5 Prozent).

"Das ist besonders besorgniserregend", schreiben die OECD-Analysten, "weil Österreich eines jener Länder ist, in denen niedrige Kompetenzen einen signifikanten Einfluss auf Karrierechancen haben." Die Beschäftigungsraten für die Highperformer beim Lesen sind mit fast 90 Prozent (89) wesentlich höher als für Menschen, die nicht gut lesen können (73 Prozent).

Immerhin: Rechnen im Sinne von Alltagsmathematik liegt den Österreichern offenbar mehr, denn bei den rechnerischen Fähigkeiten rangiert das Land im OECD-Schnitt.

Berufliche Bildung eine starke Säule

Zum Positiven: Die berufliche Bildung wird erneut als "wichtige Säule des österreichischen Bildungssystems" hervorgehoben. Hier nimmt Österreich einen Spitzenplatz ein. Im Vergleichsjahr 2012 waren hierzulande 76 Prozent der Schüler, die eine höhere Schule, also die Sekundarstufe II (Schulen mit Matura, also AHS bzw. HAK, HTL, HBLA) besuchten, in einer berufsbildenden Schule. Das ist der zweithöchste Wert in der OECD.

Ganz vorne, auf Platz 4 von 37 Ländern, liegt Österreich auch mit seinem hohen Anteil jener Menschen, die als höchsten Bildungsabschluss eine höhere Schule der Sekundarstufe II, also mit Maturaabschluss, haben. 63 Prozent der 25- bis 64-Jährigen fallen in diese Gruppe, OECD-weit sind es 44 Prozent.

Wenige Weder-noch-Jugendliche

Besonders hervorgehoben wird auch der besonders niedrige Wert der "Weder-noch"-Gruppe: Mit 9,7 Prozent 15- bis 29-Jährigen, die weder eine Schule bzw. Ausbildung absolvieren, noch in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, liegt Österreich deutlich unter dem OECD-Schnitt von 15 Prozent.

Traditionell hoch ist die Attraktivität der österreichischen Universitäten für ausländische Studierende. 15 Prozent aller Studierenden hierzulande kommen aus dem Ausland, das gilt als eine der "höchsten Konzentrationen internationaler Studierender" in einem Land.

Überalterte Lehrerschaft

Bezüglich des Schulbereichs wird von der OECD darauf hingewiesen, dass "trotz hoher Einkommen die Lehrerschaft in Österreich rapide altert". In Österreich sind mehr als die Hälfte der Lehrer in der Sekundarstufe 50 Jahre und älter, im OECD-Schnitt 36 Prozent.

Dazu kommt eine problematische Altersdynamik: Während im Durchschnitt aller Länder mit vergleichbaren Daten der Anteil der Lehrkräfte im Sekundarbereich, die 50 Jahre und älter sind, zwischen 2002 und 2012 um vier Prozentpunkte und in Italien, Japan, Korea und Portugal um mindestens zehn Prozentpunkte gestiegen ist, waren es in Österreich sogar 26 Prozentpunkte. Umgekehrt steigen nur vergleichsweise wenige junge Pädagoginnen und Pädagogen in die Sekundarstufe I als Lehrerin oder Lehrer ein: 24 Prozent der Sekundarstufenlehrer sind unter 40 Jahre alt (OECD: 36 Prozent).

Hohe Lehrgelöhner, wenige Unterrichtsstunden im Vergleich

Mit 78.500 US-Dollar (60.600 Euro) Jahresgehalt für Lehrer in der Sekundarstufe I (mit maximalen Qualifikationen, wie die OECD schreibt), bekommen österreichische Lehrer „eines der höchsten Gehälter in der OECD“, wo der Schnitt bei 53.686 US-Dollar (41.444 Euro) liegt. Österreich gehört neben Chile, Israel und Korea zu jenen Ländern, in denen die Gehälter in der obersten Gehaltsstufe mindestens doppelt so hoch wie die Anfangsgehälter sind.

Bei den zu unterrichtenden Stunden wird Österreich im Bericht neben Island, Japan, Tschechien, der Türkei und Ungarn explizit hervorgehoben: Es gehört nämlich zu jenen Ländern, in denen der Anteil der Arbeitszeit, die Lehrkräfte in der Sekundarstufe I im Unterricht verbringen, bei weniger als 35 Prozent liegt – wohingegen er etwa in Schottland 63 Prozent beträgt. (Lisa Nimmervoll, derStandard.at, 9.9.2014)

Der Bericht der [OECD im Volltext](#)

OECD-Bildungsbericht 2014; Überraschendes Lob für die deutsche Lehre 105,99

Johann Osel 9 septembre 2014 Süddeutsche Zeitung Online

Deutschland bilde zu wenige Akademiker aus, kritisierte die OECD in den vergangenen Jahren. Im jüngsten Bildungsbericht lobt sie nun ausdrücklich das duale Ausbildungssystem - und die "damit einhergehenden niedrigen Erwerbslosenquoten".

Trotz des jüngsten Ansturms auf die Hochschulen weist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem "Bildungsbericht 2014" auf einen Rückstand Deutschlands bei den Akademikerquoten hin. 31 Prozent der jungen Menschen hierzulande werden im Verlauf ihres Lebens voraussichtlich ein Studium abschließen, heißt es in der am Dienstag präsentierten Studie. Im OECD-Schnitt seien es 38 Prozent, in Ländern wie Finnland, Dänemark oder Polen um die 50 Prozent.

Die "Bildungsexpansion in vielen OECD-Ländern" habe zudem jungen Menschen die Möglichkeit verschafft, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen als ihre Eltern. In Deutschland sei bei den formalen Abschlüssen dagegen "kein wesentlicher Zuwachs" von Generation zu Generation zu erkennen. 65 Prozent der jetzigen Studenten stammten aus akademischen Elternhäuser.

Allerdings würdigt die Organisation die Steigerung der Studenten - seit 2011 sind es nun jährlich etwa eine halbe Million Erstsemester. Und ausdrücklich betont die OECD das duale Ausbildungssystem und die "damit einhergehenden niedrigen Erwerbslosenquoten". Das deutsche System der Lehre könne ein Grund sein, dass die Neigung zum Studieren "in Deutschland möglicherweise schwächer ausgeprägt ist als in anderen Ländern". Erst seit dem Bericht im vergangenen Jahr betont die OECD diese Besonderheit des deutschen Systems - in den Jahren zuvor hatte es dagegen Konflikte zwischen der Organisation und der Bundesregierung gegeben.

Die deutsche Bildungspolitik lobt sich selbst

Insofern können Bildungspolitiker von Bund und Ländern am Dienstag ohne Verteidigungshaltung und Schaum vorm Mund auf die Ergebnisse blicken. "Deutschland bildet sich wie nie zuvor. Und das ist die beste Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel", sagt Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) bei der Präsentation der Ergebnisse in Berlin. "Der Erfolg unseres Bildungssystems resultiert auch daraus, dass den jungen Menschen mit Hochschulausbildung und beruflicher Bildung zwei gleichwertige Alternativen zur Verfügung stehen. Beide bieten optimale Möglichkeiten für die berufliche Zukunft."

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Schulministerin von Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann, sagte: "Deutschland hat in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um die Qualität des Bildungswesens nachhaltig zu steigern. Die Investitionen zahlen sich aus."

Die Debatte über eine bessere Balance zwischen Studium und Ausbildung wird freilich weitergehen. Zum Ausbildungsbeginn vergangene Woche hatte sich sogar Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu Wort gemeldet, sie sorgt sich um die Zukunft der dualen Ausbildung. "Wir müssen aufpassen, dass wir noch genügend junge Leute haben, die auch eine duale Ausbildung machen."

Handwerk sowie Industrie- und Handelskammern sprachen jüngst von einem "Akademiker-Wahn", sie verwiesen auf mehr als 80 000 unbesetzte Lehrstellen. Nach den Worten des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Eric Schweitzer, dürften sich die Jobchancen für Beschäftigte mit einer Berufsausbildung künftig deutlich verbessern. Das gelte nicht nur für die Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch fürs Gehalt. "Perspektivisch dürfte sich das Einkommensgefüge insgesamt sogar zugunsten der beruflich Gebildeten verschieben, wenn der Trend zur Akademisierung weitergeht", so Schweitzer.

Gewaltiger Akademiker-Vorsprung beim Verdienst

Dem widerspricht nun allerdings der **OECD-Bericht**. Demnach verdienen Akademiker in Deutschland im Schnitt 74 Prozent mehr als Erwerbstätige, die nach der Realschule oder dem Gymnasium weder zur Universität oder Fachhochschule gegangen sind oder auch keinen Meisterkurs besucht haben. Eine Kluft, die gewachsen sei, 2000 lag dieser Vorsprung nur bei 45 Prozent. Im Schnitt der anderen OECD-Nationen liegt der Einkommensvorteil bei 59 Prozent.

In weiteren Fragen verteilt der OECD-Bildungsbericht Lob wie Tadel für Deutschland. Mit zehn Prozent seien weniger 15- bis 29-Jährige weder in Bildung noch Ausbildung als im Schnitt der untersuchten Staaten (15 Prozent). Gleichwohl sei in der Bundesrepublik der Bildungserfolg wie in kaum einem anderen Industrieland nach wie vor eng gekoppelt an die soziale Herkunft.

Deutlich mehr Mädchen und Jungen nehmen Angebote der frühkindlichen Bildung wahr - 91 Prozent der Dreijährigen und 96 Prozent der Vierjährigen. Mehr als in anderen Ländern. Ein Anstieg ist zu verzeichnen bei Frauen in naturwissenschaftlichen Studiengängen - sie machen 44 Prozent aller Abschlüsse aus, drei Prozentpunkte mehr als im OECD-Durchschnitt.

Süddeutsche Zeitung GmbH

Bildung, aber richtig 105,101

Dr. Thomas Sebastian Vitzthum

10 septembre 2014

Wenn sich die Komplexität eines Systems in der Zahl der Seiten ausdrückt, die es braucht, um es auf Papier zu beschreiben, dann handelt es sich bei den Bildungssystemen der OECD-Länder offenbar um sehr komplexe Gebilde. Für ihren Bericht "Bildung auf einen Blick 2014" füllt die Organisation, die vor allem mit den Pisa-Studien Aufsehen erregt, mehr als 700 Seiten. Der Titel beweist beinahe Humor.

Der dicke Band zeigt eindrucksvoll, dass sich Bildung, ihre Institutionen, ihre Wege, Verzweigungen und Ziele im Vergleich der mehr als 30 Mitgliedsstaaten eben nicht "auf einen Blick" darstellen lassen. Dennoch wird der Versuch unternommen. Jedes Jahr wieder. Dabei lenkt die OECD verlässlich den Blick auf einige wenige Aspekte ihrer Analysen. Diesmal ist es der Bildungsauf- oder abstieg. Das ist schon der zweite derartige Versuch. Die Daten stammen aus einer Studie namens Piac, die vor einem Jahr erschien. Hatte sie nicht genug Aufsehen erregt? Jedenfalls verkündet die OECD nun noch einmal, dass in Deutschland 24 Prozent der jungen Menschen zwischen 25 und 34 Jahren ein geringeres Bildungsniveau hätten als ihre Eltern. Abwärtsmobilität heißt das in ihrem Studiensprech.

Es ist ehrenwert, dass sich Bildungsministerin Johanna Wanka bei der Vorstellung des Berichts nicht, wie es eigentlich bei solchen Gelegenheiten üblich ist, x-fach bei den Verfassern für die "enorm hilfreichen" Erkenntnisse bedankte, sondern widersprach. Tatsächlich zeugt es von einem abstrusen Gesellschaftsbild, den vermeintlichen Auf- oder Abstieg überhaupt zu ermitteln; so, als handle es sich um eine Art Wetterbericht. Heute ist es also kühler als gestern, ist das nun gut oder schlecht? Das Kind eines Akademikers entscheidet sich für eine Lehre zum Tischler, ist das nun gut oder schlecht? Laut OECD hat es sich damit für den Abstieg entschieden. Dabei zeugt es doch auch von Bildung, von Erkenntnis, wenn jemand seinen Platz im Leben und in der Arbeitswelt nicht danach auswählt, was ihm seine Eltern vorschreiben oder vorleben. Doch bei der Eigenverantwortlichkeit und beim Faktor Zufriedenheit enden die Analysefähigkeiten der OECD seit jeher.

Stattdessen appellieren ihre Vertreter an diejenigen, die nachfragen, akademische und berufliche Bildung nicht gegeneinander auszuspielen. Da wird es albern: Keine Organisation redet der Hochschulbildung als dem Maß aller Dinge so sehr das Wort. Gegen Wankas Kritik wehrte sich der Vertreter der OECD mit dem Hinweis, dass dann eben die Politik dafür sorgen müsse, dass die berufliche Ausbildung - rein formal! - auf die Ebene des Hochschulabschlusses gehoben werde. So banal ist das also.

Parlez-vous le Michel Sapin ? 105,102

Publiée 10/09/2014 à 16:04



FIGAROVX/OPINION - Pour Jean-Pierre Robin, qui a suivi attentivement l'annonce de Michel Sapin de ce matin, le manque de clarté du discours du ministre des finances symbolise l'absence de politique économique claire.

Jean-Pierre Robin est chroniqueur économique au Figaro.

Des comptes rendus de conseil des Ministres on ne s'attend évidemment pas à éprouver des plaisirs littéraires. Mais au moins espère-t-on y trouver des explications limpides sur les grands sujets du moment, surtout quand il s'agit de «la situation économique et financière» de la France. Or la communication faite ce mercredi 10 septembre par [Michel Sapin](#) à cet égard est proprement incompréhensible.

Après avoir annoncé à ses collègues que la croissance économique ne serait que de 0,4% en 2014, soit deux fois plus faible que prévu, tout comme d'ailleurs l'inflation, le ministre des Finances en est venu aux conséquences sur les finances publiques. Et là l'obscurité a été totale.

Cette approximation est révélatrice de la confusion généralisée dans laquelle se décide la politique économique et la manière, technocratique et hors sol, dont elle est exposée aux Français.

«Dans ce contexte nouveau, la France n'atteindra pas cette année son objectif de déficit, malgré la maîtrise complète des dépenses de l'Etat: il devrait se situer à 4,4% en 2014», a-t-il expliqué. Or cette phrase n'a strictement aucun sens, car le pourcentage en question ne dit rien sur la chose à laquelle il se rapporte.

On croit deviner bien sûr qu'il s'agit du PIB, le produit intérieur brut, autrement dit la richesse produite par le pays annuellement. Une négligence d'expression dira-t-on si on veut se montrer indulgent. En réalité cette approximation est révélatrice de la confusion généralisée dans laquelle se décide la politique économique et la manière, technocratique et hors sol, dont elle est exposée aux Français.

Tout d'abord l'habitude prise de tout ramener au [PIB](#), le montant des déficits entre autres, est une très grave erreur. Au lieu de dire que le déficit public représentera 4,4% du PIB, ce qui peut paraître marginal en soi, il serait bien plus pertinent d'énoncer qu'il atteindra 88 milliards d'euros cette année. Certes on objectera que ces grands chiffres d'apparence astronomique ne sont pas «parlants» pour le profane, comparés par exemple aux salaires d'un ménage ou à son budget de consommation.

Il y a pourtant une façon de s'en tirer et de présenter les chiffres «macroéconomiques», ceux du PIB notamment qui est de l'ordre de 2060 milliards d'euros, ou du budget de l'Etat qui est de 371 milliards d'euros, en leur

donnant un sens. Il suffirait de dire que les recettes de l'Etat ne représenteront que 80% de ses dépenses cette année. Et là chacun saisira immédiatement la gravité de la situation: un ménage ne saurait couvrir ses besoins à hauteur de 80%, sauf à cesser de payer ses impôts et ses loyers. Or bien peu de gens oseraient évidemment recourir à de tels expédients!

On trouve hélas bien d'autres approximations dans la communication de Michel Sapin au conseil des ministres. Ainsi il semble confondre le déficit de l'Etat, ce qui est une chose, avec l'ensemble des déficits des administrations, autrement dit non seulement l'Etat, mais aussi les comptes sociaux et les budgets des collectivités locales. Cette confusion est en réalité permanente et elle ne facilite ni les débats ni leur compréhension par le grand public.

La communication donnée au conseil des Ministres n'a évidemment guère d'importance en soi si ce n'est qu'elle dénote une grande insouciance : on ne cherche pas réellement à expliquer et encore moins à convaincre. Sinon on saurait trouver les mots justes et concrets au lieu du brouet technique mal assimilé que nous servent les ministres à la radio ou à la télévision.

De même la présentation globale qui est toujours faite des «dépenses publiques» fausse totalement les enjeux. Il faudrait au contraire distinguer le plus soigneusement possible ce qui relève des mécanismes d'assurance (les comptes de la santé, des retraites et du chômage) des dépenses publiques de l'Etat qui sont quant à elles financées par l'impôt. Ce sont deux logiques fondamentalement différentes. Le mélange qui est fait constamment entre les deux domaines tend à déresponsabiliser les publics concernés, c'est-à-dire nous tous.

La communication donnée au conseil des Ministres n'a évidemment guère d'importance en soi si ce n'est qu'elle dénote une grande insouciance: on ne cherche pas réellement à expliquer et encore moins à convaincre. Sinon on saurait trouver les mots justes et concrets au lieu du brouet technique mal assimilé que nous servent les ministres à la radio ou à la télévision.

La fameuse «clarté française» et l'élégance ne sont manifestement pas leur fort. Et pas seulement dans le domaine économique. Ces derniers jours où les vilénies du député [Thomas Thévenoud](#), ont au moins eu le mérite de présenter les problèmes fiscaux de façon vivante et claire pour le grand public, on a entendu un ministre «important» de la République nous dire qu'il était «interpellé au niveau du vécu» (sic).

Se plaindre des défauts d'expression des responsables politiques pourrait apparaître pour de la cuistrerie. Bien au contraire il s'agit d'un problème de fond et de fonctionnement démocratique. Les échecs retentissants de notre politique économique n'ont pas d'autre explication. «Ce qui se conçoit bien s'énonce clairement et les mots pour le dire arrivent aisément» selon le dicton qui devrait s'imposer à tous.


11. September 2001

„Dieses Bild strahlt Ruhe aus“ 105,104

Richard Drew fotografierte am 11. September 2001 den „Falling Man“. Das Bild des Mannes, der aus dem World Trade Center springt, wurde zum umstrittensten Dokument der Anschläge. Der Fotograf selbst kann die Aufregung darum nicht verstehen.

10.09.2014, von ALFONS KAISER, NEW YORK



© PICTURE-ALLIANCE  Das Bild ging um die Welt: der „Falling Man“

Als er raus war aus dem Katastrophengebiet, ging er zu Fuß die fast fünf Kilometer ins Büro am Rockefeller Center, klappte den Laptop auf, steckte die Speicherkarte hinein – und sah dieses Bild. Der Bildredakteur nickte, und Richard Drews Foto, eigentlich ein Querformat, ging als Hochformat in den internationalen Bilderdienst der Nachrichtenagentur AP. Am 11. September 2001 um 9.41 Uhr geschossen, wurde zum umstrittensten Dokument der Anschläge auf das World Trade Center. Wenn man Richard Drew darauf anspricht, zuckt er nur mit den Schultern.



Autor: Alfons Kaiser, Jahrgang 1965, verantwortlicher Redakteur für das Ressort „Deutschland und die Welt“. Folgen:

Zu sehen ist ein Mann, der vor den senkrechten Linien der Fassade des World Trade Center kopfüber in die Tiefe fällt, ein Bein angewinkelt, die Arme an den Körper gelegt. An den Stellen, an denen die Flugzeuge um 8.46 Uhr und um 9.02 Uhr in die Zwillingstürme schossen, entwickelte sich schnell eine unglaubliche Hitze. In den Stockwerken über den Bränden war kaum ein Entkommen. Viele Menschen sprangen fast 400 Meter tief in den Tod. Richard Drew ließ die Automatik rattern und riss das Objektiv, den Sturz verfolgend, nach unten. Denn Menschen, das hat er an diesem Tag gelernt, fallen sehr schnell.

Im neuen „9/11 Museum“ an dem Ort, an dem einst die Türme standen, sind in einem mit Warnhinweis versehenen Raum mehrere Fotos mit Fallenden zu sehen. Aber der „Falling Man“, wie das Bild bald genannt wurde, ist am eindrucklichsten, wegen der fallenden Linien, der kühlen Konstruktion, man muss fast sagen: wegen der Ästhetik. „Und aus noch einem Grund“, meint Richard Drew: „Es strahlt Ruhe aus. Es ist kein brutales Foto.“ Seine weiteren sieben oder acht Bilder von diesem Fall zeigen allerdings, dass der Mann wie all die anderen in unkontrollierten Bewegungen stürzte.

Überall beschwerten sich Leser über das Bild

Hunderte von Zeitungen in aller Welt veröffentlichten in den Tagen danach das Bild, und überall beschwerten sich Leser. Die „New York Times“ druckte es am 12. September 2001 groß, danach jahrelang nicht mehr. Darf man einen Menschen abbilden, der in den Tod springt? Richard Drew hat dafür die nüchternste Antwort: „Ich habe ihn abgebildet, als er noch am Leben war.“

Für andere Berichterstatter war dieser Tag ein Wendepunkt. David Handschuh von den „New York Daily News“ erzählt, er habe am 12. September 2001 seiner Redaktion gesagt, er wolle nie mehr jemanden fotografieren, der stirbt – seitdem konzentriert er sich auf Themen wie Essen, Trinken, Reisen. Richard Drew dagegen machte weiter. „Ich freue mich nicht auf schreckliche Einsätze, ich mache sie.“ Ist das Gleichmut, Zynismus, Berufsethos?



Richard Drew: Er fotografierte Modeschauen, Sportereignisse, Börsenszenen, Prominenten – und die Anschläge des 11. September © CORBIS

Vielleicht ist es auch Erfahrung. Richards Drew arbeitet seit 44 Jahren bei der Nachrichtenagentur Associated Press mit Sitz in New York. Und er war schon mit Anfang 20 Zeuge eines historischen Ereignisses. Als Robert F. Kennedy in der Nacht zum 5. Juni 1968 in der Küche des Hotels Ambassador in Los Angeles angeschossen wurde (er starb am folgenden Tag), stand er als blutjunger Fotoreporter daneben – und hielt auf den schwer verletzten Senator. Seither hat er bei seinen Einsätzen in New York alles fotografiert, Preisverleihungen, Wahlkämpfe, Börsenszenen, Prominente, Polizeieinsätze.

Als es aus der U-Bahn stieg, rauchten beiden Türme

Am 11. September 2001 hatte er gerade zwei Wochen in Flushing Meadows, beim Tennisturnier, hinter sich gebracht. Um halb neun an dem Dienstagmorgen, der die Welt veränderte, fotografierte er backstage, vor der Modenschau von Liz Lange, die mit lauter schwangeren Models Umstandsmode auf den Laufsteg brachte. Es war wahrscheinlich die in den Medien am wenigsten beachtete Schau in der Geschichte der New Yorker Modewoche. Drew lief, als er von seinem Büro um kurz vor neun angerufen wurde, zur U-Bahn und fuhr nach Downtown. Die Modenschau fand dann zwar noch weiter statt, aber die Modewoche wurde eine Stunde später abgesagt.

Als er an Chambers Street aus der U-Bahn stieg, wunderte er sich, dass nun beide Türme rauchten. Er ging westlich, weil der Wind den Rauch nach Osten trieb und hier die Sicht frei war. Von der Ecke West und Vesey Street hatte er einen guten Blick auf beide Türme, und mit seiner Nikon DCS-620 (Objektiv 70-200) nahm er Hunderte Fotos auf. „Wenn etwas passiert“, meint er trocken, „dann laufen wir halt hin, nicht weg.“

Die ablehnenden Reaktionen auf sein Foto kann er nicht verstehen: „Wir müssen doch dokumentieren.“ Vor einigen Jahren meldete sich bei ihm ein Mann, dessen Verlobte ebenfalls zu den rund 200 Menschen gehörte, die an dem Tag von den beiden Türmen sprangen oder fielen. „Dieser Mann“, sagt Richard Drew, „war sehr dankbar, dass er meine Fotos durchsehen konnte und seine Verlobte in den letzten Sekunden ihres Lebens noch einmal sehen konnte.“

Wer war der „Falling Man“?


Die Frage, wer der Mann eigentlich war, hat ihn nicht so sehr interessiert. Die weiße Jacke schien den Fallenden als Mitarbeiter des Restaurants „Windows on the World“ auszuweisen. Zuerst glaubte ein Reporter herausgefunden zu haben, es handele sich um den ebenfalls ums Leben gekommenen Norberto Hernandez. Drei Familien wiederum behaupteten, es handele sich um ihren Angehörigen. Erst im Jahr 2005 fand man heraus, dass es Jonathan Briley war, 43 Jahre alt, der Bruder von Alex Briley, einem Mitglied der Band Village People. Als Toningenieur war Jonathan Briley in dem Restaurant im 106. und 107. Stock des Nordturms für die Technik bei Veranstaltungen zuständig.

Richard Drew ist kein Mann der großen Worte – vielleicht macht er deswegen Fotos. Sentimentalitäten, wie sie zum Jahrestag wieder überall aufkommen werden, sind ihm fremd. An diesem Donnerstagmorgen, zum Zeitpunkt der Terroranschläge, wird er zwar wieder unten in der Stadt sein, aber nicht an der Gedenkstätte für die Opfer. Er wird an der Washington Street sein, in den „St. John’s Center Studios“. Für seine Agentur wird er dort dann die Modenschau von Ralph Lauren mit den Entwürfen für Frühjahr und Sommer 2015 fotografieren.

(4) "in den Freitod getrieben"

GREGOR GERLAND (GREGOR_GERLAND) - 11.09.2014 09:07




Folgen  Eins von beiden kann doch nur stimmen, @JimTruether. Wer getrieben wird, hat keine Freiheit. Und so war es auch, obwohl die genauen Umstände unter denen 2-300 Menschen an diesem Tag in den Tod stürzten, zumeist nicht bekannt sind. Man weiß, dass bereits wenige Minuten nach dem Einschlag des ersten Flugzeugs, Personen aus den Fenstern "sprangen" Dabei könnte es sich aber auch um ein Zurückweichen vor der Hitze und den Flammen gehandelt haben, das mit Fensterstürzen endete. Andere versuchten sich weit aus dem Fenster zu lehnen, um in dem Qualm überhaupt atmen zu können. Dabei sind viele abgerutscht oder durch giftige Dämpfe ohnmächtig geworden und abgestürzt. Am Wichtigsten ist in dem Zusammenhang, dass all diese Menschen und fast 3000 weitere, Opfer eines entsetzlichen Verbrechens wurden, dessen monströse Dimension man sich kaum vorzustellen vermag. Und, dass es von religiösen Fanatikern begangen wurde. Eine ausführliche Berichterstattung ist notwendig, um dies bekannt zu machen. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(8) Und was sagt und gibt dieses Bild dem Betrachter?

ROLAND MAGIERA (ROLAND_M) - 11.09.2014 08:28




Folgen  Gar nichts außer dass man dem Sterbenden die Würde nimmt. Ästhetik und Ruhe sind nichts als billige Ausreden um diese Pietätlosigkeit zu rechtfertigen. Dieses Bild erzeugt nur Grauen und sonst nichts, es kann den Betrachter nicht verändern, weil dieser auf die Vorgänge die zum Sturz geführt haben Null Einfluss hat. Gegen hungernde Kinder in Afrika kann ich etwas tun aber hierbei bin ich vollkommen hilflos, bei dem Stürzenden und ebenso wenn sich so etwas in Zukunft wiederholen sollte. Für mich ist das Voyeurismus, der Tod anderer hat eben immer auch etwas anziehendes. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(13) Liebe FAZ-Redaktion, bitte nehmen Sie dieses Foto von der Startseite

STEFFEN WETTENGL (SWETTENGL) - 11.09.2014 08:24




Folgen  Nicht alles, was Ihnen technisch möglich ist, z. B. ein Foto von einer Enthauptung zu veröffentlichen, sollte auch gemacht werden. Danke. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(6) Diese letzten Sekunden eines Menschenlebens

ELLEN WILD (DEMOKRATIEDEFIZIT) - 11.09.2014 08:16




Folgen  zeigen in furchtbarer Schärfe die Dekadenz einer gierigen, macht- und geldgeilen Gesellschaft, die auch über weitere Millionen Leichen geht, um ihre Gier nach Macht und Reichtum zu befriedigen. Nur können die meisten Menschen gar nicht mehr den Unterschied zwischen Realität und Fiktion im Kino unterscheiden. Der Einzelne ist nur ein Niemand, ein "Falling Man" im Machtspiel der "Eliten". [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(5) Diese zynische künstlerische Beschreibung des Todessturzes

OLIVER DETORAKIS (FLIGHT) - 11.09.2014 07:45



Folgen  des Hr. Jonathan Briley, der bewusst in Todesangst wissentlich wegen der Hitze in den Tod sprang, wiedert mich an und lässt mich an der Qualifikation des Reporters zweifeln. Das Foto ja, es erinnert an das Schreckliche, vielleicht einfach einmal "nur" mit -No Comment- unterzeichnet! Viele Bilder sprechen für sich, es bedarf keiner weiteren Worte. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(1) Nikon DCS-620

PETER NEUMAYER (PENEUM) - 11.09.2014 07:21



Folgen  ist Kodak DCS-620 auf Nikon F 5 Basis. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(5) Ausweglosigkeit

CHRISTIAN GOERGEN (STIMMTDAS) - 11.09.2014 06:59



Folgen Das Bild zeigt einen Menschen, der für sich keinen anderen Weg als den Freitod sah, als seine unmittelbare Reaktion auf einen terroristischen Angriff. Er war allein, er hat keinen Feind besiegt und keine Flagge gehalten. Deswegen mag niemand das Foto.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(9) Ethik im freien Fall - ein Fotograf hält drauf! - und versteht nichts

PETER BEICKEN (2PUB) - 11.09.2014 04:56



Folgen Mutet doch absolut kaltschnäuzig an, wenn R. Drew sich rausredet, ich hab den Mann, der Sekunden später einen grausamen Tod im entsetzlichen Aufprall findet, ja abgelichtet, als er noch lebte. Es ist eine zu Recht bemängelte FAZ Geschmacklosigkeit, diesem Killer-Fotografen so viel Platz einzuräumen, auch wenn der Versuch gemacht wird, die Identität des Springenden herauszufinden. "Wir müssen doch dokumentieren." Ja, sicher, aber es gibt doch Grenzen, wo die eigene Berufsethik nicht in den freien Fall gehen darf. Dieser Mann soll doch lieber bei den Modeschauen bleiben, die Falten im Stoff dokumentieren. Wir brauchen seinen grässlichen Voyeurismus nicht. Ich hab 9/11 damals am Fernsehen verfolgt. Man vermied solche Bilder. Zu hören waren die dumpfen Aufprallgeräusche der Gesprungenen, die den Freitod vorzogen, nicht bei lebendigem Leib verbrannt werden wollten. Verzweifelt Winkende sah man in den oberen Fenstern, mehr zum Glück nicht. An so einem Tod zu verdienen, ist schamlos, Mr Drew[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(15) Unverständlich

STEFAN HERZBERG (ORLANDOFLORIDA) - 11.09.2014 01:33



Folgen Jeder, der einmal auf den Twin Towers war oder im Restaurant Windows on the world gewesen ist, weiss wie entsetzlich es sein muss, in den sicheren Tod springen zu müssen. Ein solches Bild kann keine Ruhe ausstrahlen! Ein solches Bild ist vielmehr ein entsetzliches Dokument eines Terroranschlages unvorstellbaren Ausmasses. Es erscheint mir unwürdig einen Menschen in dieser Situation zur Schau zu stellen.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(12) Jede Fotografie stellt immer einen Teil der Wirklichkeit dar.

KLAUS BERING (KLAUSBERING) - 11.09.2014 00:38



Folgen Durch Verdrängen der Bilder wird die Wirklichkeit nicht besser.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(6) Strahlt Ruhe aus?

JOHANN HORN (ANNAEUS) - 10.09.2014 23:51



Folgen Das Bild strahlt gar nichts aus. Es sind die Umstände, die der Betrachter hinzu denkt, und die machen die Anziehungskraft des Fotos aus: Letzter und einziger Ausweg der Sprung in den Tod, dem Schlimmeren für ein paar Sekunden entkommen, noch am Leben und im nächsten Augenblick zerschellt, ein einsamer Unrettbarer und doch einer von vielen. Wüsste man nichts von dem Katastrophenambiente, könnte man die Situation harmlos deuten und das Foto wäre nichtssagend. So aber wirkt es auf die Fantasie des Betrachters, das nie Gesehene, nie Erlebte, die absolute Grenzerfahrung – eines anderen. Das macht schaudern - und gewiss: Ich nicht.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(10) Das Attentat

JÜRGEN SAIBIC (SAIBIC) - 10.09.2014 23:22



Folgen Nicht das Bild ist schrecklich, sondern das Attentat war schrecklich. Das Bild zeigt das![Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(5) DAS Vietnam-Bild kennen wir auch. Aber, wo ist DAS Irak-Bild, z.B. Uran-Strahlen-Baby...

JIM TRUETHER (DERHESSE) - 10.09.2014 23:14



Folgen Die Zeiten sind vorbei, in denen es erlaubt war, die Opfer der eigenen Kriege darzustellen. Der Fallende Mann wurde scheinbar in den Freitod getrieben. Ist es nicht etwas verwunderlich, dass die VSA-Regierung von den Hinterbliebenen genötigt werden musste, eine grundlegende

Untersuchung zu beginnen. Die Kommission startete nach über 1 Jahr und war laut eigener Aussage unterfinanziert. Für Clintons-Affäre stellte die Regierung 10x mehr Mittel zur Verfügung. Leuchtet das ein? Der Tod von 3.000 Menschen verschlang jeweils 1.000 USD. Jedoch bekamen, je nach Status, die Hinterbliebenen bis zu 1 mio. USD. Kein Missverhältnis? Nunuja, die Täterschaft war ja auch nach Minuten klar, dank eines Usama-Video-Geständnis, dass sich später als falsche Übersetzung herausstellte. Ein Zirkelschluss? Egal. Der komplizierte, komplexe, sehr umfangreiche Patriot-Act lag auch schon parat. Wie vorausschauend. Wie weise. Aber klar, wir haben ja alles hundertfach gesehen! Zaubertricks gibt 's nicht![Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(8) Bilder Einstürzender Häuser

KLAUS KELLER (KKELLER) - 10.09.2014 22:38



Folgen halten wir besser aus. Das Bild stammt leider nicht aus einem Film. wir können nur ahnen wie der Sturz endet. Die Vorstellung gefällt normalen Menschen nicht. Genauso wenig wie das nachdenken über 800.000 Selbsttötungen Weltweit jedes Jahr. Das sterben wird verdrängt, von Klinikmanagern gerne ausgelagert (am besten zuhause oder im Hospitz als ob das sterben dort schöner wäre. Vielleicht ist es sogar vernünftig das wir es nicht sehen wollen. Ich bin mir aber nicht sicher. Jeder von uns hat nur ein Leben und der Tod beendet es endgültig. Über diese Tatsache sollten wir hin und wieder nachdenken. Das Bild ist ggf deswegen so erschreckend weil wir es selbst sein könnten. Der Mann auf dem Bild ist völlig schuldlos in eine Ausweglose Situation geraten. PS alles Gute dem Fotografen. Ich hoffe er wird künftig nur noch mit Modenschauen konfrontiert. Wir damit auch. Das ist leider aber unwahrscheinlich.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(26) Dieses Bild strahlt Ruhe aus....????

NORBERT SCHMITZ (REDBACK01) - 10.09.2014 21:59



Folgen Finde diese aussage einfach nur PERVERS !!!![Antworten](#) [Verstoß melden](#)

Antwort (1) neueste Antwort: 11.09.2014 08:38 Uhr

(13) Ein berührender, erschütternder Artikel

LEONHARD SCHMIDT (LEONSCHEMIDT) - 10.09.2014 21:41



Folgen Am grausamsten ist jedoch die Teilnahmslosigkeit dieses Fotografen und die Aussage er hätte ihn schließlich noch zu Lebzeiten abgebildet. Soll das diese Geschmacklosigkeit irgendwie rechtfertigen ? Es gibt Bilder von sterbenden und leidenden Menschen die deshalb wichtig sind weil sie etwas zu sagen haben - über Konflikte und Kriege. Zum Beispiel den "spanischen Soldaten" im Moment als die Kugel ihn in den Kopf trifft oder das rennende, Napalm-verbrannte Mädchen in Vietnam. Ikonen der Fotografie die bedeutsam sind weil sie u.U. die Geschichte beeinflusst haben. Dieses Bild ist jedoch nur banal. Und in keiner Weise "ästhetisch".[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(14) So what?

MARTIN ROHWER (MAROTOMA) - 10.09.2014 21:18



Folgen Der Fotograf hat seinen Job erledigt, in dem er dokumentierte, was in jenem Moment geschah und ein gutes Foto machte. „Wenn etwas passiert“, meint er trocken, „dann laufen wir halt hin, nicht weg.“ Ich denke, einige Kritiker haben nicht verstanden, was es bedeutet, seinem Beruf mit Leidenschaft nachzugehen.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(13) Nicht das Bild ist schrecklich!

ELY QUAS (ELYQ1) - 10.09.2014 21:04



Folgen Es ist unsere Bewertung, die wir dieser Momentaufnahme geben. Das Bild ist genauso real (oder auch un-real) wie jede andere Fotografie. Solange wir das nicht gelernt haben, sind wir nicht erwachsen.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(124) Unverständlich,...

JOHANNES TÄUFER (JOHNTAEUFEL) - 10.09.2014 20:11



Folgen wieso die FAZ MR. Richard Drew so einen Platz einräumt. Es gibt nichts, was dieser Mann interessantes zu sagen hat. Er macht einfach nur Fotos, die sich verkaufen lassen, sonst nichts![Antworten](#) [Verstoß melden](#)

Moscovici : «La France doit avancer dans ses réformes et elle sera respectée» 105,109

Publié le 11/09/2014 à 08:18



VIDÉO - Au lendemain de sa nomination comme commissaire européen des Affaires économiques, Pierre Moscovici rappelle à la France son devoir de discipline budgétaire, dans une interview aux *Échos*. Mais pour lui, «il y a plus important : la croissance et l'emploi».

À peine nommé, déjà critiqué. L'ancien ministre de l'Économie et des Finances [Pierre Moscovici](#), qui a obtenu [le poste de commissaire des Affaires économiques et monétaires](#) malgré son incapacité à relancer la croissance et enrayer l'envolée du déficit en France, suscite la colère dans l'opposition. «Jean-Claude Juncker (président de la Commission européenne, ndlr) a estimé très tôt qu'il était important que ce portefeuille stratégique soit confié à un socialiste, répond-il [dans une interview aux Échos](#) ce jeudi. A l'issue de sa nomination, Jean-Claude Juncker avait déclaré qu'il «est bien placé pour régler le problème des déficits français».

La mission de Pierre Moscovici s'annonce compliquée. Le gouvernement français, qui ne cesse de réclamer à Bruxelles un ralentissement du rythme de réduction de son déficit, a donc décidé de le laisser filer: [il atteindra 4.4% cette année](#). Le nouveau commissaire n'a pas souhaité s'épancher sur la question, préférant «examiner l'ensemble de la trajectoire de finances publiques françaises». Tout juste a-t-il salué la nouvelle «orientation de la politique économique» du pays, faite de «clarté et de cohérence».

«En 2019, l'Europe doit avoir retrouvé le chemin de la croissance et de l'emploi»

Pierre Moscovici, commissaire aux Affaires économiques

S'il a rappelé qu'il ne serait pas l'«ambassadeur de la France à Bruxelles», il est «conscient qu'il y a une question de crédibilité». Il appelle le gouvernement de [Manuel Valls](#) à résoudre ses problèmes de finances publiques. «La France doit être sérieuse, avancer dans ses réformes, affirme-t-il. Et elle sera respectée. Je le dis à ceux qui rêvent d'un relâchement de la discipline budgétaire: c'est une voie sans issue».

«Je dis à ceux qui rêvent d'un relâchement de la discipline budgétaire : c'est une voie sans issue»

Pierre Moscovici, Commissaire aux affaires économiques

«Mais il y a plus important: la croissance et l'emploi. En 2019, l'Europe doit avoir retrouvé le chemin de la croissance et de l'emploi». Deux objectifs qui seront, assure Pierre Moscovici, les priorités de Jean-Claude Juncker. Deux objectifs qui ne sont pourtant pas ceux de l'Allemagne, le principal partenaire européen de la France. «Il y a, selon moi, deux écueils à éviter: d'un côté, une indulgence qui semblerait de la complaisance ; de l'autre, une approche purement disciplinaire vis-à-vis du deuxième pays de la zone euro, pilier de l'Europe», répond-il.

Manuel Valls est-il social-démocrate ou social-libéral ? 105,110

[HOME](#) [FIGARO VOX](#) [VOX POLITIQUE](#)

Par [Henri Weber](#)

Publié le 10/09/2014 à 19:23



FIGAROVOX/TRIBUNE - Depuis son discours au Medef et le remaniement de son gouvernement, Manuel Valls est qualifié de «social-libéral» ou de «social-démocrate». Henri Weber revient sur le sens de ces deux expressions.

Henri Weber est Directeur des études auprès du Premier secrétaire du Parti Socialiste, chargé des études européennes.

Manuel Valls est-il social-démocrate, social-libéral, ou démocrate à l'américaine?

Pour répondre à cette lancinante question, il faut d'abord s'entendre sur les mots.

La social-démocratie est cette branche de la famille socialiste qui croit qu'on peut maîtriser et humaniser le capitalisme sans se priver de la créativité des entrepreneurs et du dynamisme de l'économie (sociale) de marché.

Dans une démocratie développée, dit-elle, le pouvoir politique peut influencer sur l'économie par la loi, le droit, le budget, la fiscalité, la monnaie, les contrats...

Le social-libéralisme diffère de la social-démocratie d'abord sur le plan idéologique. Les blairistes ont cru au mythe de la « mondialisation heureuse » et de la « Nouvelle Économie » : un capitalisme en croissance forte et continue, sans crises majeures ni inflation, assurant le plein-emploi et l'augmentation régulière des revenus.

Elle se prononce pour une économie de libre entreprise, régulée par l'État et les partenaires sociaux ; une « économie-mixte », combinant un secteur privé marchand, des services publics puissants, et un tiers secteur d'économie sociale. Elle a pour objectifs historiques l'avènement d'une démocratie accomplie, une économie maîtrisée, une civilisation du bien-vivre. Elle prend acte de la diversité des intérêts au sein de la société salariale, et a pour méthode la recherche de compromis.

Elle s'efforce de promouvoir aujourd'hui un nouveau compromis social-démocrate, en vue de faire face à la mondialisation et à la troisième révolution industrielle: les salariés acceptent de contribuer à la compétitivité des entreprises et de l'économie, françaises et européennes.

Ils attendent en retour des chefs d'entreprise qu'ils innovent, investissent, conquièrent des marchés émergents, pour promouvoir une nouvelle croissance et reconquérir l'emploi. C'est, en France, l'esprit du Pacte de Responsabilité et des réformes qui l'accompagnent.

Le social-libéralisme diffère de la social-démocratie d'abord sur le plan idéologique. Les blairistes ont cru au mythe de la «mondialisation heureuse» et de la «Nouvelle Économie»: un capitalisme en croissance forte et continue, sans crises majeures ni inflation, assurant le plein-emploi et l'augmentation régulière des revenus. Ils ont cru aux dogmes néolibéraux de l'«efficacité informationnelle des marchés» et à leur capacité d'auto-régulation ; au mythe de l'harmonie des intérêts.

Ce credo libéral s'est traduit par la poursuite des privatisations (jusqu'au métro de Londres!), le recours massif au «partenariat public-privé» ; la réduction des aides sociales «passives» (allocations diverses) aux victimes de la crise, au profit des «investissements sociaux préventifs» dans l'éducation, la formation, la santé...

Le social-libéralisme a pâtit grandement de la crise financière et économique de 2008, qui a porté un coup mortel aux postulats du libéralisme économique. Nul ne peut plus croire sérieusement à la vertu auto-régulatrice des marchés.

Mais si le premier gouvernement Blair (1997-2001) s'est situé dans la continuité des gouvernements conservateurs, et peut être qualifié de «thatchérisme à visage humain», le second (2001-2005) et le troisième (2005-2007) se caractérisent par une forte inflexion keynésienne:

150 milliards d'euros ont été investis dans les services publics ; le budget de la santé a été doublé, celui de l'Éducation nationale augmenté de 40 % ; 600 000 emplois de fonctionnaires ont été créés ; le chômage est descendu à 5 %... C'est la dimension sociale et pragmatique du social-libéralisme.

Voilà sans doute pourquoi Tony Blair a été réélu en 2001 et une troisième fois en 2005, malgré son engagement en Irak.

Le social-libéralisme a pâtit grandement de la crise financière et économique de 2008, qui a porté un coup mortel aux postulats du libéralisme économique. Nul ne peut plus croire sérieusement à la vertu auto-régulatrice des marchés et à l'efficacité de leur «main invisible». L'idée que le monde et l'Europe ont besoin de davantage d'organisation, de régulation, d'intervention multiforme de la puissance publique à tous les niveaux, regagne le terrain qu'elle a perdu dans les années Reagan-Thatcher.

C'est pourquoi le [social-libéralisme](#) est passée de mode, même en Grande-Bretagne. L'heure est à la refondation d'une social-démocratie du XXIe siècle, et les socialistes français y prennent leur part.

<http://www.lefigaro.fr/vox/societe/2014/09/11/31003-20140911ARTFIG00042-malika-sorel-les-partis-de-gouvernement-ont-abandonne-au-fn-la-question-de-l-immigration.php>

Malika Sorel : «Les partis de gouvernement ont abandonné au FN la question de l'immigration»
105,112

Publié le 11/09/2014 à 07:02



FIGAROVOX/TRIBUNE - La spécialiste des questions d'intégration Malika Sorel-Sutter regrette que droite et gauche, de peur d'être accusés de «braconner sur les terres du FN», n'osent plus assumer une politique en matière d'immigration.

Malika Sorel-Sutter a été membre du collège du Haut Conseil à l'Intégration et de sa mission Laïcité. Elle est administrateur de l'association de Défense et de géopolitique Géostratégies 2000. Elle est notamment l'auteur d'«Immigration, intégration: le langage de vérité». (Fayard/Mille et une nuits, 2011)

Stupeur et tremblements dans la «France d'en haut»: un sondage Ifop pour Le Figaro donne la présidente du [Front national](#) vainqueur de l'élection présidentielle à venir dans l'hypothèse où elle affronterait [François Hollande](#) au second tour. En juillet dernier, un sondage Ifop la donnait déjà devançant [Nicolas Sarkozy](#) et François Hollande au premier tour. Voici donc le Front national «aux portes du pouvoir», comme s'en est alarmé le premier ministre [Manuel Valls](#).

La créature qui avait été introduite dans l'arène politique par François Mitterrand en 1984, et qui avait été depuis lors utilisée par les partis de tous bords pour éviter de traiter les sujets qui se rapportent à l'immigration et à l'intégration, est en passe de pouvoir dévorer les apprentis sorciers. Le personnel politique persiste cependant dans son refus de reconnaître qu'il paie là son incapacité chronique à traiter les causes profondes des problèmes d'intégration qui angoissent de plus en plus les Français. Si ces angoisses n'avaient pas été avant tout d'ordre identitaire, ceux-ci auraient aussi bien pu se tourner vers le Front de gauche.

L'espoir placé en Nicolas Sarkozy qui est, tout comme Manuel Valls, quasiment seul dans son parti à oser traiter des fondements de l'identité des Français, fut lourdement déçu. Sitôt élu, il fit l'exact inverse de ce qui était attendu de lui.

Manuel Valls, qui dégringole dans les sondages, devait sa popularité à son langage de vérité sur l'immigration et l'intégration ; à ses prises de position en faveur des principes républicains, en particulier la laïcité ; à l'autorité et au courage politique qui émanaient de lui. Mais lorsqu'il passe de la théorie aux travaux pratiques, les Français déchantent. Devenu ministre, il impose le port d'un matricule aux policiers ; les régularisations bondissent ainsi que les naturalisations - il promet même d'en faire davantage. Le pays vit à crédit et s'enfonce dans le chômage ; l'intégration culturelle ne se fait plus qu'à la marge. Qu'importe! L'État poursuit sur sa folle lancée, continuant d'accueillir des centaines de milliers de nouveaux entrants chaque année.

À même cause, mêmes effets: c'est l'écart entre les paroles et les actes qui avait entraîné la chute de Nicolas Sarkozy. Ce dernier avait été élu sur la promesse de restituer aux Français le droit qui leur avait été confisqué d'être fiers de leur culture et leurs traditions. L'espoir placé en Nicolas Sarkozy qui est, tout comme Manuel Valls, quasiment seul dans son parti à oser traiter des fondements de l'identité des Français, fut lourdement déçu. Sitôt élu, il fit l'exact inverse de ce qui était attendu de lui: diversité culturelle érigée en dogme ; nominations à raison des origines ethno-raciales, donc rupture avec la méritocratie républicaine pour laquelle le

peuple français avait pourtant déclenché la Révolution ; nomination d'un ministre de l'Immigration et de l'Identité nationale qui s'empresse de soutenir que «la France n'est ni un peuple, ni une langue, ni un territoire» ; bousculant par ailleurs des codes de savoir-être auxquels les Français attachaient grande importance. Totalement absorbé par la résorption de la crise économique et financière, il ne vit rien venir: François Hollande fut l'instrument qu'utilisèrent les électeurs pour le faire disparaître de leur quotidien. Les Français se sont comportés tels des enfants qui repoussent leur assiette sans s'inquiéter au préalable de ce qui leur sera servi à la place. Cette fois-ci, ils semblent vouloir jeter leur dévolu sur Marine Le Pen afin qu'elle les débarrasse d'une classe politique devenue insensible à leurs angoisses. 87 % des Français estiment désormais que les politiques se préoccupent peu ou pas du tout de ce que pensent les gens comme eux (Cevipof, janvier 2014). La force de Marine Le Pen a été de le sentir et d'inventer le slogan UMPS qui lui permet d'amalgamer l'ensemble des partis de gouvernement. Ces derniers lui ont grandement facilité la tâche en désertant de concert la défense des principes républicains et en taxant, dans un réflexe quasi pavlovien, de lepéniste quiconque osait aborder de face les questions d'immigration, d'intégration culturelle, de nation, d'identité. Le Front national n'a pas besoin de travailler ; les autres partis le font pour lui. C'est ainsi que dans l'esprit des Français, ils ont établi une sorte d'équivalence entre le Front national et la patrie, terme qui est presque devenu tabou.

Si les Français se tournent vers le Front national, c'est principalement en raison de son positionnement sur le sujet de l'immigration-intégration. En effet, les enquêtes montrent qu'ils n'adhèrent pas majoritairement au reste de son programme.

Depuis l'accession au pouvoir de François Mitterrand, les partis politiques n'ont eu de cesse d'abandonner, les uns après les autres, tous les domaines qui touchent de près ou de loin à l'identité des Français. Ainsi en est-il de la laïcité, qui au fil du temps est devenue une jauge à l'aune du respect de laquelle les Français identifient ceux qui sont aptes à vivre selon leurs normes et ceux qui ne le sont pas, n'hésitant pas à désertir certains territoires. Plutôt que de se pencher sur les raisons du malaise, les élus ont répliqué en instaurant la loi SRU.

Si les Français se tournent vers le Front national, c'est principalement en raison de son positionnement sur le sujet de l'immigration-intégration. En effet, les enquêtes montrent qu'ils n'adhèrent pas majoritairement au reste de son programme: 60 % se déclarent hostiles à toute sortie de l'Union européenne, 59 % se déclarent attachés à la monnaie unique (Viavoice, avril 2014).

À l'expression d'une insécurité culturelle grandissante, les hommes et femmes politiques persistent malheureusement dans leur aveuglement et répondent par des calculs d'appareils, des combines entre individus, des appels au centre (traduisez: bannissement du sujet de l'identité nationale), quand ils devraient regarder la réalité en face et privilégier à tout instant l'intérêt supérieur de la nation.



Patrick Artus - Réformes structurelles en France : ce qu'il faudrait faire 105,114

Le Point - Publié le 11/09/2014 à 06:03 - Modifié le 11/09/2014 à 06:47

Voici les sept réformes qui, s'il n'y avait pas de contraintes politiques, devraient être mises en oeuvre pour redresser la France, selon Patrick Artus.



Patrick Artus. © AFP

Par **PATRICK ARTUS**

On connaît bien maintenant les facteurs de blocage de la croissance en France. Il s'agit d'abord de la faiblesse des marges bénéficiaires et de la capacité d'autofinancement, de la rentabilité du capital physique, surtout dans l'industrie, ce qui décourage l'investissement, en particulier l'investissement technologique, en robotisation, ce qui freine l'offre de biens et de services et la production manufacturière. La rentabilité du capital physique en France est de 6 %, contre 2 % dans le reste de l'Europe.

Il s'agit ensuite de l'insuffisance des compétences de la population active. Cette insuffisance est révélée par l'enquête PIAAC de l'OCDE (qui évalue les compétences des adultes et classe la France à l'avant-dernier rang). Elle contribue à empêcher la montée en gamme de l'industrie ; le faible niveau de gamme de l'industrie française est révélé par le niveau élevé de l'élasticité-prix des exportations en volume : une hausse de 10 % du prix des exportations en réduit le volume de 8 %, ce qui montre le caractère peu sophistiqué, peu différencié de la production.

On sait que le coût du travail peu qualifié est élevé en France, malgré les allègements de cotisations sociales sur les bas salaires, en raison du niveau élevé du smic.

Tableau 1
Salaire minimum en % du salaire médian

Etats-Unis	Royaume-Uni	Allemagne	France	Espagne
37,8	47,20	50	61,8	44,2

Source : OCDE

Cela explique le niveau élevé du chômage des moins qualifiés.

Tableau 2
France : taux de chômage par niveau d'éducation (15-64 ans, en %)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Inférieur au 2e cycle du secondaire	16,6	17,1	15,4	13,3	13,0	12,0	12,9	13,0	13,2	12,3	11,8	14,4	15,4	15,2	16,2	16,4
2e cycle du secondaire et post-secondaire non tertiaire	11,1	11,0	9,1	7,6	7,7	7,9	8,4	8,0	8,1	7,2	6,9	8,8	8,8	8,9	9,9	10,1
Tertiaire	7,3	6,9	5,6	4,9	5,5	6,1	6,6	6,2	5,9	5,5	4,5	5,5	5,5	5,4	5,7	5,9

Sources : Eurostat, Natixis

Pour les salariés les plus qualifiés, au contraire, le taux de chômage est faible, car le marché du travail qualifié est concurrentiel : le plein emploi y est maintenu par l'ajustement des salaires. Le niveau trop élevé des prix de l'immobilier résidentiel pose aussi problème. Le niveau des prix de l'immobilier résidentiel est trop élevé en France (il a doublé par rapport aux salaires depuis 1998) et, de plus, ne se corrige pas rapidement à la baisse, à la différence de ce qu'on observe aux États-Unis, au Royaume-Uni, en Espagne, aux Pays-Bas par exemple. Ce niveau très élevé des prix de l'immobilier en France déprime l'investissement en logements. Il tire aussi à la hausse les loyers et relève un prélèvement important sur les revenus des ménages (tableau 3) au détriment des autres dépenses des ménages. (Tableau 3)

Tableau 3
France : dépenses de logement
(en % du RDB des ménages)

1998	14,7
1999	15,0
2000	14,7
2001	14,4
2002	14,4
2003	14,7
2004	14,7
2005	15,1
2006	15,2
2007	15,2
2008	15,1
2009	15,5
2010	15,6
2011	15,6
2012	15,9
2013	16,2

Sources : OCDE, Natixis

Dans ces circonstances, soutenir seulement la demande n'a pas d'effets positifs. Soutenir la demande de produits manufacturés est inutile tant que l'offre ne répond pas à la demande. Soutenir la demande de services peu sophistiqués utilisant du travail peu qualifié est peu utile tant que le coût élevé du travail peu qualifié décourage les entreprises d'embaucher. L'emploi dans les services peu sophistiqués stagne depuis 2003 (services aux particuliers, distribution, loisirs, restaurants, transports...). Soutenir la demande de logements est inefficace tant qu'il y a rareté de l'offre (ce qui explique le niveau élevé des prix), car le soutien de la demande ne fait alors que pousser encore plus les prix à la hausse. Ce qui précède pousse à préconiser, dans l'absolu, sept réformes.

1. La réforme une serait de **changer l'organisation syndicale**. S'il y avait en France, dans chaque grande branche d'activité, un syndicat unique de la branche et pas une multiplicité de syndicats nationaux, il serait plus facile d'obtenir que les négociations entre patronat et syndicats intègrent les contraintes économiques des différents secteurs d'activité : rentabilité, profitabilité... Aujourd'hui, les négociations sont dominées par la concurrence entre syndicats et n'intègrent pas ces contraintes macroéconomiques, comme le montre par exemple l'absence de corrélation négative en France entre croissance du salaire réel et taux de chômage.
 2. La réforme deux : puisque la profitabilité des entreprises en France est faible et que le niveau d'investissement est insuffisant, il paraît normal de penser à **baisser la taxation des profits investis** (non distribués) par les entreprises.
 3. La réforme trois serait de **développer les filières d'éducation technologiques** et les **formations en alternance**. Pour rapprocher les compétences de la population active, en particulier des jeunes, des besoins des entreprises, il paraît utile de développer les filières technologiques et de formation d'ingénieurs, qui sont aujourd'hui de faible taille (12 % de l'ensemble des étudiants), de développer les formations en alternance (il y a 430 000 apprentis en alternance en France contre 1 560 000 en Allemagne !).
 4. La réforme quatre serait de **baisser le salaire minimum**. La baisse du salaire minimum créerait beaucoup d'emplois peu qualifiés, avec la forte élasticité de l'emploi non qualifié au coût du travail (au moins 1 contre 0,3 pour l'ensemble des emplois). Pour compenser l'effet de cette baisse du salaire minimum sur le pouvoir d'achat, on peut parallèlement concentrer les transferts sociaux (famille, logement, santé en dehors des maladies graves et coûteuses) sur les ménages aux revenus les plus bas.
 5. La réforme cinq : **accroître la concurrence dans les services protégés**. Il est bien documenté que, dans de nombreux services (professions protégées, distribution, transports), la concurrence est faible, ce qui explique des taux de marge bénéficiaire beaucoup plus élevés que dans l'industrie (38 % contre 23 %). Accroître la concurrence dans ces services augmenterait le pouvoir d'achat des ménages, augmenterait la production de ces services, réduirait les coûts de production de l'industrie, qui est grosse consommatrice de services (la consommation de services par l'industrie représente 80 % de la valeur ajoutée de l'industrie).
 6. La réforme six : **substituer la TVA aux cotisations sociales des entreprises**. La France a les taux de cotisations sociales des entreprises les plus élevés des grands pays de l'OCDE (12 % du PIB contre 7 % en Allemagne, 4 % au Royaume-Uni, 3 % aux États-Unis). Exploiter toute la possibilité de hausse des taux de TVA (jusqu'à 25 %) pour réduire les cotisations sociales des entreprises serait donc efficace pendant de nombreuses années, pour réduire le coût du travail ; à long terme, quand les salaires nominaux se sont indexés sur les prix plus élevés en raison de la hausse de la TVA, pour réaliser une "**dévaluation fiscale**" (l'équivalent d'une dévaluation du franc par cette substitution d'impôts).
 7. La réforme sept serait de **subventionner l'offre et non la demande de logements**. Tant qu'il y a insuffisance de l'offre de logements, le soutien de la demande fait seulement monter les prix des logements. Il faut donc subventionner l'offre : incitations fiscales pour le logement locatif, baisse de la taxation des revenus et des plus-values du capital en logements, incitations fiscales à la mise sur le marché des terrains constructibles.
- Il nous semble donc que la situation économique de la France va s'améliorer si des réformes suivant trois principes sont mises en place. Soutenir l'offre (en quantité et en qualité, par exemple avec la modernisation du capital productif) en ce qui concerne le travail (compétences accrues de la population active), les biens et les services, l'immobilier résidentiel, et non la demande. Rendre plus compétitifs les marchés qui ne le sont pas : travail peu qualifié (rigidité du smic), services protégés, immobilier résidentiel (excès chronique de demande). Concentrer les transferts publics sur les ménages aux revenus les plus faibles afin de dégager des marges de manoeuvre budgétaires et de compenser les effets sur le pouvoir d'achat de la baisse du salaire minimum.

Déficit : pour Christian Noyer, c'est "l'heure du sursaut ou du déclin" 105,116

Le Point - Publié le 11/09/2014 à 09:46

Le gouverneur de la Banque de France a expliqué ce jeudi l'urgence de mener les "bonnes réformes" pour réduire le déficit, la crédibilité du pays étant en jeu.



Christian

Noyer, gouverneur de la Banque de France. © Eric Piermont / AFP

SOURCE AFP

Le gouverneur de la Banque de France, Christian Noyer, a estimé jeudi qu'il était temps en France de lancer "les bonnes réformes", soulignant que c'était pour le pays "l'heure du sursaut ou du déclin". "La France n'est pas foutue, mais c'est l'heure du sursaut ou du déclin. Il faut choisir et, évidemment, il faut choisir le sursaut", a expliqué le responsable, qui fait partie des instances dirigeantes de la Banque centrale européenne. "Ce qu'il serait grave de ne pas faire", c'est de mener "les bonnes réformes" et de "poursuivre inflexiblement la réduction des dépenses", a expliqué Christian Noyer sur la radio Europe 1.

Le gouverneur a regretté que l'objectif d'une réduction du déficit public à 3 % du produit intérieur brut ait de nouveau été repoussé, cette fois à 2017, expliquant qu'"on ne peut pas accumuler indéfiniment les déficits". Selon lui, le potentiel de croissance de l'économie française "est très probablement de moins de 1 %", alors que le gouvernement a corrigé mercredi ses prévisions de croissance pour 2014 à 0,4 % et pour 2015 à 1 %. "Ça veut dire qu'il n'y a pas *deplan B* dans l'accumulation et l'augmentation des déficits. Il ne suffit pas d'augmenter la dépense. Ça ne marcherait pas parce que, spontanément, si on ne fait pas de réformes, la croissance française restera inférieure à 1 %", a ajouté Christian Noyer.

Pour parvenir à réduire les déficits, le gouverneur de la Banque de France a expliqué qu'il ne fallait pas augmenter les impôts, mais plutôt tailler dans les dépenses. Alors que Bruxelles a demandé mercredi à la France "des mesures crédibles" pour son plan de réduction de dépenses dès 2015, Christian Noyer a fait valoir que le pays était "comptable de la tenue" des engagements pris vis-à-vis de ses partenaires européens. "Quand on dévie des engagements sur lesquels on s'est porté, on risque une perte de crédibilité. Donc, il faut démontrer qu'on suit un sentier de réformes économiques et de réduction de la dépense qui est crédible."